



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

OKTOBER 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Gleichgewicht zwischen Rechtsstaat und Kollektivinteresse

CORONA UND STRAFEN Die Privatsphäre bleibt gewahrt

Robert Schneider

Das Gesetz war noch nicht gestimmt, als Polizeiminister Henri Kox und Polizeigeneraldirektor Philippe Schrantz sowie der Zentraldirektor der administrativen Polizei, Pascal Peters, über die Vorgehensweise der öffentlichen Macht in der Periode bis zum 30. November, während der die am heutigen Freitag in Kraft tretenden Maßnahmen gelten, informierten.

Wenig später allerdings war das Gesetz verabschiedet (siehe unsere Berichterstattung aus dem Parlament auf S. 3) und die Maßnahmen rund um die Zahl 4 bekommen ihre gesetzliche Gültigkeit. Minister Kox stellte seinen Ausführungen den Kommentar voran, dass die Polizei nicht alles und alle kontrollieren könne, und rief die Bevölkerung zur Solidarität auf, um das Virus zu bekämpfen.

Die bisherigen Maßnahmen würden offensichtlich nicht reichen und so seien die weiteren Einschränkungen notwendig, auch wenn die Politik und die Polizei diese nicht „ohne Bauchweh“ anwenden müssten. Immerhin würde die Lage in den Nachbarländern, wo noch drastischere Maßnahmen getroffen wurden, zeigen, dass die Kontrolle noch nicht komplett verloren ist. Es gelte ein Gleichgewicht zu finden zwischen rechtsstaatlichen Prinzipien und dem sanitären Kollektivinteresse. Die Polizei stehe jedenfalls zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, so der Minister, der betonte, er nehme die jüngste Stellungnahme der Menschenrechtskommission sehr ernst.

Ausgangssperre ab heute

Die wichtigste Einschränkung wird die Ausgangssperre sein, die ab heute von 23 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gilt und (vorerst) einen Monat lang in Kraft sein soll. Diese werde denn auch konsequent von der Polizei kontrolliert, die ihre Nachtpatrouillen mit vollem Potenzial durchführen werde. Polizeidirektor Schrantz rief die Bevölkerung dazu auf, bei Ausnahmeregelungen ein entsprechendes Dokument mitzuführen, um den Beamten die Arbeit zu erleichtern.

Er unterstrich, dass im Gegensatz zur ersten Welle der Pandemie, neben der Überwachung der Corona-Regeln, diesmal auch die normale Polizeiarbeit parallel weiterlaufe, da der Arbeitsalltag der Bevölkerung weitergehe. Wie Pascal Peter ergänzte, wurden seit März 13.000 Kontrollen von der Polizei durchgeführt; hinzu kommen noch die Kontrollen der Zollverwaltung. 300 Protokolle wurden geschrieben und 2.800 gebührenpflichtige Verwarnungen wurden ausgestellt; in den vergangenen Wochen sei das Hauptaugenmerk auf das Nachtleben bzw. die Einhaltung der Sperrstunde gelegt worden. Dies wird nun unter anderen Prämissen fortgesetzt.

145 Euro für Verstöße

Bürger, die sich nicht an die Ausgangssperre halten oder etwa dann keine Maske tragen, wenn diese vorgeschrieben ist, riskieren eine Verwarnung von 145 Euro; für Gaststättenbetreiber

wird es mit 4.000 Euro wesentlich teurer. Das Gesundheitsministerium kann zusätzlich eine Verwaltungsstrafe anfügen. Minister Kox räumte zwar ein, dass einem Restaurantbetreiber eine 4.000-Euro-Strafe vom Verwaltungsgericht auf 3.000 Euro reduziert wurde; man solle sich allerdings nicht auf dieses Urteil verlassen. Den Bürgern rät er, die 145 Euro, sollten sie verwarnt werden, sofort zu begleichen.

Es gab bislang übrigens 5.000 Anrufe bei der Polizei von Bürgern, die nicht angemeldete Menschenansammlungen beobachteten oder auf Nachtlärm in Privatwohnungen hinwiesen.

Minister und Polizei versicherten, die Beamten würden nicht in Privatwohnungen eindringen, um zu kontrollieren; sie könnten aber durch Beobachtung Rückschlüsse ziehen und einen entsprechenden Bericht verfassen.

Rückschlüsse durch Beobachtung

Auch wenn mehr Polizeibeamte als sonst krankgemeldet sind und viermal so viele in Quarantäne seien, könne der Dienst bis auf weiteres problemlos aufrechterhalten werden, so Schrantz, der darauf verwies, dass während der ersten Welle auch administrative Kräfte mit eingebunden wurden; eine Möglichkeit, die auch jetzt besteht. Während wöchentlicher digitaler Konferenzen zwischen Minister, Polizei und Gewerkschaften wird die Einsatzfähigkeit außerdem ständig analysiert.

Leitartikel

Verzicht statt Versammlung

Von Gilles Siebenaler

Explodierende Infektionszahlen, eine dramatisch hoch eingeschätzte Dunkelziffer und wissenschaftliche Prognosen, die Schlimmes befürchten lassen: Das Corona-Virus hat Luxemburg fest im Griff. Man kann – und muss – da über die Entscheidungen der Regierung diskutieren. Gehen sie weit genug? Gehen sie zu weit? Sind sie kohärent? Kommen sie zu spät? Das werden die kommenden Wochen zeigen. Doch sollte jedem bewusst sein: Weder jene Maßnahmen, die nun beschlossen wurden, noch jene, die eben ausblieben, befreien den Einzelnen von seiner Verantwortung.

Wir wissen bei Weitem nicht alles über das Virus und seine Verbreitung und es ist fraglich, ob wir es je gänzlich verstehen werden. Wenn aber etwas gewusst ist, dann, dass sich der Erreger wie andere auch von Mensch zu Mensch überträgt und mehr Kontakte gewungenermaßen zur Verbreitung beitragen. Deshalb gilt nach wie vor, sich an die Abstandsregeln zu halten, sich regelmäßig die Hände zu waschen sowie einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Und seine sozialen Kontakte zu reduzieren.

Das ist nicht immer möglich. Nicht jeder Arbeitnehmer etwa hat die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, und die Kinder gehen weiter „normal“ zur Schule. Nicht jeder kann dem Virus immer und überall aus dem Weg gehen. Doch vor allem im privaten Bereich, dort, wo sich erwiesenermaßen sehr viele anstecken, kann und muss jeder auf sich selbst und sein Umfeld achten – egal, welche Regeln von staatlicher Seite gerade gelten. Nur so können gefährdete Personen vor Infektionen geschützt und das Gesund-

heitssystem vor dem Kollaps bewahrt werden.

Auch wenn Zusammenkünfte mit anderen Personen mit zahlenmäßiger Einschränkung und/oder Maskenpflicht erlaubt sind, obliegt es letztlich dem Einzelnen, zu entscheiden, ob ein Treffen mit diesen oder jenen Menschen zum jetzigen Zeitpunkt wirklich sein muss oder ob es nicht doch das erhöhte Risiko einer Infektion birgt.

Auch wenn Reisen ins Ausland nicht untersagt sind, muss man sich die Frage stellen, ob ein Trip zu Allerheiligen wirklich nötig ist oder ob man sich durch ein Verlassen des gewohnten Umfelds nicht doch zu einem erheblichen Maß dem überall zirkulierenden Virus aussetzt.

Auch wenn unter bestimmten Bedingungen weiterhin sportliche Aktivitäten in kleinen Gruppen angeboten werden, muss jeder sich fragen, ob er zu diesem Moment wirklich in einem geschlossenen Raum mit anderen Personen trainieren will oder er derzeit besser auf ein individuelles Programm im Freien zurückgreift.

Auch wenn Besuche im Altenheim erlaubt sind, sollten Angehörige es sich – wie es die Gesundheitsministerin formuliert hat – zweimal überlegen, ob sie die zur Risikogruppe zählende Oma nun wirklich besuchen sollen, wenn sie selbst in den Tagen viel unterwegs und dabei potenziellen Infektionsherden ausgesetzt waren. Vielleicht tut es diesmal auch ein Anruf.

Das alles sind Entscheidungen, die jeder für sich treffen muss, nur jeder für sich treffen kann. Weder kann die Regierung dem Bürger die Last auferlegen, für die Eindämmung des Virus allein verantwortlich zu sein, noch kann sie ihn für unmündig erklären. Es liegt an uns allen.

*Jeder muss auf
sich selbst und
sein Umfeld
achten – egal,
welche Regeln
gerade gelten.*

Zusammen an einem Strang

Polizei appelliert bei Ausgangssperre an Verantwortungsbewusstsein der Bürger

Von Jacques Ganser

Luxemburg. Die Polizei setzt bei den ab heute Abend beginnenden Kontrollen der neuen Covid-19-Maßnahmen in erster Linie auf die Vernunft und die Zusammenarbeit der Bürger. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz hoben der Minister für innere Sicherheit, Henri Kox (Déi Gréng), und der Generaldirektor der Polizei, Philippe Schrantz, hervor, dass die Bürgerrechte und die Privatsphäre im Zuge der Kontrollen strikt bewahrt werden sollen.

Laut Kox würden die beschlossenen restriktiven Maßnahmen sowohl ihm selbst als auch der Polizei Bauchschmerzen bereiten. „Eine nächtliche Ausgangssperre ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Bürgers, aber die Arbeit der Polizei wird wie immer auf der Basis der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte gründen“, erklärte Kox. Die Anmerkungen der Menschenrechtskommission nehme er sehr ernst, insbesondere was das Recht auf freie Bewegung betrifft. Aber die zahlreichen illegalen Partys, das Treiben in einzelnen Cafés und Bars und auch Verstöße im privaten Bereich hätten eine solche Entscheidung notwendig gemacht.

Privaträume bleiben tabu

„Die Polizei wird nicht alles und jeden kontrollieren können. Deshalb ist Eigenverantwortung gefragt. Das Kollektiv steht heute im Mittelpunkt und nicht das Eigeninteresse“, so noch Kox. „Die Polizei wird keine Privaträume kontrollieren. Allerdings werde die Polizei auf Hinweise reagieren, dass illegale Partys oder Treffen stattfinden würden“, so Polizei-

Generaldirektor Philippe Schrantz. „Wir haben Möglichkeiten, Untersuchungen anzustellen, und dementsprechend wird es zu juristischen Konsequenzen kommen“, so Schrantz. An die Betroffenen war es zudem der Aufruf, notwendige Ausfahrten während der Sperrstunde mit Dokumenten zu belegen. Dies würde die Arbeit der Polizei enorm erleichtern.

Nachts verstärkt aktiv

Die Polizei werde sich bei den künftigen Kontrollen auf das Einhalten der Sperrstunde, die Regeln in der Gastronomie und das illegale Abhalten von Partys konzentrieren. Die nächtlichen Streifen werden deshalb, so lange es personaltechnisch möglich ist, maximal verstärkt. Auch die Verkehrspolizei wird verstärkt nachts unterwegs sein. Da laut Schrantz die meisten Covid-Verstöße strafrechtlich relevant seien, würden sie auch so von der Polizei behandelt. „Wir überprüfen die Personalien, sammeln Beweise und schreiben dann einen Bericht“, erklärt Schrantz. Laut Minister Kox habe die Polizei klare Leitlinien, was den Umgang mit obdachlosen Menschen betrifft. „Kein Obdachloser wird von der Polizei belangt werden, weil er aus nachvollziehbaren Gründen nicht nach Hause kann“, so Kox.

Bisher 13 000 Kontrollen

Insgesamt wurden zwischen März und Oktober 13 000 pandemiebezogene Polizeikontrollen durchgeführt, in 5 000 Fällen wurden der Polizei Verdachtsfälle gemeldet, sei es wegen illegaler Partys oder wegen Lärm beim Nachbarn. 2 800 Mal wurden Bußgelder fällig, in

300 Fällen wurde ein Strafverfahren eingeleitet. „Zu Beginn der Pandemie haben wir vor allem die Bewegungsbeschränkungen und die wirtschaftlichen Auflagen im Lockdown kontrolliert“, erklärte Pascal Peters, Zentraldirektor der Police administrative.

Die Schwerpunkte der Kontrollarbeit hätten sich dabei dem jeweiligen gesetzlichen Rahmen angepasst. „Nach der Kontrolle der Lockdown-Regeln im Frühjahr schwenkten wir auf die Überprüfung der nächtlichen Schließstunden und der Veranstaltungen um“, so Peters. „Die meisten Kontrollen werden also jetzt ohnehin bereits nachts durchgeführt“.

Personallage noch im Griff

Was die Personallage bei der Polizei betrifft, so gebe es laut Schrantz durchaus Ausfälle wegen Infektionen. Man habe die Lage aber bisher gut im Griff. „Wir haben im Frühjahr teilweise auf juristische und verwaltungstechnische Abteilungen zurückgegriffen, um das Arbeitspensum während der Covid-Kontrollen zu bewältigen“, so Schrantz. Dies sei im Augenblick noch nicht notwendig. Sollte es allerdings zu Engpässen kommen, müsse man sich anders aufstellen.

„Im Gegensatz zum Lockdown im Frühjahr fällt jetzt auch das tägliche Arbeitspensum weiterhin an. Dies führt zu einer starken Belastung sämtlicher Mitarbeiter der Polizei.“, so Schrantz. Deshalb solle man verstärkt auf das sogenannte E-Kommissariat zurückgreifen. Die zentralen Polizeikommissariate in Verlorenkost, Esch/Alzette, Diekirch und Grevenmacher bleiben weiterhin für jeden Bürger zugänglich.

Vier ist das neue Zehn

Zu dem gestern im Zuge des überarbeiteten Covid-Gesetzes verabschiedeten neuen Maßnahmenpaket gehören verschärfte Ausgangs- und Versammlungsregeln für jeden Bürger. So werden jegliche private Ansammlungen von mehr als vier Personen, die nicht im gleichen Haushalt leben, sowohl drinnen als auch

draußen untersagt. Zu Hause dürfen maximal vier Personen empfangen werden, eine Maske ist dann nicht vorgeschrieben. Zudem gilt Maskenpflicht überall dort, wo mehr als vier Personen sich treffen, sei es drinnen oder draußen. Treffen mehr als zehn Menschen aufeinander, sind Maskenpflicht, Sitzpflicht und Einhalten der

Abstandsregeln angesagt. Kompletzt untersagt sind jegliche Ansammlungen von mehr als 100 Personen, dies gilt insbesondere für Restaurants. Zugleich dürfen nur maximal vier Personen an einem Tisch sitzen. Hier drohen Geldstrafen von bis zu 4 000 Euro. Das Versammlungsverbot gilt aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht im Falle von Demonstrationen oder Protestaktionen sowie auf

öffentlichen Märkten.

Das nächtliche Ausgangsverbot gilt zwischen 23 Uhr abends und 6 Uhr morgens, auch dies verbunden mit einer ganzen Reihe von Ausnahmen: So bleiben Fahrten zum Arbeitsplatz ebenso erlaubt wie Fahrten aus medizinischen Gründen, Transitbewegungen auf den Autobahnen oder Heimfahrten nach Auslandsaufenthalten.

WO STEHEN WIR?

Die Lockdowns sind zurück

Drakonische Maßnahmen sollen die Infektionskurven abflachen

„Flatten the curve“ - die Kurve der Neuinfektionen abflachen, so dass das Gesundheitssystem der Pandemie standhält -, lautete die Losung während der ersten Covid-19-Welle im Frühjahr. Heute scheint diese Losung noch akuter angesichts des rasanten Anstiegs der Infektionskurven in ganz Europa. Das Horrorszenario des Virus-Comebacks während der kalten Jahreszeit, in der wir viel mehr Zeit in geschlossenen Räumen verbringen, hat sich also bewahrheitet.

Die Suche nach dem „Wellenbrecher“, der die sanitäre Lage wieder beruhigen soll - ohne das zarte Pflänzchen Aufschwung zu ersticken - läuft auf Hochtouren.

Mehrere Länder haben einschneidende Maßnahmen beschlossen, weil die Appelle an die Eigenverantwortung der Bürger nicht fruchteten, ist es das Comeback der Lockdowns, diesmal partiell - für verschiedene Regionen, Branchen, auf Zeit. Um die Pandemie wieder in den Griff zu bekommen, müssen die Bürger also gezwungen werden, ihre sozialen Kontakte auf ein striktes Minimum zu begrenzen.

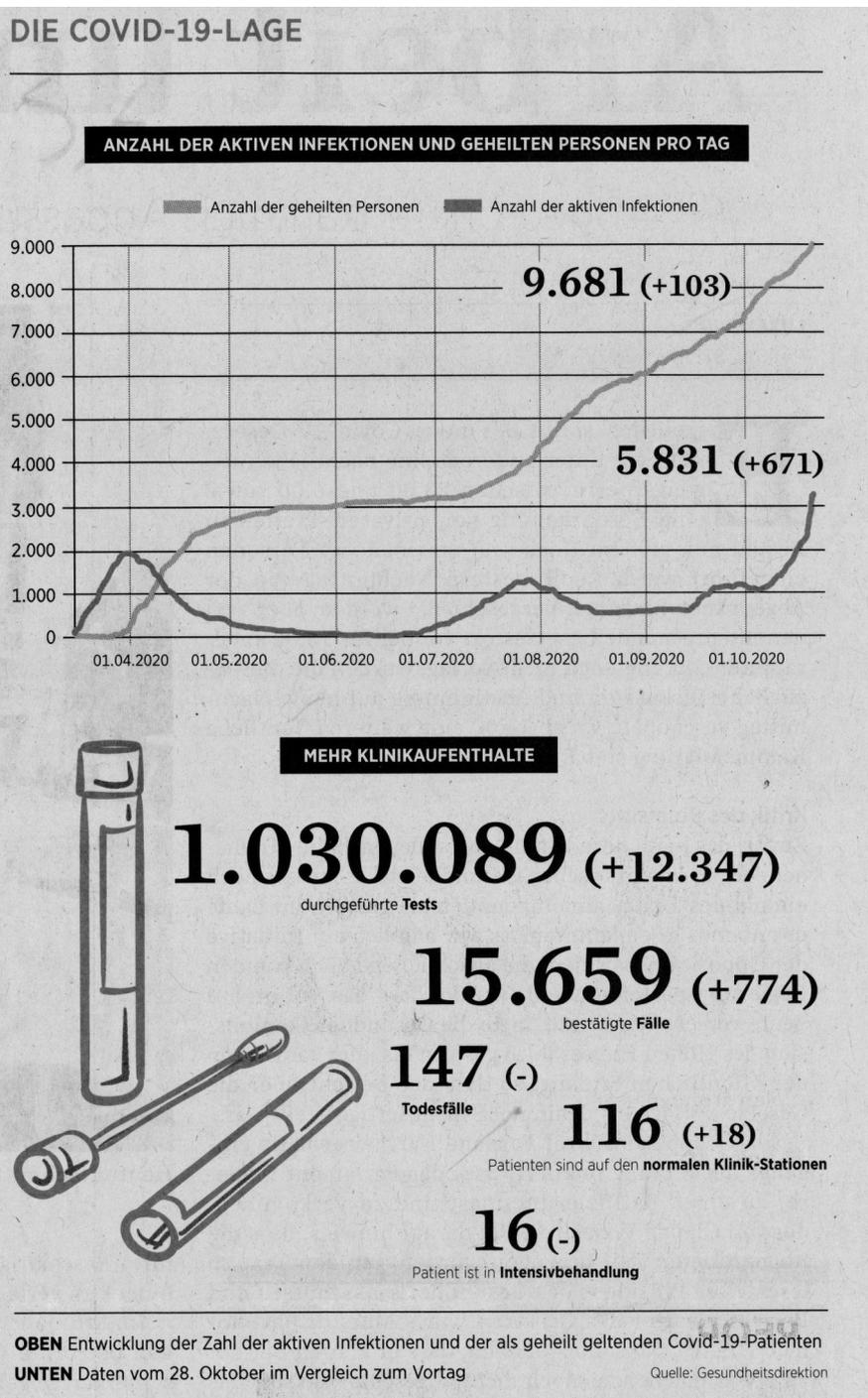
Das hat einen erheblichen Preis: nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die soziale Kohäsion. Nach Monaten der ständigen Angst vor einer Ansteckung und der Furcht vor einer ungewissen Zukunft sind viele Zeitgenossen „pandemidd“ - ein Terminus, den gestern die LSAP-Rednerin Francine Closener im Parlament benutzte. Und Müdigkeit macht reizbar, Ausgelaugtheit aggressiv. Keine guten Voraussetzungen für Zusammenhalt und Solidarität, die der Staatschef am Dienstag in einer Ansprache beschwor. Gerade jetzt aber kommt es darauf an, sich an die Regeln zu halten. Und zwar striktest, um die

Kurve abzuflachen und eine graduelle Rückkehr in eine gewisse Normalität zu ermöglichen. Das geht nicht ohne kleine Unbequemlichkeiten über die Bühne, die jeder jetzt in Kauf nehmen muss.

Um größere Katastrophen zu vermeiden. Ein paar Monate Lockdown haben Luxemburg und die Welt in eine Rezession gestürzt. Ein paar Monate Pandemie haben das Gesundheitssystem an seine Grenzen gebracht. Zwar ist es heute besser aufgestellt und ist genügend Material vorhanden, aber die Fachkräfte, die auch durchgeackert haben, als die erste Welle vorbei war, hatten noch keine Zeit, sich richtig zu erholen. Dr. Claude Schummer, Generaldirektor der Hôpitaux Robert Schuman berichtete gestern morgen im RTL-Radio darüber, dass viele Urlaubstage noch nicht genommen werden konnten.

Und gestern wurde im Parlament erneut die Möglichkeit zur Erhöhung der Arbeitszeit in systemrelevanten Tätigkeitsbereichen wie im Gesundheitssektor, in Laboratorien und in Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen. Maximal zwölf Stunden pro Tag und sechzig Stunden pro Woche.

Mit Durchhalteparolen ist es da nicht getan, es muss besser geplant werden, damit die Gesundheitsprofis - die natürlich nicht immun gegen das Virus sind - nicht im Burnout landen. Das gilt allerdings auch für eine ganze Menge anderer Berufe, die seit Monaten pausenlos an Deck sind, um die schwierige Lage zu meistern. Saure Zeiten allenthalben also. Kein Grund aber zu verzagen. Die Wissenschaft macht große Fortschritte im Kampf gegen das Virus. Aber bis ein Impfstoff da ist, muss jeder Verantwortung zeigen. CLAUDE KARGER



In jedem zehnten Intensivbett ein Covid-Patient

WOCHENBILANZ Deutliche Zunahme der Corona-Fälle auf allen Ebenen

Frank Goebel

Wie stark die Schlüsselzahlen in Sachen Corona-Pandemie gestiegen sind, zeigt sich besonders in der Wochenschau: Allein die Frequenz, mit der ein beliebiger Test positiv ausfällt, hat sich mehr als verdoppelt.

Eine Schwelle, deren Überschreitung noch vor kurzem in Luxemburg mit großer Nervosität verfolgt wurde, wurde vergangene Woche gleich elffach überschritten: Die 3.387 Neuinfektionen, die bei 60.669 Tests entdeckt wurden, bedeuten eine Sieben-Tages-Inzidenz von 541. Von den 50 Infektionen, die einst das Prädikat „Risikogebiet“ bedeuteten, ist man damit sehr weit entfernt.

Die Überlegung, dass man nur mehr Fälle findet, weil man mehr testet, hält dabei längst den Zahlen nicht mehr stand: Im jüngsten Betrachtungszeitraum war jeder 17,9. Test positiv – in der Woche davor nur jeder 37,4. Test.

Contact Tracing weiter „treffsicher“

54 Prozent der positiven Tests der vergangenen Woche waren gezielte Tests, 27 Prozent wurden im Rahmen der Kontaktver-

folgung gemacht. Auf das Large Scale Testing entfielen 19 Prozent der positiven Tests – und nur 0,6 Prozent stammten von den Tests, die am Flughafen oder in Zusammenhang mit Reisen gemacht wurden.

Auch bei der Trefferquote waren die gezielten, individuellen Tests wieder am „erfolgreichsten“: Hier war jeder elfte Test positiv (Vorwoche: jeder 23. Test). Auch das Contact Tracing funktioniert offenbar noch, denn hier war ebenfalls jeder elfte Test positiv (Vorwoche: jeder 15.). Dass das Large Scale Testing noch am ehesten einem zufälligen Test nahekommt, zeigt sich auch bei der Inzidenz: Denn hier war nur jeder 44. Test positiv – was aber einen deutlichen Anstieg gegenüber der Vorwoche bedeutet, denn da war es nur jeder 136. Test. Bei den Tests, die am Flughafen und im Zusammenhang mit Reisen gemacht wurden, war nur jeder 79. Test positiv – wobei auch hier eine starke Zunahme zu erkennen ist, denn in der Vorwoche war es nur jeder 203. Test.

Die positiv Getesteten waren im Durchschnitt 40,3 Jahre alt (Vorwoche: 38,8 Jahre). Innerhalb der Woche hat das Contact-Tracing-Team 9.980

Kontakte ermittelt. 3.948 Personen befanden sich in Quarantäne und 3.239 in Isolation. Auch die Zustände in den Krankenhäusern spiegeln den Anstieg der Infektionen wider: 75 Menschen mit einer nachgewiesenen Infektion mussten ins Krankenhaus. Eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorwoche: Da waren es noch 44. Die Fälle, die auf die Intensivstation geführt haben, haben sich verdreifacht: von drei in der vorletzten Woche auf neun in der vergangenen Woche. Das bedeutet auch, dass 10,3 Prozent aller verfügbaren Intensivbetten in Luxemburg durch Covid-19-Patienten belegt sind. Wie viele Betten noch verfügbar sind, geht aus dem Bericht aber nicht hervor. Eine besondere Steigerung gab es auch bei den Todesfällen in Zusammenhang mit Covid-19-Erkrankung – nämlich um den Faktor sechs: Ganze zwölf Todesfälle wurden in der abgelaufenen Woche registriert, während es in der Woche zuvor nur zwei waren. Bei 4.682 Menschen gilt die Infektion als derzeit aktiv – in der Vorwoche waren es nur 2.112. Die Reproduktionszahl „RT eff“ liegt bei 1,52 (Vorwoche: 1,17). *Alle Zahlenangaben laut Santé Luxembourg, teilweise zur besseren Lesbarkeit gerundet.*

„Das Virus ist überall“

Sobald die entsprechenden Gesetze (nächste Woche) gestimmt sind: Nächtliche Ausgangssperre von 23.00 bis 6.00 - Zusammenkünfte im privaten Bereich und im Horeca-Sektor werden auf vier Personen begrenzt

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

Wegen der beständig ansteigenden Corona-Zahlen hat sich die Regierung, die gestern zusammenkam, dazu entschlossen, neue Maßnahmen im Kampf gegen Covid-19 zu ergreifen, die voraussichtlich Mitte oder Ende der nächsten Woche in Kraft treten werden, das heißt wenn die entsprechenden Gesetzestexte von der Abgeordnetenkammer verabschiedet sind. Geplant sind unter anderem eine nächtliche Ausgangssperre zwischen 23.00 und 6.00 sowie eine Begrenzung der Zusammenkünfte auf vier Personen im privaten Bereich zu Hause sowie in Restaurants und Gaststätten.

Neue Maßnahmen gelten nach Inkrafttreten der Gesetze vorerst einen Monat

Die Gesetzentwürfe sollen jetzt über das Wochenende ausgearbeitet werden, ehe der Regierungsrat dann am Montagmorgen zu einer weiteren Sitzung zusammenkommt, derweil am gleichen Nachmittag bereits ein Treffen des zuständigen parlamentarischen Gesundheitsausschusses anberaunt ist, so dass die diesbezüglichen Texte möglicherweise noch am gleichen Abend dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt werden können. Anschließend müssen die Abgeordneten die Gesetze in einer öffentlicher Sitzung stimmen, ehe sie dann in Kraft treten können. Ab dann sollen sie einen Monat gelten.

Zur Erinnerung: Während des Ausnahmezustands konnten die jeweiligen Corona-Maßnahmen auch ohne Abstimmung im Parlament wirksam werden, aber der „état de crise“ gilt nicht mehr.

Wie Premier Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern auf einer Pressekonferenz im Anschluss an den Regierungsrat festhielten, sei der Regierung angesichts der aktuellen Entwicklung der Corona-Zahlen in Luxemburg und der Tatsache, dass seit einigen Tagen wieder mehr ältere Personen über 65 Jahre und auch immer mehr Spitäler sowie Alters- und Pflegeheime von Neuinfektionen betroffen seien, keine andere Wahl geblieben, als neue Maßnahmen zu ergreifen. „Das Virus ist überall“, so ein sichtlich besorgter Regierungschef, der angab, dass der Erreger inzwischen flächendeckend im ganzen Land präsent sei.

516 Neuinfektionen und ein weiterer Todesfall

Nach 416 Neuinfektionen am Mittwoch und einem Rekordwert von 595 Neuinfektionen am Donnerstag meldete das Gesundheitsministerium gestern am späten Nachmittag 516 weitere Fälle, dies bei 8.936 Corona-Tests. Dies entspricht einer Positivitätsrate von 5,76.

Zudem gibt es einen weiteren Todesfall zu beklagen, so dass bislang 141 Menschen an den Folgen von Covid-19 gestorben sind. Der Reproduktionswert wird aktuell mit 1,69 angegeben.

Wegen Corona hospitalisiert sind momentan 86 Menschen (+ 17), davon zehn auf der Intensivstation (+ 2). Die Gesamtzahl der bestätigten positiven Corona-Fälle liegt inzwischen bei 12.851. Aktive Infektionen gibt es 3.625, derweil 9.085 Personen als geheilt gelten.

„4 ass déi nei 10“

Xavier Bettel und Paulette Lenert riefen die Bevölkerung dann auch schon gestern dazu auf, sich jetzt schon an die neuen Maßnahmen zu halten, auch wenn diese im Moment nur Empfehlungen seien. Es gelte, nicht notwendige soziale Kontakte zu vermeiden und sich strikt an die Maskenpflicht und die Abstandsregeln zu halten.

Statt bislang zehn sollen sich nach Inkrafttreten der neuen Maßnahmen neben den Gastgebern nur noch vier Leute bei einem zu Hause aufhalten können, außer es handelt sich um Mitglieder des selben Haushalts, was die Gesundheitsministerin zu dem Spruch „4 ass déi nei 10“ inspirierte. In Gaststätten und in Restaurants dürfen fortan maximal vier Personen an einem Tisch sitzen, bei Personen, die zusammenwohnen, dürfen es auch mehr sein.

Überall wo Interaktionen zwischen Personen sind und Distanzen nicht respektiert werden können, besteht indes Maskenpflicht, sowohl im Innen- als auch im Außenbereich. Bei allen Veranstaltungen mit mehr als zehn Personen muss zudem ein Mindestabstand von zwei Metern eingehalten werden.

Was nun die nächtliche Ausgangssperre zwischen 23.00 und 6.00 anbelangt, so wird hier für Personen, die von der Arbeit kommen oder zur Arbeit gehen müssen, eine Ausnahme gemacht, was auch für Personen gilt, die beispielsweise mit dem Flugzeug aus dem Ausland kommen. Über die zu erhebenden Strafen bei Verstößen gegen die neue Maßnahmen hat die Regierung noch keine Entscheidung getroffen, soll das doch in Konzertierung mit der Justiz am Wochenende ausgearbeitet werden.

Sportveranstaltungen werden indes größtenteils abgesagt, mit Ausnahme den Spielen der Nationalmannschaften und der ersten Division.

Anteil der Infizierten über 65 Jahre mehr als verdoppelt

Gesundheitsministerin Lenert wies ihrerseits aber auch noch auf rezente Auswertungen der Kläranlagen hin, die deutlich machen würden, dass das Virus im ganzen Land präsent und stark angestiegen sei, so dass man von einer hohen Dunkelziffer ausgehen müsse. Es sei jedenfalls an der Zeit, die Handbremse zu ziehen und jetzt zu handeln, um schlimmeres zu verhindern. Es sei ein kleiner Preis, den wir jetzt bezahlen müssten, um einen höheren Preis zu vermeiden.

So habe sich der Anteil von Infizierten über 65 Jahre

in den vergangenen drei Tagen mehr als verdoppelt. Auch wenn in unseren Krankenhäusern derzeit noch alles unter Kontrolle sei, so bestehe doch die Gefahr, dass wir ein Problem bekommen würden. Ob in den Krankenhäusern eine neue Risikostufe („Phase 3“) aktiviert werde, das entscheide sich in den nächsten Stunden.

Dass sich die Situation in den Krankenhäusern langsam aber sicher zuspitzt, wurde auch gestern deutlich, nachdem am Vortag bereits bekannt geworden war, dass bis dato 30 Mitarbeiter des hauptstädtischen „Centre Hospitalier“ positiv auf das Virus getestet wurden und 60 weitere Mitarbeiter sich derzeit in Quarantäne befinden würden, weil sie zuvor in Kontakt mit einer positiv getesteten Person waren. Auch in den „Hôpitaux Robert Schuman“ auf Kirchberg wurden bis vorgestern 14 Mitarbeiter positiv auf das Virus getestet, derweil sich weitere 22 in Quarantäne befinden.

Und wie gestern zu erfahren war, sollen allein in der Nacht von Donnerstag auf Freitag acht Personen aus Alters- und Pflegeheimen ins „Centre Hospitalier“ eingeliefert worden sein, was deutlich macht, dass es in den nächsten Tagen auch wieder in den Altersheimen zu strengeren Maßnahmen kommen dürfte.

Corona-Cluster im CHEM in Niederkorn

Die Notaufnahme im „Centre Hospitalier Émile Mayrisch(

CHEM) in Niederkorn wurde ihrerseits gestern Abend geschlossen, da hier 21 Patienten und 13 Mitarbeiter positiv auf Corona getestet wurden. Die Patienten wurden in die Covid-Abteilung nach Esch verlegt. Insgesamt wurden 45 Angestellte aus dem medizinischen Bereich sowie 13 aus der Verwaltung und Technik des CHEM positiv getestet und in Quarantäne gesetzt.

Im „Centre Hospitalier du Nord“ wurden indes 16 Personen positiv auf Corona getestet und 13 weitere Leute in Quarantäne gesetzt.

Gräbersegnung wegen Corona abgesagt

Auch werden inzwischen immer mehr Veranstaltungen wegen Corona abgesagt, wobei jetzt schon klar sein dürfte, dass die Weihnachtsmärkte in diesem Jahr ausfallen werden. Abgesagt werden aber auch die Gräbersegnungen für Allerheiligen und Allerseelen, wie das Erzbistum gestern auf einer Pressekonferenz mitteilte. ●

„Wir müssen von einer hohen Dunkelziffer ausgehen“

PAULETTE LENERT Gesundheitsministerin, in Bezug auf die Auswertung der Kläranlagen was die Virus-Präsenz angeht

„Wir alle tragen Verantwortung“

Covid-Krise: Großherzog Henri wendet sich in einer Ansprache an die Bevölkerung

Luxemburg. Großherzog Henri sorgt sich. „Luxemburg ist von dieser zweiten Welle nicht verschont geblieben“, sagte er in einer gestern verbreiteten Ansprache an die Mitbürger. Besonders die Infektionen beim Pflegepersonal in den Spitälern und in den Alters- und Pflegeheimen treiben ihn um. „Die Situation im Gesundheitssektor ist angespannt“, stellte er fest.

Dort werde eine außergewöhnliche Arbeit geleistet, es liege aber auch „an jedem Einzelnen von uns,

der hier in Luxemburg wohnt, lebt oder arbeitet, mitzuhelfen, die Ausbreitung des Virus wieder einzudämmen. Wir alle tragen Verantwortung für unsere Mitmenschen, besonders für die vulnerablen und älteren Menschen. Solidarität und Respekt verlangen von uns, dass wir uns an die Regeln halten.“ Das sei man den Mitmenschen schuldig, aber auch den Pflegepersonal, Ärzten, Hilfspflegerinnen und dem Personal in den Spitälern. Insofern bezeichnet das Staatsober-

haupt die neuen Maßnahmen der Regierung als „derzeit notwendig und angemessen im Kampf gegen die Pandemie“. Es sei unerlässlich, soziale Kontakte auf das strikte Minimum zu beschränken und sich auf das zu konzentrieren, was wirklich sein muss, so sein Appell. „Es sind im Grunde kleine Gesten, die Großes bewirken können.“ Und so zählt der Großherzog fest auf die Solidarität von allen: „Jetzt zählt es und nur zusammen können wir es schaffen.“ *wel/C.*

Großherzog wendet sich an das Volk

BOTSCHAFT Henri zählt auf die Solidarität aller

Großherzog Henri hat sich gestern Abend mit einer Nachricht an die Menschen in Luxemburg gewandt. „Sie wissen alle, dass in den vergangenen Tagen die Zahl der Infektionen mit dem Coronavirus massiv gestiegen ist – sowohl in Europa wie in der ganzen Welt“, sagt Henri. Luxemburg sei von dieser „zweiten Welle“ nicht verschont geblieben. Dass es in den Krankenhäusern Fälle gibt, bei denen sich das Personal infiziert hat, bereitet Henri besondere Sorgen. „Hinzu kommt die Information, dass es auch wieder mehr Infektionen in den

Alten- und Pflegeheimen gibt.“

Die Situation sei im Gesundheitssektor durch den starken Anstieg an neuen Infektionen angespannt. „Das Personal in den Krankenhäusern leistet Außergewöhnliches, es setzt alles dran, um eine optimale Behandlung zu garantieren“, sagt Henri. Es sei aber an jedem Einzelnen, der in Luxemburg wohnt, lebt oder arbeitet, mitzuhelfen, um die Verbreitung des Virus einzuschränken. „Wir alle tragen gegenüber unseren Mitmenschen Verantwortung, und vor allem

gegenüber den gefährdeten und älteren Menschen“, sagt Henri.

Die Restriktionen, die den Alltag und die Freiheiten einschränken, seien außergewöhnlich Maßnahmen und keine einfachen Entscheidungen. Aber sie seien im Moment notwendig und an den Kampf gegen die Pandemie angepasst. Es gelte weiterhin, die sozialen Kontakte zu limitieren und sich darauf zu konzentrieren, was wirklich sein muss. „Es sind im Grunde die kleinen Gesten, die Großes bewirken können“, sagt Henri. „Ich zähle fest auf die Solidarität aller, damit wir die zweite Welle so gut wie möglich überstehen.“

Ausgebremst

Regierung verhängt angesichts steigender Neuinfektionen eine Ausgangssperre

Luxemburg. Da die Zahl der Neuinfektionen zuletzt dramatisch gestiegen war, sah sich die Regierung gestern zum Handeln gezwungen. Demnächst gilt zwischen 23 Uhr abends und 6 Uhr morgens eine strikte Ausgangssperre. Auch die sozialen Kontakte müssen reduziert werden. So dürfen sich in Zukunft nur noch vier, statt wie bisher zehn Personen, die nicht in einem Haushalt leben, zu Hause, im Bistro oder im Restaurant treffen. Sind es mehr als vier Personen, gilt drinnen wie draußen eine Maskenpflicht. Treffen sich mehr als zehn Leute, müssen sie nicht nur einen Mund-Nasen-Schutz tragen, sondern auch zwei Meter Abstand halten.

Noch sind die neuen Regeln nicht rechtskräftig. Doch wenn alles nach Plan läuft,

könnte das Parlament bereits kommende Woche über den Gesetzentwurf abstimmen. Die neuen Regeln sollen vorerst für einen Monat gelten.

Auch das Erzbistum reagierte auf die aktuelle Corona-Situation. Auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz erklärte Kardinal Jean-Claude Hollerich, dass die öffentlichen Gräbersegnungen zu Allerheiligen abgesagt würden. Die Gräber würden zwar wohl gesegnet, jedoch geschehe dies eben nicht öffentlich. Bereits angekündigte Gottesdienste für Allerheiligen und Allerseelen sollen allerdings stattfinden, sofern dies möglich ist.

Im Sport werden die nationalen Meisterschaften unterbrochen - mit Ausnahme der höchsten Ligen und der Nationalmann-

schaften. Hier liegt die letzte Entscheidung bei den Fachverbänden.

Auch in den Nachbarländern spitzt sich die Lage zu. In Belgien stoßen die Krankenhäuser in Liège personell und materiell an ihre Grenzen, sodass bereits Parallelen zu Bergamo im März/April dieses Jahres gezogen werden. Belgien kämpft darüber hinaus wie Deutschland mit seinem föderalen System und damit einhergehenden unterschiedlich drastischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Mit der Folge, dass der Kampf gegen die Corona-Krise auch als parteipolitisches Wettstreifen inszeniert wird wie zwischen Bayerns Ministerpräsident und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin.

DS/mas



Premier Bettel und Gesundheitsministerin Lenert kündigen im Kampf gegen die Pandemie strengere Regeln an.

Foto: Chris Karaba

Regierung zieht Notbremse

Kabinetts beschließt Ausgangssperre und schränkt Sozialkontakte ein

Von Dani Schumacher

Nachdem die Zahl der Neuinfektionen in den vergangenen Tagen dramatisch angestiegen war, zieht die Regierung nun die Notbremse. So gilt demnächst eine generelle Ausgangssperre zwischen 23 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Ausnahmen gelten u. a. für Beschäftigte, die länger arbeiten oder für Personen im Transit.

Zudem dürfen sich nur noch vier Personen, die nicht dem gleichen Haushalt angehören, treffen. Dies gilt sowohl für den privaten Bereich als auch für Restaurants und Kneipen. Kommen mehr als vier Personen zusammen, gilt die Maskenpflicht, sowohl in Innenräumen als auch unter freiem Himmel. Sind es mehr als zehn Personen, muss nicht nur ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden, sondern es gilt auch ein Mindestabstand von zwei Metern. Auch diese Regel spielt sowohl drinnen wie auch draußen. Sämtliche Kontaktbeschränkungen gelten auch im Sport. Die Meisterschaften werden allesamt abgesagt, mit Ausnahme der ersten Ligen. Auch die Nationalmannschaften sind ausgenommen. Die neuen Regeln gelten vorerst für einen Monat.

Gravierender Eingriff in die persönlichen Freiheiten

Wie Premier Xavier Bettel (DP)

und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern beim Pressebriefing im Anschluss an die Kabinettsitzung betonten, haben sich die entscheidenden Parameter in den vergangenen drei Tagen zunehmend verschlechtert: „Wir mussten reagieren, wir hatten keine andere Möglichkeit“, so Bettel gleich eingangs seiner Erklärung. Obwohl es sich bei der Ausgangssperre um einen gravierenden Eingriff in die persönlichen Freiheiten handele, sei der Schritt alternativlos, wenn man einen kompletten Lockdown wie im Frühjahr verhindern wolle, so Bettel.

Ausschlaggebend für die Entscheidung, restriktivere Maßnahmen einzuführen, waren nicht allein die vielen Neuinfektionen. Auch das Alter der Infizierten ist zuletzt deutlich angestiegen. Die Zahl der über 65-Jährigen, die positiv auf Corona getestet wurden, hat sich in den vergangenen drei Tagen verdreifacht.

Personalprobleme in den Krankenhäusern

Erschwerend kommt hinzu, dass es in den Krankenhäusern mittlerweile zu personellen Engpässen kommt, sei es weil Mitarbeiter selbst infiziert sind oder weil sie sich in Quarantäne befinden.

Ein weiteres Kriterium, das die Regierung zum Handeln zwang, ist der flächendeckende Nachweis des Corona-Virus in den Kläranlagen. Die Präsenz sei dort derart hoch, dass man von einer hohen Dunkelziffer ausgehen müsse, erklärte die Gesundheitsministerin. Bis Mitte der Woche habe noch Hoffnung bestanden, dass sich die Situation wie im Sommer wieder entspannen werde. Das sei aber leider nicht der Fall. Auch für Lenert führt daher kein Weg an den nun beschlossenen Maßnahmen vorbei: „Wenn wir nicht wollen, dass unser Gesundheitssystem zusammenbricht und wenn wir nicht wollen, dass die Wirtschaft wegen der vielen Infektionen und der hohen Zahl an Personen, die sich in Quarantäne befinden, zum Erliegen kommt, müssen wir die Handbremse ziehen.“

Zurzeit sei die Situation in den Krankenhäusern unter Kontrolle, versicherte die Gesundheitsministerin. Allerdings müsse nun schnell gehandelt werden. Noch gilt Phase zwei, allerdings wollte die Ministerin nicht ausschließen, dass in den kommenden Tagen die dritte Stufe verhängt werden muss. Dann werden die Kliniken den regulären Betrieb wie bereits im Frühjahr wieder herunterfahren und nicht mehr alle Behandlungen durchführen: „Das Problem ist, für

immer mehr Patienten stehen immer weniger Mitarbeiter in den Krankenhäusern bereit“, so Premierminister Bettel.

Abstimmung noch kommende Woche

Die Regierung will die Details, etwa die Sanktionen, übers Wochenende ausarbeiten und den Entwurf dann am Montag auf den Instanzenweg schicken. Der Gesundheitsausschuss kommt noch am gleichen Tag zusammen und auch der Staatsrat will die Änderungsanträge zum Covid-Gesetz so schnell wie möglich begutachten. Wenn alles klappt, könnte das Parlament bereits Ende kommender Woche über den Entwurf abstimmen. Sobald das Gesetz im Amtsblatt veröffentlicht wurde, ist es rechtskräftig. Auch wenn es in den kommenden Tagen also noch keine rechtliche Grundlage für die Maßnahmen gibt, so hoffen Bettel und Lenert dennoch, dass sich die Bevölkerung mit sofortiger Wirkung an die neuen Regeln halten wird. Noch bevor Bettel und Lenert vor die Presse traten, hatten sie das Parlament über die neuen Maßnahmen informiert.

● *Wir mussten
reagieren,
wir hatten
keine andere
Möglichkeit.*

Premier Xavier Bettel

Kommentar

Auf den letzten Drücker

Von Dani Schumacher

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen steigt rasant. Allein in den beiden letzten Tagen waren es mehr als 1100. Eine Überraschung ist dies nicht, die Tendenz zeichnete sich schon seit längerem ab. Dennoch verzichtete die Regierung in der vergangenen Woche darauf, gegenzusteuern und neue, schärfere Maßnahmen anzuordnen. Dass die Covid-Task-Force bereits Anfang der Woche Alarm geschlagen hat, dass die Krankenhäuser den Betrieb wieder langsam zurückfahren müssen, all das ließ das Kabinett offensichtlich kalt. Während die Regierungschefs der anderen EU-Länder sich in den vergangenen Tagen einer

nach dem anderen zu Wort meldeten, war Premier Bettel seit Sonntag auf Tauchstation.

Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert beließen es bei Appellen an die Vernunft und setzten auf Eigenverantwortung. Die Botschaft mag zwar bei einem Teil der Bevölkerung angekommen sein, aber eben nur bei einem Teil. Denn nicht alle Bürger informieren sich über die klassischen Medien, nicht alle lesen Zeitung oder sehen oder hören sich die Nachrichten in den luxemburgischsprachigen Radio- und Fernsehsendern an. Bei einem Teil der Bevölkerung verpuffte die Botschaft ungehört. Auch über die sozialen Netzwerke wird man nicht

alle erreichen.

Ja, nun kommen neue Regeln. Sie sind streng, aber sie kommen spät. Hoffentlich nicht zu spät. Denn, ob es mit einer nächtlichen Ausgangssperre und einer Begrenzung der sozialen Kontakte auf vier Personen zum jetzigen Zeitpunkt noch getan ist, bleibt abzuwarten. Zumal es noch eine Woche dauern wird, bis die Maßnahmen überhaupt rechtskräftig sein werden. Die Entwicklung bei der Zahl der Hospitalisierungen, die bislang noch einigermaßen überschaubar war, hinkt den Neuinfektionen nämlich um fast zwei Wochen hinterher. Wer sich heute ansteckt, landet erst Anfang November im Krankenhaus, wenn es zu einem schweren Krankheitsverlauf kommt. Dazu steigt das Durchschnittsalter der Neuinfizierten. Die Zahl der Toten wird

steigen.

Wie schon im Frühjahr sind die Kliniken, die nicht nur mit den vielen Corona-Patienten, sondern auch mit den Quarantänemaßnahmen des eigenen Personals zu kämpfen haben, die Schwachstelle im Kampf gegen das Coronavirus. Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn die Nachbarländer, die ebenfalls unter ungeheuerem Druck stehen, ihre medizinischen Fachkräfte zurückbeordern sollten.

Luxemburg hat die erste Welle dank der vorsichtigen und pragmatischen Politik der Regierung recht gut überstanden. Doch die zweite Welle könnte sich zu einer Katastrophe entwickeln, für das Land und für die Regierung.

EU-Staaten beschließen Corona-Ampel für Reisen

Luxemburg lehnt Regeln ab – künftig gemeinsame Kriterien für Risikogebiete, doch entscheidende Aspekte bleiben weiter unregelt

Luxemburg. Bürger können sich künftig auf einer Ampel-Karte über die Corona-Lage in Europa informieren. Auf Grundlage gemeinsamer Kriterien werden Regionen je nach Infektionsgeschehen entweder grün, orange oder rot markiert. Für grüne Gebiete mit wenigen Infektionen sollen künftig keine Einreiseverbote mehr verhängt werden, wie eine Mehrheit der Europaminister am Dienstag in Luxemburg beschloss.

Mit dem Flickenteppich verschiedener Regeln dürfte es jedoch nicht vorbei sein. Denn gemeinsame Standards für Reisende aus stärker betroffenen – also orange oder rot markierten – Regionen sind nicht vorgesehen. Ebenso wenig gibt es einheitliche Kriterien für Quarantäne- und Testpflichten. Auch sind die Empfehlungen nicht bindend.

Doch auch an den Kriterien für die Ampel-Karte gibt es schon Kritik – und zwar vor allem von den Regierungen von Luxemburg und Österreich, zwischen denen es in den vergangenen Wochen Differenzen in der Asylopolitik gegeben hatte. Es sei „ziemlich absurd“, dass nun ein europäisches Land das jeweils andere als Risikogebiet einstufen werde, sagte Außenminister Jean Asselborn. Er sprach sich dafür aus, weitere Kriterien für die Risikogebiete einzuführen und etwa auch die Zahl der durchgeführten Tests stärker als geplant zu berücksichtigen. So teste Luxemburg beispielsweise gratis und auch asymptomatische Fälle. Dafür werde man mit dem neuen Konzept bestraft, sagte er.

Einhellige Kritik aus Luxemburg und Österreich

Das Konzept sei bereits von der Realität überholt und basiere auf

zu wenig treffsicheren Kriterien, sagte Österreichs Europaministerin Karoline Edtstadler. In der Folge seien die meisten Regionen Europas auf der geplanten Risikolandkarte schon jetzt rot gefärbt. Und eine Steigerung von rot gebe es nicht. Man sei den Bürgerinnen und Bürgern jedoch schuldig, die Gesundheit zu schützen und gleichzeitig die Freizügigkeit zu wahren. Dazu gehöre auch, so etwas wie Tourismus in diesem Herbst und Winter zu ermöglichen, sagte Edtstadler.

Der deutsche Europastaatsminister Michael Roth (SPD) sagte hingegen, es sei die Pflicht der EU-Staaten, Maßnahmen zu koordinieren, „die sich auf die Freizügigkeit auswirken“. Deutschland hatte den Kompromiss verhandelt, weil es noch bis Ende des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Die Ampel-Karte dürfte nun innerhalb der kommenden Tage online gehen. Sie soll von der europäischen Gesundheitsagentur ECDC erstellt und wöchentlich aktualisiert werden. Grundlage soll die Zahl der neu gemeldeten Fälle pro 100 000 Einwohner in den letzten 14 Tagen sein – die sogenannte 14-Tage-Inzidenz –, dazu kommen die Quote positiver Tests sowie die Anzahl durchgeführter Tests pro 100 000 Einwohner.

Bislang entscheidet jedes Land mit eigenen Kriterien

Zumindest für Reisende aus grünen Regionen sollen die EU-Staaten die Einreise nicht mehr verwehren. Dies wären Gebiete, in denen die 14-Tage-Inzidenz unter 25 und die Rate positiver Tests unter 4 Prozent liegt. Orange wären Regionen, in denen die Inzidenz unter 50, die Rate positiver

Tests aber bei 4 Prozent oder darüber liegt.

Ebenfalls orange wären Regionen, in denen die Inzidenz zwischen 25 und 150 Fällen liegt, die Rate positiver Tests aber unter 4 Prozent. Bei einer 14-Tage-Inzidenz ab 50 sowie einer Positivrate ab 4 Prozent würden Regionen rot markiert – oder bei einer Inzidenz höher als 150. Zudem soll es graue Regionen mit unzureichenden Daten geben.

Zusätzliche Kriterien könnten Daten zur Bevölkerungsgröße, zur Aufnahme in Krankenhäusern und auf Intensivstationen sowie zu Sterberaten sein. Vor möglichen Maßnahmen sollen das betroffene Land, die anderen EU-Staaten und die Öffentlichkeit informiert werden. Ausnahmen soll es etwa für Saisonarbeiter, Diplomaten, Lkw-Fahrer oder Journalisten im Einsatz geben. Auch an einem gemeinsamen Reiserückkehrformular – wenn möglich digital – wolle man arbeiten.

Bislang entscheidet jedes Land mit eigenen Kriterien, welche anderen EU-Länder oder -Regionen es als Risikogebiet einstuft. Das führt zu großen Unterschieden. Deshalb hatte die EU-Kommission Kriterien für einheitliche Reisebeschränkungen sowie Corona- und Quarantäneregeln vorgeschlagen, die umfassender als die jetzige Einigung waren. dpa

● Für Reisende aus
● grünen Regionen sollen die EU-Staaten die Einreise nicht mehr verwehren.

Um Zuversicht bemüht

Premier Xavier Bettel will am Regierungsprogramm festhalten, Steuererhöhungen und neue Steuern gibt es nicht

Von Annette Welsch

Lang war die Rede von Premierminister Xavier Bettel (DP). War man sonst eine knappe Stunde gewöhnt, waren es nun etwas mehr als 90 Minuten. Er begann seine Rede mit den Hygieneregeln, die es weiterhin einzuhalten gilt. „Wir haben die Aufgabe, Menschen zu schützen und Leben zu retten. Nichts ist wichtiger.“ Auch wenn nur eine Minderheit wirklich in Gefahr sei, so müsse auch diese geschützt werden – auf sie käme es an, mahnte Bettel.

Als gemeinsames Ziel gab er den Abgeordneten vor: „Es geht darum, dass wir Luxemburg gerade jetzt stärken können, dass wir Chancen nutzen und den Leuten Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.“ So lautete auch die Überschrift seiner Rede, die er mit einer Besuchstour bei 50 großen und kleinen Betrieben, in Schulen, sozialen Strukturen, Alten- und Pflegeheimen, Spitälern, mit NGO, Föderationen, Gewerkschaften, Patronatsvertretern, Bürgermeistern, Polizisten, Feuerwehrleuten und Soldaten vorbereitet hatte. Denn man dürfe über den Zahlen, um die es in der Gesundheitskrise, in Politik und Wirtschaft stets ging, den Menschen nicht vergessen.

Aus diesen Eindrücken und Botschaften resümierte er eine Reihe Feststellungen. Erstens habe man es fertiggebracht, aus sanitärer Sicht gut durch die Krise gekommen zu sein – der Druck auf die Krankenhäuser konnte konstant niedrig gehalten werden. Man konnte zweitens die Betriebe durch direkte und indirekte Hilfen stabilisieren und eine Explosion der Arbeitslosigkeit verhindern. Die negativen Nebeneffekte auf die Familien und Kinder blieben drittens übersichtlich, auch die Kinder aus einem schwierigen Umfeld blieben durch die Behörden versorgt. Aber es bleibe viertens ein Gefühl der Unsicherheit, was für alle möglichen Bereiche gelte – in der Wirtschaft, im Sozialbe-

reich, in der Schule oder einfach der Bevölkerung. Das sollte man nicht kleinreden. „Die Leute fragen sich, wie es weitergeht und wie die Perspektiven für die nächsten Monate aussehen. Wir haben die Aufgabe, darauf Antworten zu geben“, so Bettel.

Er zählte dann im Detail auf, welche wirtschaftlichen Hilfen im Rahmen des Stabilisierungspakts an die Betriebe ausgeschüttet wurden, was in die Kurzarbeit und den Congé pour raisons familiales floss und stellte in Aussicht: „Wir sind der Meinung, dass ganz spezifisch auch nach dem 31. Dezember noch weitere Hilfen gebraucht werden.“ Man habe sich in diesem Sinn bei der EU-Kommission und den Wettbewerbshütern schon abgesichert.

Stock options werden abgeschafft

Ansonsten komme auf die Frage, was der Plan für die nächsten Jahre sei, die „einfache Antwort auf eine komplexe Frage“: „Das Koalitionsprogramm gilt, es werden keine Steuern eingeführt, die nicht dort vorgesehen sind, es kommen keine Steuererhöhungen, es werden aber Maßnahmen, die das Staatsbudget stark belasten nicht direkt oben auf der Tagesordnung stehen.“ Welche, das sagte er nicht.

Auch wenn nun für 2021 keine generelle Steuerreform geplant ist, so wird es bei den Spezialimmobilienfonds FIS, den Stock options und anderen Steuermodellen direkt zu Änderungen kommen. „Es geht dabei um Gerechtigkeit, um Moral und Anstand.“ Zum 1. Januar 2021 werden direkte und indirekte Einkünfte aus luxemburgischen Immobilien zu 20 Prozent besteuert, die Praxis der Share Deals, bei der Gebäude steuerbegünstigt über Gesellschaften gekauft werden, werden weniger attraktiv gemacht. Den Sociétés de Gestion de Patrimoine Familial (SPF) wird es verboten, über andere Gesellschaften indirekt Im-

mobilien zu halten und Stock Options und Warrants werden zum 1. Januar 2021 abgeschafft.

Bettel hob lobend in einigen Beispielen den „Pioniergeist“, die Innovation und Dynamik des Finanzplatzes hervor. „In der Krise hat man gut gesehen, wie wertvoll der Finanzplatz ist – auch für den Rest unserer Wirtschaft.“ Insgesamt befand er, dass Luxemburgs Situation im Vergleich zu anderen Ländern finanziell und wirtschaftlich eher favorabel sei. „Wir haben es gut durch die Krise gepackt und merken, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder anziehen.“ Auch bei der Arbeitslosigkeit zeige sich im August mit 6,4 Prozent eine Erholung – sieben Prozent waren es noch im April. Sorgen bereite die Jugendarbeitslosigkeit. Sollten die Maßnahmen, die ergriffen wurden, nicht reichen, würden weitere ergriffen.

Staatsschuld: 27,4 Prozent des BIP

Auch die Situation der Staatsfinanzen sah Bettel „heute leicht besser als noch im April“, als man von einem Defizit von fünf Milliarden Euro ausging. Nun sehe es nach 4,4 Milliarden aus – es bleibe aber ein historisches Defizit und man komme Ende des Jahres auf eine Staatsschuld von 16 Milliarden Euro oder 27,4 Prozent vom BIP. Dennoch blieben die Investitionen mit 4,3 Prozent vom BIP und 2,7 Milliarden Euro 2021 auf einem hohen Niveau.

Bettel hielt dann nochmals einen ausführlichen Rückblick auf die Covid-Maßnahmen und stellte fest, dass man heute „so gut aufgestellt ist, wie wir es nur sein können“. „Die Situation ist ernst, aber es gibt keine Ursache, überstürzt zu handeln“, kommentierte er die steigenden Infektionen und kam dann auf das Thema zu sprechen, das die Demonstranten vor der Tür umtrieb: der Klimawandel. „Wir sind es nicht nur den nachfolgenden Generationen schuldig zu handeln“, sagte er und erinnerte an die

Dürre, Waldbrände und Naturkatastrophen, die auch unsere Breitengrade treffen. Man halte an „ambitiösen“ Nationalen Energie- und Klimaplan fest und auch an der CO₂-Steuer.

Zu den Bereichen Landwirtschaft, Mobilität, Landesplanung, Familien, Bildung, Medien und Kultur zählte der Premier die Maßnahmen und Investitionen auf, die bekannt sind. Lediglich im Wohnungsbau überraschte die Ankündigung, das Amortissement accéléré reformieren zu wollen.

„Die gute Seele“

Zum Ende der Sitzung nimmt **Claude Frieisen** nochmals rechts neben Kammerpräsident Fernand Etgen Platz. Seit Oktober 2002 war dies sein

Stammsitz als Generalsekretär der Abgeordnetenkammer. Er sei in all den

Jahren „die gute Seele des Hauses“ und fünf Chamber-

präsidenten „eine wertvolle Stütze“ gewesen, findet Etgen anerkennend Worte für das zwei Jahrzehnte währende Engagement von Frieisen an der Spitze der Parlamentsverwaltung. Im Februar 2020 übernahm Laurent Scheeck den Posten und gestern wurde Claude Frieisen, der die Modernisierung des Chamber-Betriebes maßgeblich mitgestaltete, von den Abgeordneten in öffentlicher Sitzung in den Ruhestand verabschiedet. *mas*

● *Wir haben es gut durch die Krise gepackt und merken, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder anziehen.*

Corona, Klima und Co

Die wesentlichen Ankündigungen im Überblick

Nachstehend ein Überblick der wesentlichen Ankündigungen des Premierministers, die teils schon bekannt waren und gestern bestätigt wurden:

Steuerpolitik: Es wird erst einmal keine allgemeine Steuerreform geben und auch keine Steuern, die nicht im Koalitionsprogramm stehen. Die umstrittenen Fonds d'investissement spécialisés werden ab 1. Januar 2021 dahingehend reformiert, dass direkte oder indirekte Einkünfte aus Immobilien mit 20 Prozent besteuert werden. Die Stock Options werden, so wie es das Koalitionsprogramm vorsieht, abgeschafft. Mit dem Budget für 2021 wird eine Beteiligungsprämie („prime participative“) eingeführt; Beschäftigte können dabei am Gewinn ihres Betriebes beteiligt werden. Ihr Anteil ist zu 50 Prozent steuerfrei und darf nicht mehr als 25 Prozent des

Jahresgehaltes ausmachen; das Unternehmen darf über diesen Weg bis zu fünf Prozent seines Gewinnes einbringen.

Klimapolitik: Eine CO₂-Steuer von 20 Euro wird 2021 eingeführt; 2022 und 2023 wird die Gebühr auf 25 beziehungsweise 30 Euro je Tonne CO₂ erhöht. Konkret bedeutet die Steuer, dass Benzin, Diesel, Gas und Heizöl je Liter um fünf Cent teurer werden. Parallel dazu wird dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit mit einer Erhöhung des Steuerkredites um 96 Euro und der Anhebung der Teuerungszulage um zehn Prozent Rechnung getragen.

Corona-Krise: Zum jetzigen Zeitpunkt soll es zu keinen fundamentalen neuen Maßnahmen oder Einschränkungen kommen. Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzufedern, wird der Fonds de relance et de solidarité

über das Jahresende 2020 hinaus verlängert, ebenso die Kurzarbeit; in erster Linie sollen die Unternehmen aus den besonders betroffenen Branchen (Event-, Hotel- und Gaststättengewerbe) darauf zurückgreifen. Diese Betriebe sollen auch Direkthilfen beantragen können, um ihre Kosten teilweise zu kompensieren.

Standortpolitik: Ein Prüfmechanismus soll geschaffen werden, um in einem frühen Stadium unter anderem mit Blick auf Ressourcenverbrauch und Lebensqualität zu definieren, welche Betriebe sich in Luxemburg ansiedeln.

Öffentlicher Dienst: Im nächsten Jahr sollen 1 000 weitere Posten geschaffen werden.

Wohnungsbau: Die Abschreibungsrate („taux d'amortissement“) wird 2021 von sechs auf fünf Prozent reduziert (vier Prozent bei Immobilien mit einem Wert von über einer Million Euro), die Laufzeit von sechs auf fünf Jahre reduziert. mas



Es war mehr Rück- als Ausblick: Xavier Bettel schilderte im Detail und wiederholt, wie auf die Covid-be- dingte Gesundheitskrise reagiert wurde – im Gesundheitswesen und wirtschaftlich. Foto: Chris Karaba

Leitartikel

Wie gelähmt

Von Michèle Gantenbein

Die CSV steckt in einer ernsthaften Krise. Seit Jean-Claude Juncker weg ist, weiß die Partei nicht, wer sie ist, wofür sie steht und wohin sie will. Sie weiß nur, dass sie zurück in die Regierung will. Bloß: Wer soll sie dorthin führen und warum sollte man sie wählen? Diese Fragen sind völlig offen – und werden wohl auch nach dem heutigen digitalen Kongress unbeantwortet bleiben.

Fraktionschefin Martine Hansen und Parteipräsident Frank Engel ringen um die Führung in der Partei und haben unterschiedliche Auffassungen, in welche Richtung die Partei steuern soll. Genau genommen weiß Hansen nicht, wohin die Partei steuern soll. Sie will die CSV in der Mitte verankern, um von dort alle Wählerschichten zu erreichen. Das hat die Partei bereits 2018 versucht, ohne Erfolg, wie wir wissen. Hansen – so hat es zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls den Anschein – macht weiter wie bisher, und mit ihr ein Großteil der Fraktion, darunter frühere Minister, Partei- und Fraktionsvorsitzende, die darauf warten und hoffen, dass sich das Blatt 2023 wie durch Zauberhand wendet und der böse Traum nach zehn Jahren endlich ein Ende nimmt.

Frank Engel will neuen Wind in die Partei bringen, das soziale Profil der CSV schärfen, sie links der Mitte positionieren. Unklar ist, wie viele andere Parteimitglieder das

auch wollen und ob es Engel gelingt, die Truppen hinter sich zu bringen. Was ihm dabei im Weg steht, ist sein Wesen. Engel gilt als Einzelgänger, rechtshaberisch und beratungsresistent. Er polarisiert, provoziert und bringt mit seinem Ego andere Egos gegen sich auf. Engel verkörpert einen Juncker-ähnli-

chen Politikstil, der auf dem Grundsatz basiert: Alle mir

nach. Ein Politikstil, der ohne politisches Mandat aber offensichtlich nicht funktioniert.

Engel ist andererseits mit einem scharfen Verstand und einer rhetorischen Stärke ausgestattet, die ihn befähigen, führende Politiker anderer Parteien vor sich her zu treiben. Mit seinem nicht mit der Partei abgesprochenen Vorstoß in Sachen Vermögens- und Erbschaftssteuer ist es ihm immerhin gelungen, eine Steuergerechtigkeitsdebatte loszutreten, die ihrerseits die Regierungsparteien gezwungen hat, ihre Uneinigkeit in Steuerfragen einzugestehen.

In der CSV tobt ein Richtungsstreit mit ungewissem Ausgang. Die Partei sollte die Auseinandersetzung nicht scheuen. Sie sollte die von Frank Engel losgetretene inhaltliche Debatte weiterführen, unabhängig von Personen. Die Corona-Krise mit ihren Auswirkungen auf die Staatsfinanzen und die Wirtschaft, die Wohnungskrise, die Klimakrise, das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich bieten reichlich Potenzial zur Profilschärfung.

Die parteiinterne Debatte (ohne Tabu) über eine neue Politik, die den krisenbedingten Gegebenheiten Rechnung trägt, muss erlaubt sein – vorherige Absprache hin oder her. Sie ist sogar dringend notwendig. Dazu müssen die Parteimitglieder aber die Auseinandersetzung mit der von Frank Engel gewählten Form überwinden. Und sie müssen ihre in einzelnen Fällen nicht unbegründete Abneigung gegen ihren Präsidenten überwinden, und sich mit Blick auf die Wahlen 2023 fragen, welchen Nutzen die CSV aus der nun angestoßenen Debatte ziehen kann.

Kontakt: michele.gantenbein@wort.lu

*Die aktuellen
Krisen bieten
reichlich
Potenzial zur
Profilschärfung.*

Neue Perspektiven für das Land

Kongress: Die CSV will alte Positionen überdenken und neue festlegen, um sich als einzig wählbare Alternative zu etablieren

Von Michèle Gantenbein

Er war für drei Stunden angesetzt. Gedauert hat er zweieinhalb Stunden: der erste digitale Kongress der CSV, mit Live-Schaltung aus dem Artikuss in Zolwer, wo sich am Samstag rund 50 Partei- und Fraktionsmitglieder eingefunden hatten, während die restlichen Delegierten sich live zuschalteten.

Fraktionspräsidentin Martine Hansen und Parteipräsident Frank Engel gingen in ihren Reden auf die Covid-Krise ein und warfen der Regierung vor, die Sorgen der Menschen nicht ernst zu nehmen und zu spät zu reagieren: „Wir müssen antizipieren, damit wir keine so drastischen Maßnahmen ergreifen müssen wie im Ausland. Wir müssen mit aller Kraft einen zweiten Lockdown verhindern“, sagte die Fraktionschefin. Das Land brauche klare und kohärente Regeln.

Das Covid-Gesetz sei inkohärent, so Hansen. Es unterscheide zwischen organisierter und nicht-organisierter Zusammenkunft im öffentlichen Raum. „Bei einer organisierten Zusammenkunft ist die Maske Pflicht, bei einer spontanen nicht. Das kann nicht sein, und schon gar nicht in diesen Zeiten“, sagte Hansen, die noch einmal die Position der CSV wiederholte: die einer allgemeinen Maskenpflicht in der Öffentlichkeit. Eine Forderung, der die Regierung, die am Samstagabend zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammenkam, aber nicht nachgab.

Schulretrée „null“ vorbereitet

Hansen sprach von Chaos in den Schulen und dass „endlich auch der Bildungsminister erkannt hat, dass Ansteckungen auch in der Schule möglich sind“. Sie ärgerte sich, die Schulretrée sei „null“ vorbereitet worden und zu allem Überfluss habe der Minister die Verantwortung auf die Schul- und Regionaldirektionen geschoben, die je nach Situation weitere Maßnahmen ergrei-

fen können. „Ein Minister muss Verantwortung übernehmen und sollte klare, kohärente und nachvollziehbare Regeln in Absprache mit den Schulpartnern festlegen und diese dann auch so kommunizieren“, so die Fraktionschefin. Frank Engel vertrat die Ansicht, dass ein Pandemiegesetz Not tue, um Klarheit zu schaffen in Bezug auf Fragen zu Einschränkungen, Kontrolle und Strafen. Ein Gesetz, das der Politik erlaube, das Ganze im Blick zu haben.

Der Parteipräsident ging zunächst auf den Umgang der Regierung mit dem Großherzog ein und warf ihr vor, bei der Organisation der Maison du Grand-Duc, die über einen großherzoglichen Erlass geregelt ist, einen Rechtsbruch begangen zu haben. Überhaupt ließ Engel kein gutes Haar an der Regierung und noch weniger an Staatsminister Xavier Bettel (DP) und dessen Partei. Der Etat de la nation habe unmissverständlich klargestellt, „dass die DP allein regiert“. Die Rede des Premiers habe einen Einblick in die Weltsicht der DP gegeben. „Das war die Beschreibung einer politischen Wüste“, so Engel. „Die Regierung hat kollektiv vor den aktuellen Problemen abgedankt und sie verschwendet keine Sekunde damit, sich mit denen von morgen auch nur ansatzweise auseinanderzusetzen.“

Parteiinterne Arbeitsgruppen

Die CSV möchte dem Land neue Perspektiven aufzeigen und in den kommenden Wochen in internen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen Positionen und Lösungsvorschläge ausarbeiten, um sich mit Blick auf die Wahlen 2023 als die „einzig wählbare Alternative“ in der Parteienlandschaft zu etablieren, wie der Vorsitzende des Kongressbüros, Marc Fischbach, meinte. So arbeitet die CSV unter anderem an einem Gesundheitsplan, einer Bauoffensive und am Vorschlag einer

nationalen Spekulationssteuer.

Paul Galles schwor die Partei auf Zusammenhalt ein, erklärte, dass eine Partei kein Selbstzweck und auch kein Instrument für den Wahlkampf sei, sondern eine Plattform von Dialog und Austausch. „Die CSV soll eine Partei der Begegnung sein, in der man ernst genommen wird, in der man atmen und an einer großen Vision mitarbeiten kann“, so Galles, der seit dem krankheitsbedingten Rückzug von Félix Eischen bis zum Wahlkongress im kommenden Jahr den Generalsekretär stellt.

Raus aus dem Wachstumszwang

Frank Engel bezeichnete die Covid-Krise als Bruch, „auch für das Wachstumsmodell“. Er plädierte für einen Ausstieg aus dem Wachstumszwang mit Tausenden neuen Arbeitsplätzen jedes Jahr, um das Sozialsystem am Laufen zu halten. Der Ausstieg sei aber nur möglich, „wenn sich die Staatsausgaben nicht aufblasen wie ein Luftballon“, so Engel. Damit meinte er den „enormen Anstieg der Staatsausgaben um 50 Prozent“ in den vergangenen sieben Jahren, ohne Reserven für schwierigere Zeiten zu bilden. „Wem es nicht gelingt mit durchschnittlich vier Prozent Wachstum über Jahre ein wenig Rücklagen anzulegen, der hat die Goldene Himbeere der kurzfristigsten Finanzpolitik verdient“, so Engel an die Adresse von Finanzminister Pierre Gramegna (DP).

Parteiinterne Dissonanzen

In den Reden wurden immer wieder auch die parteiinternen Querelen zwischen Fraktion und Partei zur Sprache gebracht. Dabei fand der frühere CSV-Minister Marc Fischbach deutliche Worte. Die CSV komme nicht umhin, sich infrage zu stellen und sich entsprechend zu positionieren, um als größte Oppositionspartei ein überzeugendes Bild nach außen abzugeben. Gerade in diesen Zeiten er-

warte das Land von der CSV, „dass sie alle Kräfte mobilisiert, um dem Land gute Alternativen zur aktuellen Regierungspolitik anzubieten“. Alte Positionen müssten überdacht und neue festgelegt werden, über die dann beim Wahlkongress Anfang 2021 abgestimmt werde.

Auch Frank Engel ging auf die Dissonanzen ein und demonstrierte Geschlossenheit, dies nachdem in den vergangenen Wochen ein Austausch stattgefunden habe, „bei dem wir uns gesagt haben, was wir uns zu sagen hatten“. Die Gespräche hätten gezeigt, dass „die Mitglieder sich eine lebendige Partei wünschen, eine Partei, in der man sich gerne engagiert. Die, die rezent den Eindruck hatten, es sei schon vorbei, denen sage ich: Es geht erst los.“

● *Endlich hat auch
● der Bildungsminister erkannt, dass Ansteckungen auch in der Schule möglich sind.*

Martine Hansen

Die CSV soll eine Partei der Begegnung sein.

Paul Galles

Die Regierung verschwendet keine Sekunde damit, sich mit den Problemen von morgen auch nur ansatzweise auseinanderzusetzen.

Frank Engel

Reise-Ausnahmeregelung für Luxemburger im Saarland

Von Montag an soll der sogenannte „kleine Grenzverkehr“ ins Saarland trotz steigender Corona-Fallzahlen aufrechterhalten bleiben. Konkret heißt das: Menschen aus der Großregion – in diesem Fall Luxemburger und Franzosen – können dann trotz der in Deutschland geltenden Einreise-

Einschränkungen wieder für ihre täglichen beruflichen, privaten und auch familiären Angelegenheiten ins Saarland einreisen. Bislang galt diese Quarantäne-Ausnahmeregelung nur für Grenzpendler und Studenten. Wer von Luxemburg nach Rheinland-Pfalz reisen möchte, muss weiterhin einen negativen Covid-Test vorzeigen, der nicht älter als 48 Stunden ist.

Ausnahme für „kleinen Grenzverkehr“

Fahrt ins Saarland ab Montag ohne Corona-Test möglich

LUXEMBURG Nach der „speziellen Quarantäneausnahme“ für den „kleinen Grenzverkehr“ ins Saarland wächst jetzt der Druck auf Rheinland-Pfalz. Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans hatte am Dienstag angekündigt, dass „selbst wenn es ein verstärktes Ausbruchsgeschehen gibt“, Menschen aus Luxemburg und Frankreich für bis zu 24 Stunden ins Saarland einreisen könnten, ohne sich in Quarantäne begeben zu müssen. Wie RTL gestern meldete, soll die Maßnahme ab dem 5. Oktober gelten. Ab Montag wird dann etwa für den Einkauf in Perl oder die Fahrt nach Saarbrücken kein negativer Corona-Bescheid mehr benötigt. Die Regelung sei „vorbildlich für die weitere Quarantäneregelung

des Bundes und wird auch Niederschlag finden in der Musterquarantäneverordnung des Bundes“, so Hans weiter in einem Bericht des Saarländischen Rundfunks. Die neuerliche Einstufung Luxemburgs als Risikogebiet hat derweil die Bürgermeister von Perl, Remich und Schengen dazu gebracht, einen gemeinsamen Brief an die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und das Saarland zu adressieren, „um auf die Problematik der Erklärung zum Risikogebiet aufmerksam zu machen“, wie die Gemeinde Schengen gestern über Facebook mitteilte.

Nach einem sprunghaften Anstieg der Neuinfektionen mit dem Coronavirus deutete sich in der Woche vom 21. bis 27. September eine leichte Anspannung an. Im besagten

Zeitraum meldet das Gesundheitsministerium 460 Infektionsfälle in Luxemburg, rund 210 weniger als in der Vorwoche. Allerdings haben sich damit immer noch auf 100.000 Einwohner gerechnet 73 Personen mit dem Virus angesteckt. Die meisten davon (208) wurden im Anschluss an eine ärztliche Anordnung positiv getestet. Über die Kontaktverfolgung wurde fast ein Drittel der Neuinfektionen ermittelt (178). Rund 7,7 Prozent der Neuinfektionen gehen auf das Konto des „Large Scale Testing“, weitere 4,15 Prozent über Voucher am Flughafen.

1.123 aktive Infektionen zählt die „Santé“ Stand vergangener Sonntag. Der effektive Reproduktionswert des Virus ging auf 0,61 zurück. LJ

Rheinland-Pfalz kündigt Ausnahmen für Luxemburger an

In den Grenzgebieten von Rheinland-Pfalz wird es eine Ausnahme von der coronabedingten Quarantänepflicht für Menschen aus Risikogebieten geben: Vom 3. Oktober an dürfen Menschen bis zu 24 Stunden in Rheinland-Pfalz einreisen, wenn sie aus einem als „Risikogebiet“ eingestuften Nachbarland – wie derzeit Luxemburg oder Belgien – stammten, teilte die rheinland-pfälzische Regierung gestern mit.

Luxemburger dürfen ab Samstag wieder ohne Quarantäne nach Rheinland-Pfalz

GRENZVERKEHR Risikogebiets-Regelung

Frank Goebel/dpa

Nachdem die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer schon angekündigt hatte, dass Rheinland-Pfalz mit dem Saarland gleichziehen will, damit Luxemburger trotz Risikostatus wieder problemlos einreisen können, gibt es nun ein konkretes Datum – den morgigen Samstag.

„Wir alle haben uns dafür eingesetzt, dass die Menschen in der Grenzregion weiterhin uneingeschränkt ihren Alltag leben können“, heißt es in einer Mitteilung aus der Staatskanzlei in

Mainz. „Der Bund ermöglicht neue Spielräume und berät darüber abschließend am Montag im Bundeskabinett. Wir werden schon ab Samstag, 3. Oktober, sicherstellen, dass die Menschen aus der Grenzregion für 24 Stunden nach Rheinland-Pfalz reisen können“, heißt es in der Mitteilung von gestern.

Für Belgien, das erst am Mittwoch vollständig zum Risikogebiet erklärt wurde, gibt es noch keine Ausnahmeregelungen. Das dritte Nachbarland von Rheinland-Pfalz, Frankreich, ist inzwischen auch als Risikogebiet eingestuft – allerdings mit Ausnahme der Region Grand Est. Und genau diese grenzt di-

rekt an Rheinland-Pfalz. Das Saarland hatte bereits am Mittwoch eine Ausnahmeregelung ab dem 5. Oktober angekündigt: Bürger aus Luxemburg und Frankreich dürfen von kommendem Montag an grundsätzlich bis zu 24 Stunden ins Saarland reisen, ohne den Quarantäneregelungen zu unterliegen.

Eine Reisewarnung erfolgt in Deutschland, wenn die Zahl der Corona-Neuinfektionen die Marke von 50 Fällen pro 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen übersteigt. Sie ist kein Verbot, soll aber eine erhebliche abschreckende Wirkung speziell für Touristen haben.

Rettung endet nicht mehr an der Grenze

Mit neuem Abkommen ist es künftig egal, ob Hilfe im Notfall aus Luxemburg oder Deutschland kommt.

VON BERND WIENTJES

TRIER Ein Unfall auf der Bundesstraße 419 zwischen Wincheringen und Palzem im Kreis Trier-Saarburg hat vor 17 Jahren den Ausschlag gegeben für die Gründung der sogenannten First Responder Obermosel. Der Rettungswagen aus Saarburg traf 22 Minuten nach Eingang des Notrufs an der Unfallstelle ein, sieben Minuten über die vom Gesetz vorgeschriebene Frist. Der schwer verletzte Autofahrer auf der B 419 überlebte zwar. Doch der Unfall war auch nicht der erste, bei dem die Frist überschritten wurde. Die Entfernungen seien zu groß für den Rettungswagen aus Saarburg oder Konz, hieß es damals. Obwohl die Orte an der Obermosel nur durch die Mosel getrennt von Luxemburg entfernt liegen und ein Rettungswagen von jenseits der Grenze etwa aus Remich oder Grevenmacher womöglich schneller bei einem Notfalleinsatz auf der deutschen Seite wäre, war dies bislang nicht möglich. Es gibt derzeit nur eine Vereinbarung seitens des Landes Rheinland-Pfalz mit der Luxemburger Luftrettung, deren Rettungshubschrauber in der Grenzregion zum Einsatz kommt. Immer dann, wenn ein Notarzt benötigt wird und auf deutscher Seite keiner in erreichbarer Nähe zur Verfügung steht, etwa, weil er sich in einem anderen Einsatz befindet, wird von der integrierten Leitstelle in Trier der Hubschrauber der Luxemburger Luftrettung alarmiert. Für Rettungswagen galt das bislang eben nicht. Um diese Rettungslücke vor allem an der Obermosel zu schließen, wurden 2003 die First Responder Obermosel gegründet. Die ehrenamtlichen,

ausgebildeten Ersthelfer sollen die Lücke schließen, bis der Notarzt kommt und damit die Erfolgsaussichten für die Behandlung des Patienten verbessern. Auf über 100 Einsätze pro Jahr kommt die mittlerweile zur Freiwilligen Feuerwehr gehörende Einheit.

Womöglich reduziert sich die Zahl in den kommenden Jahren. Denn mit der gestrigen offiziellen Unterzeichnung des Rettungsabkommens zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg dürfen künftig auch Rettungswagen aus Luxemburg zu Einsätzen nach Deutschland und umgekehrt. Entsprechende Vereinbarungen gibt es bereits mit Frankreich und Belgien.

Im Sommer machte die Bundesregierung den Weg frei für die grenzüberschreitende Notfallrettung mit Luxemburg. Demnach soll „bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen ein schnelles, wirksames und effizientes Eingreifen der grenzüberschreitenden Notfallrettung“ gewährleistet werden, heißt es in dem Kabinettsbeschluss, der in das nun unterschriebene Abkommen mündete. Damit ist die gegenseitige Hilfe bei Notfalleinsätzen geregelt, in denen der jeweilige Rettungsdienst diesseits und jenseits der Grenze nicht fristgerecht eintreffen kann.

Das Zustandekommen des Abkommens, über das Rheinland-Pfalz und Luxemburg jahrelang verhandelt hatten, hat sich immer wieder verzögert. Einmal verwies das Innenministerium in Mainz auf noch ausstehende Vorgaben aus Berlin. Dann wollte man die Reform des Rettungswesens in Luxemburg abwarten. Diese wurde in den vergan-

gen Jahren professionalisiert. Bis dahin waren die in den Krankenwagen eingesetzten Helfer Freiwillige und keine hauptberuflichen Sanitäter. Mit der 2018 eingeleiteten Reform wurde die Ausbildung der Helfer verbessert, alle Feuerwehrleute in Luxemburg, ob freiwillig oder hauptamtlich, können als Rettungssanitäter eingesetzt werden.

All das habe es kompliziert gemacht, eine entsprechende Vereinbarung für die grenzüberschreitende Notfallrettung zu treffen, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer gestern bei der Unterzeichnung des Abkommens im luxemburgischen Mertert. Wenn dieses in zwei Monaten in Kraft trete, herrsche Rechtssicherheit für die Einsatzkräfte. Zukünftig sei es „Wurscht“ ob der am Einsatzort eintreffende Rettungswagen ein gelbes oder weißes Nummernschild habe, sagte Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel. Es gehe darum, in Notfällen so schnell wie möglich zu helfen. „Katastrophen, Unglücksfälle und Krankheiten halten sich nicht an Staatsgrenzen“, sagte Dreyer. Geklärt sei auch die Finanzierungsfrage der grenzüberschreitenden Einsätze. Die Vereinbarung sehe vor, dass die Zusammenarbeit der Rettungsdienste unentgeltlich erfolge. Luxemburgs Innenministerin Taina Bofferding verwies auf die Corona-Pandemie. Diese zeige, dass „unsere Grenzregionen zusammengehören, und nicht unabhängig agieren dürfen“. Und: „Insbesondere in Krisenzeiten müssen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren und weiter fördern.“ Das Abkommen setze daher ein entsprechendes Zeichen.



Im Notfall geht es schneller über die Grenze - dafür sorgt ein neues Abkommen, das gestern unterzeichnet wurde: Der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Luxemburgs Innenministerin Taina Bofferding (rechts) posieren vor zwei Rettungswagen.

FOTO: BERND WIENTJES

Weil jede Sekunde zählt: Im Notfall kommen Retter aus Luxemburg

Rheinland-Pfalz und das Großherzogtum schließen Abkommen über Rettungseinsätze. Beide Länder wollen enger zusammenarbeiten - besonders in Zeiten komplizierter Corona-Regeln.

VON BERND WIENTJES

TRIER/LUXEMBURG Wenn ab Dezember in Grenznähe zu Luxemburg der Notruf 112 gewählt wird, kann es passieren, dass statt eines Rettungswagens oder Notarztes aus Deutschland die Helfer aus Luxemburg kommen. Dann nämlich, wenn diese schneller am Einsatzort sind als ihre deutschen Kollegen. Ein gestern im luxemburgischen Mertert von der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer, dem Luxemburger Premier Xavier Bettel und der Innenministerin des Landes, Taina Bofferding, unterzeichnetes Abkommen macht die grenzüberschreitende Notfallrettung möglich. Bislang gibt es ein solches Abkommen nur für einen in Luxemburg stationierten Rettungshubschrauber. Auch das Technische Hilfswerk aus Deutschland darf in Katastrophenfällen über die Grenze. Doch für Rettungswagen und Notärzte bleibt die Grenze derzeit noch geschlossen.

In Zukunft soll es keine Rolle mehr spielen, woher der Rettungsdienst kommt, sagte Dreyer gestern in Mertert. „Es geht um Leben und Tod“, betonte die Triererin. Damit soll es nicht mehr zu Fällen kom-

men, wie vor zwei Jahren, als eine Triererin im luxemburgischen Wasserbillig zusammengebrochen ist und sich die gerufenen Sanitäter weigern, die Frau, wie von ihrem Mann ausdrücklich gewünscht, in ein knapp 16 Kilometer entferntes Trierer Krankenhaus zu bringen. Begründung: Der luxemburgische Rettungsdienst habe dafür keine Genehmigung. Daher wurde die Frau in die 27 Kilometer entfernte Klinik nach Luxemburg-Stadt transportiert. „Der Rettungsdienst, der am schnellsten am Einsatzort ist, ist künftig zuständig“, machte Dreyer klar. Das Abkommen schaffe die notwendige rechtliche Sicherheit für die Einsatzkräfte und verbessere das alltägliche Leben der Bürger, ergänzte Bettel. Koordiniert werden die Einsätze von den jeweiligen Leitstellen in Trier und in Luxemburg. Dort wird entschieden, welche Rettungswache, diesseits oder jenseits der Grenze, alarmiert wird. Die Bürger erwarteten im Alltag „mehr Europa und weniger Grenzen“, sagte Luxemburgs Innenministerin Bofferding.

Dreyer und Bettel erinnerten daran, dass gerade die vergangenen Monate mit der einseitig von

Deutschland angeordneten Grenzschließung im Frühjahr und den mit der Einstufung des Nachbarlandes als Corona-Risikogebiet zusammenhängenden Einschränkungen das freundschaftliche Verhältnis beider Länder auf die Probe gestellt habe. Die Schäden durch diese Maßnahmen müssten so schnell wie möglich wieder behoben werden, sagte Bettel. Und Dreyer sagte zu, dass man nicht mehr in die Lage komme, dass der Grenzverkehr wegen der Pandemie gestört werde. Die Krise habe erneut gezeigt, wie wichtig es sei, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten und Probleme gemeinsam anzugehen, so die Ministerpräsidentin. Seit Jahren wurde über die Vereinbarung verhandelt. Zunächst war die grenzenlose Notfallrettung an unterschiedlichen Anforderungen an das Rettungswesen in den beiden Ländern gescheitert. Dann fehlte es an einer Genehmigung des Bundes. Dieser hatte im Sommer den Weg freigemacht für das Abkommen. Dreyer kündigte an, dass es auch für die Zusammenarbeit der Feuerwehren in Grenznähe demnächst eine Vereinbarung geben soll.

Nothilfe ohne Grenzen

Luxemburg und Rheinland-Pfalz unterzeichnen Abkommen für schnellere Rettungseinsätze im Nachbarland

Von Volker Bingenheimer

Mertert. Im Grenzgebiet an Mosel und Sauer können Rettungskräfte in Zukunft rasch und ohne bürokratische Hürden zu Notfalleinsätzen ins jeweils andere Land fahren. Ein entsprechendes Abkommen zwischen Luxemburg und Rheinland-Pfalz unterzeichneten gestern Premierminister Xavier Bettel, Innenministerin Taina Bofferding und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Einsatzzentrum Mertert.

Für die Bürger in den grenznahen Gemeinden werde das Abkommen ganz praktische Vorteile mit sich bringen, meinte Premierminister Bettel. Bei einem medizinischen Notfall wählen die Betroffenen weiterhin die Notrufnummer 112. Dann verständigen sich die Rettungsdienste auf deutscher und luxemburgischer Seite, welches Rettungszentrum schneller vor Ort sein kann. Der nächstgelegene Dienst ist dann zuständig – egal ob es eine luxemburgische oder deutsche Einheit ist.

„Bei Katastrophen, Unglücksfällen und Krankheiten muss Hilfe über die Grenze hinweg möglich sein. Durch das Abkommen verkürzt sich für die Bürger die Zeit, bis die Rettungskräfte vor Ort eintreffen. Es enthält auch Regelungen über das geeignete Zielkrankenhaus“, erklärte Dreyer.

Dieser Punkt hatte bei einem Fall im vergangenen Jahr für viel Aufregung gesorgt: Ein älteres deutsches Ehepaar war zu Besuch in Wasserbillig, als die unter Herzproblemen leidende Frau in Ohnmacht fiel. Als die luxemburgischen Einsatzkräfte kamen, bat der Ehemann, seine Frau in ein Trierer Krankenhaus zu bringen. Die

Sanitäter antworteten, dazu sei eine Genehmigung nötig und das dauere viel zu lange. Die Frau wurde stattdessen nach Luxemburg-Kirchberg ins Krankenhaus gebracht.

Solche nationalen Gesichtspunkte würden ab Anfang Dezember, wenn das Abkommen in Kraft tritt, keine Rolle mehr spielen, sagte Ministerpräsidentin Dreyer.

Sie wies auch darauf hin, wie komplex die Verhandlungen für das Abkommen gewesen seien. Die Rettungsdienste sind in Rheinland-Pfalz und Luxemburg sehr unterschiedlich organisiert. So

musste eine Vielzahl von Regelungen geändert werden, zum Beispiel über Notsignale und Fahrerlaubnisse für Krankenwagen. Auch sollen in Zukunft gemeinsame Lehrgänge und Fortbildungen für Feuerwehrleute der beiden Länder möglich sein.

Innenministerin Taina Bofferding betonte: „Es ist nicht einzusehen, dass ein Rettungsmittel nicht zum Einsatz kommen darf, weil es auf der anderen Seite der Grenze steht.“ Am Beispiel der Reform der Rettungsdienste sehe man, wie wichtig die Zusammenarbeit auch innerhalb eines Landes sei.

Unmut über Grenzschließung

Premierminister Bettel ging auf die Schließung der deutschen Grenze zu Beginn der Corona-Zeit ein. Trotz dieser Rückschläge müsse die Politik die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte ausbauen. Malu Dreyer hatte sich in Berlin dafür eingesetzt, die Grenze zu Luxemburg wieder zu öffnen. „Die Menschen in der Grenzregion konnten das besser beurteilen als im fernen Berlin. Wir wussten von Anfang an, dass die Grenzschließungen keine gute Idee waren.“



Nach komplizierten Verhandlungen unterzeichnen Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Premier Xavier Bettel und Innenministerin Taina Bofferding (v.l.n.r.) das Abkommen.

Foto: Pierre Matgé

Leitartikel

Mit der Zeit gehen

Von Claude Feyereisen

Heute vor 20 Jahren bestieg Henri den Thron des Großherzogtums Luxemburg – ein historischer Tag, zumal es im vergangenen Jahrhundert nur vier Thronwechsel im Hause Luxemburg gegeben hatte: 1905 von Adolphe von Nassau auf Wilhelm IV., 1912 von Wilhelm IV. auf Marie-Adelheid, 1919 von Marie-Adelheid auf Charlotte und 1964 von Charlotte auf Jean.

In seiner Thronrede an jenem 7. Oktober des Jahres 2000 lenkte Großherzog Henri das Augenmerk u. a. auf die internationale Anerkennung des Landes durch die Stabilität seiner Institutionen, die soziale Kohäsion als anhaltende Herausforderung, die gelebte Multikulturalität als keinesfalls selbstverständliche Errungenschaft und den Umweltschutz als nicht zu vernachlässigende Notwendigkeit – allesamt Punkte, die 20 Jahre später nichts an Aktualität eingebüßt haben. Seine Worte stehen somit für seine Weitsicht: Mit seiner Rede untermauerte er seinen festen

Willen, die Staatsgeschäfte im Sinne eines fortschrittlichen, offenen und sozialen Landes zu führen. Ein erstes Zeichen setzte Großherzog Henri ein Jahr später, am 9. Oktober 2001, als er auf Anraten der Präsidentenkonferenz der Abgeordnetenkammer die Session 2001/2002 persönlich und in Begleitung seiner Gattin Maria Teresa eröffnete – als Aus-

druck seiner Anerkennung für das Parlament und die demokratischen Werte. Dennoch erntete er für diesen Vorstoß Kritik.

Zu den einschneidendsten Ereignissen der nunmehr 20-jährigen Amtszeit von Großherzog Henri gehört seine Weigerung, das sogenannte Euthanasiegesetz abzuzeichnen. Der persönliche Gewissenskonflikt des Großherzogs machte am Ende eine Verfassungsänderung notwendig, die das Staatsoberhaupt in seiner Weihnachtsansprache des Jahres 2008 wie folgt einordnete: „Es steht einem Einzelnen nicht zu, die Entscheidungen der Volksvertretung in Frage zu stellen. Allein die Abgeordnetenkammer stimmt die Gesetze.“ Für Großherzog Henri stellte die Änderung von Artikel 34 der Verfassung zu jenem Zeitpunkt bereits einen Schritt in Richtung einer modernen Monarchie dar – einer Monarchie, die in ihrem Handeln, aber auch mit ihren Regeln in die heutige Zeit passt. Letzteres ist denn auch das Bestreben der (immer noch andauernden) Revision des Grundgesetzes. Die Institution Monarchie soll so definiert und aufgestellt werden, dass sie ins 21. Jahrhundert passt. Dazu gehört auch der Waringo-Bericht. Er ist das Abschlussdokument der von Premier Bettel (DP) im Juni 2019 in die Wege geleiteten Untersuchung der Funktionsweise des Hofes. Der Staatschef seinerseits kommt seiner Rolle nach und hat der Umsetzung etwaiger Reformvorschläge sein Wohlwollen zugesichert.

Damit schließt sich der Kreis. Großherzog Henri, mit einem guten Gespür für Land und Leute ausgestattet, weiß um die Notwendigkeit einer Modernisierung seiner verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten. Dadurch wird die konstitutionelle Monarchie nicht etwa zu einer anachronistischen Staatsform, sondern sorgt durch ihre Anpassungsfähigkeit weiter für Kontinuität und Stabilität.

*Die
Thronrede von
Großherzog
Henri steht
für seine
Weitsicht.*

Näher am Volk

Heute vor 20 Jahren bestieg Henri den Thron

LUXEMBURG Heute vor 20 Jahren wurde Henri als neuer Großherzog vereidigt, dies im Rahmen einer Feierstunde im Parlament. Damit dankte Großherzog Jean nach fast 36 Jahren an der Spitze des Landes ab.

In seiner Thronrede hatte der neue Staatsschef unter anderem dafür plädiert, mehr Rücksicht auf die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu nehmen, was immer noch aktuell ist.

Wie Henri seinerzeit in einem Interview mit dieser Zeitung sagte, würden er und die Groß-

herzogin in Zukunft Wert auf die Nähe zum Volk legen, was dem großherzoglichen Paar in den Jahren danach oftmals zum Vorwurf gemacht werden sollte, waren Großherzog Jean und Großherzogin Joséphine Charlotte doch um einiges diskreter.

Gefeiert wird das 20-jährige Jubiläum der Thronbesteigung Henris in Luxemburg indes nicht, heute ist ein Tag wie jeder andere - auch am Hof... LJ

Haus und Hof

Wie soll der großherzogliche Hof im modernen Staatswesen künftig verankert sein? Aber vor allem: Wie können die Probleme in seiner Verwaltung behoben werden? Der sogenannte Waringo-Bericht warf diese Fragen auf, ebenso jene über die Verankerung des Großherzogs (auf dem Foto beim Besuch des belgischen Königspaares in Luxemburg vor einem Jahr) im modernen Staatswesen. Nun machte der von Premierminister Xavier Bettel damit beauftragte Jeannot Waringo Lösungsvorschläge.

Der Regierungschef hat dem zuständigen Parlamentsausschuss letzte Woche die Verwaltungseinheit der „Maison du Grand-Duc“ vorgestellt, deren Schaffung der Sonderbeauftragte empfohlen hatte. Diese administrative Einheit soll zu mehr Rechtssicherheit und Transparenz des Hofes führen. Ebenso soll die Rolle des Hofmarschalls gestärkt werden, der für das Personal verantwortlich sein wird. Für das Personal am Hof wird demnach auch ein klarer Rahmen bestehen. Er wird dem öffentlichen Dienst zugeordnet. Die künftige Kontrolle der Haushaltsführung obliegt dem Rech-

nungshof. Der Hof soll eine einzelne Website bekommen, in der ersten Hälfte jeden Jahres wird ein Tätigkeitsbericht über die offiziellen Aktivitäten der großherzoglichen Familie informieren. Dass aber mehr Transparenz hierbei auch mehr Kosten bedeutet und neben dem Budget auch die Zahl der offiziell am Hof Beschäftigten um 33 auf 142 steigen soll, wird zurecht kritisiert. Übrigens hat die Luxemburger Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Körperverletzung am Hof eingestellt.

Aus der Zeit gefallen

EDITORIAL 20. Thronjubiläum von Großherzog Henri

Robert Schneider

rschneider@tageblatt.lu

Der Spruch wird Churchill zugeschrieben, dass es Ende des 20. Jahrhunderts noch fünf Könige geben werde, die vier aus dem Kartenspiel und den britischen ...

Ganz recht sollte er nicht behalten: Trotz zahlreicher Skandale und Skandälchen, trotz Großwild jagender spanischer Monarchen, trotz Harry und Meghan, trotz belgischer Vaterschaftsklagen hat sich die Monarchie in vielen ansonsten ernst zu nehmenden Demokratien, ganz zu schweigen von unzähligen gern verspotteten Bananenmonarchien, auf anderen Kontinenten als dem europäischen halten können.

Auch in Luxemburg regieren – mit seit der 2008 verweigerten Unterschrift von Großherzog Henri unter das Euthanasie-Gesetz wohl eingeschränkter Macht – weiter adlige Nassauer, deren Hauptqualifikation für den Job ihre Abstammung ist. Und dies ist ein Hauptproblem dieser veralteten Staatsform: Nicht Talent oder Fleiß, nicht angeborene Genialität oder erarbeitetes Wissen, nicht einmal eine demokratische Wahl qualifiziert Henri Albert Gabriel Félix Marie Guillaume de Nassau. Allein der schiere Zufall der Geburt machte den Mann zum Großherzog, der bislang allen Krisen trotzen konnte; eigentlich ein Unding, seit die Aufklärung und die daraus entstandene Revolution bereits 1789 die französischen Könige vom Thron fegte.

Eine erste Krise bewältigte die Luxemburger Monarchie vor nunmehr über hundert Jahren, als sich Großherzogin Marie-Adelheid sowohl politisch als auch privat in die deutschen Nessel

setzte und eine starke republikanische Bewegung (auch dies eine Ironie der Geschichte) von französischen Truppen niedergeschlagen wurde. Großherzogin Charlotte und ihr Sohn, der im hohen Alter verstorbene Jean, konnten durch ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg dem Herrscherhaus wieder neuen Glanz verleihen. Die aufbauenden Worte über BBC und die Teilnahme an der Landung in der Normandie machten die beiden zu beliebten und kaum umstrittenen Landesfürsten, auch durch ihr konsequentes Heraushalten aus der nationalen Politik und ihre Diskretion.

In dieser Hinsicht war Henri allerdings glücklich bis schlecht beraten. Erst der „Faux-pas“ von 2008, als er sich „aus Gewissensgründen“ – die eher auf eine starke Beeinflussung des Hofes durch verschiedene reaktionäre, katholische Kräfte hindeuteten – weigerte, das vom Parlament beschlossene Euthanasie-Gesetz zu unterzeichnen und sich so nicht nur gegen das Volk und die von diesem gewählte Institution wendete, sondern sich auch politisch ins Abseits manövrierte, dann die schwerwiegenden Personalprobleme, die zum Waringo-Bericht geführt haben.

Auch diese Krise überstand die Monarchie. Ob allerdings die oft zitierte Mehrheit der Bürger nach Bekanntwerden zahlreicher pikanter Details immer noch hinter dieser Staatsform steht, ist offen. Die Monarchie als solche passt offensichtlich nicht in die Moderne, die spätestens 2008 auch Einzug in Luxemburg gehalten hat. Nachdem die Trennung von Staat und Kirche vollzogen ist, müsste eigentlich konsequenterweise ein nächster Schritt folgen.

Reform als Chance

Großherzog Henri über sein 20. Thronjubiläum und die Zukunft der Monarchie

Luxemburg. Der 20. Jahrestag seiner Thronbesteigung fällt für Großherzog Henri in mehrfacher Hinsicht in aufgewühlte Zeiten. Während das Land seit Monaten mit der Corona-Pandemie und deren Folgen kämpft, steht die Luxemburger Monarchie vor grundlegenden Reformen.

Nicht nur die verfassungsrechtlichen Aufgaben des Staatsoberhauptes, sondern auch die Verwaltung des großherzoglichen Hofes

werden neu geregelt. An Rücktritt habe er zu keinem Moment während der Diskussionen um den Waringo-Bericht gedacht, so der Staatsoberhaupt im Interview. Für Großherzog Henri gehört zur Monarchie nicht nur das Staatsoberhaupt, sondern auch dessen Familie.

Am 7. Oktober 2000 trat Großherzog Henri die Nachfolge seines Vaters, Großherzog Jean, und seiner Großmutter, Groß-

herzogin Charlotte, an, deren außerordentliche Popularität durch ihre historischen Rollen im Zweiten Weltkrieg geprägt wurde. Inzwischen bereitet sich Erbprinz Guillaume darauf vor, eines Tages seinen Vater an der Spitze des Luxemburger Staates abzulösen. Aber noch sei es nicht so weit, so Großherzog Henri. rar

„Die Monarchie bietet Stabilität“

Großherzog Henri über Höhen und Tiefen seiner 20-jährigen Amtszeit und die Zukunft der Luxemburger Monarchie

Interview: Roland Arens und Marc Schlammes

Als sechster Vertreter der Dynastie Nassau-Weilburg kam Großherzog Henri am 7. Oktober 2000 auf den Luxemburger Thron. Große Feiern sind für das Jubiläum aufgrund der Corona-Pandemie nicht vorgesehen. Der Großherzog (65) nimmt Stellung zur Zukunft der Monarchie, die mit der Verfassungsreform und den Anpassungen infolge des Waringo-Berichts neu justiert wird.

Monseigneur, heute ist der 20. Jahrestag Ihrer Thronbesteigung am 7. Oktober 2000. Wenn Sie die zurückliegenden 20 Jahre mit einem Satz resümieren müssten, wie würde der lauten?

In einem Satz lässt sich das unmöglich zusammenfassen. Diese 20 Jahre sind sehr schnell vorbeigegangen. Die Welt dreht sich immer schneller, sodass man kaum noch Zeit hat zum Nachdenken. Ich denke beispielsweise an die neuen Technologien, die sich in den 20 Jahren durchgesetzt haben, einschließlich der sozialen Medien, die ihre guten, aber auch ihre Schattenseiten haben. Auf der Weltbühne ist vor allem die Entwicklung der Globalisierung von Bedeutung. Auch das geopolitische Gleichgewicht zwischen Amerika, China und Russland hat sich verschoben.

In Europa haben wir die Einführung des Euro, die Erweiterung nach Osten und die Ausdehnung des Schengen-Raums erlebt. Es gab auch ein Aufflammen des Terrorismus, mit verheerenden Attentaten, unter anderem in den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland. Es ist kein Krieg, aber ein Kampf mit einem Feind, den man nicht sieht und der Unschuldige zu Opfern macht. 2008 gab es die Finanzkrise, die von der Luxemburger Regierung hervorragend gemanagt wurde. In der Flüchtlingskrise hat die Bevölkerung große Bereitschaft gezeigt, vertriebene Menschen mit offenen Armen zu empfangen. Und dann sehen wir eine Rückkehr von Radikalismus und Populismus. Das Aufkommen von Rassismus müssen wir unbedingt ernst nehmen.

Sie haben in 20 Jahren sehr viele Orte in Luxemburg und in der Welt besucht. Gab es Momente dabei, die Ihnen ganz besonders in Erinnerung geblieben sind?

Die Besuche in den zwölf Kantonen im Rahmen der „Joyeuses entrées“ waren für die Großherzogin und mich sehr schöne Erfahrungen, nicht zuletzt, weil wir mit der Bevölkerung feiern konnten. Die Nähe zu Land und Leuten war für uns immer wichtig. Man muss die Sorgen und die Befindlichkeit der Menschen kennen. Für uns war und ist es immer eine Freude, im Dienst des Landes zu arbeiten und wir versuchen, stets unser Bestes zu geben.

Ihre Amtsübernahme erfolgte 2000 auf die von großer Popularität getragenen Amtszeiten von Grand-Duc Jean und Ihrer Großmutter, Grande-Duchesse Charlotte: Inwieweit war dies ein Vorteil beziehungsweise eine Belastung, um Ihren eigenen Stil zu finden und zu leben?

Großherzogin Charlotte und mein Vater waren herausragende Persönlichkeiten, natürlich auch aufgrund ihrer Leistungen im Zweiten Weltkrieg. Zu Beginn meiner Amtszeit habe ich mir die Frage gestellt, worin meine eigene Legitimität bestehen kann. Was kann ich tun, um dem Land zu dienen? Für mich besteht das Ziel meiner Amtszeit darin, mich in Luxemburg mit seiner gesellschaftlichen Vielfalt für ein harmonisches Zusammenleben zu engagieren.

Was würden Sie in der Rolle des Großherzogs als Ihre Stärke bezeichnen?

Das werden Sie beurteilen müssen! Von meinem Vater habe ich gelernt, wie wichtig es ist, den Menschen zuzuhören. Wie oft habe ich Menschen hier in meinem Büro getroffen, die mir ein Problem schildern. Und auch wenn ich nicht viel sagen muss, hilft das Zuhören vielen schon. Auch wenn ich zu politischer Neutralität verpflichtet bin, kann ich dennoch

manchmal mit einem Rat helfen.

Gibt es denn andererseits Dinge, die Sie rückblickend anders machen würden?

Ja, sicher. Man irrt, man macht Fehler. Am Anfang ist man voller Ideen. Wenn man Risiken eingehen kann es gut gehen, manchmal auch weniger.

Mit welchen Argumenten würden Sie jemanden zu überzeugen versuchen, der behauptet, eine Monarchie sei nicht mehr zeitgemäß und Luxemburg bräuchte keinen Großherzog mehr?

Die Monarchie ist ein System. So lange die Luxemburger diese Staatsform wollen, behalten wir sie. Mir ist keineswegs daran gelegen, die Monarchie unter allen Umständen zu verteidigen. Ich kann nachvollziehen, dass es eine Debatte darüber gibt. Der Vorteil einer Monarchie ist, dass sie Stabilität bietet. Der Großherzog ist normalerweise für längere Zeit im Amt. In einem Präsidialsystem steht das Staatsoberhaupt ständig unter Druck. Mit der Stabilität geht eine gewisse Kontinuität einher. Der Erbprinz wird auf seine Rolle als Staatsoberhaupt vorbereitet. Das erleichtert die Akzeptanz. Sollte das System von der Bevölkerung als nicht mehr zeitgemäß empfunden werden, muss demokratisch über eine neue Staatsform entschieden werden.

Ein wichtiger Bestandteil Ihrer Rolle als Großherzog sind die Staatsvisiten. Dabei wird von politischer Seite immer wieder gerne die sogenannte Türöffner-Rolle des Großherzogs betont. Wie muss man sich diese Rolle konkret vorstellen?

Ich habe die Bedeutung dieser Rolle bereits als Erbgroßherzog bei zahlreichen Auslandsreisen und Wirtschaftsmissionen kennengelernt. Auch als Großherzog ist es mir wichtig, dass bei Staatsbesuchen immer eine Wirtschaftsdelegation dabei ist. Man hat als Großherzog im Ausland eine gewisse Sichtbarkeit, die es ermöglicht, wichtige Wirtschaftsakteure

zu treffen, den Standort Luxemburg darzustellen und auf Investitionsmöglichkeiten hinzuweisen.

Zu Ihren Aufgaben gehört der regelmäßige Austausch mit den sogenannten „forces vives“. Auch wenn ein ungeschriebenes Gesetz besagt, dass darüber Stillschweigen herrscht: Sind Sie in diesen Unterredungen eher derjenige, der zuhört oder bringen Sie Ihre eigene Sicht ein, um mit Ihren Argumenten etwas Einfluss auf den Lauf der Dinge zu nehmen?

Gegenüber den gewählten Politikern besteht für mich als Staatsoberhaupt ein besonderes Vertrauens- und Verschwiegenheitsverhältnis. Ich kann aber sagen, dass ich während dieser Gespräche meine Ansicht äußere, Fragen stelle, auch mal einen Impuls gebe. Dann ist es an der Politik, zu entscheiden, was gemacht wird oder nicht. Es ist der Dialog, der meinen Beruf so interessant macht.

Zu den Merkmalen Luxemburgs gehört seine politische Stabilität und Kontinuität. Folglich haben Sie in Ihrer Amtszeit bis dato nur mit zwei Premierministern zu tun gehabt. Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Jean-Claude Juncker, der Ihrer Generation angehört, und Xavier Bettel beschreiben?

Ich habe das Glück, eine gute Beziehung zu beiden Premierministern zu haben. Jeder hat seinen Charakter, seinen Stil. Wir haben ohne größere Probleme zusammengearbeitet. Das Vertrauensverhältnis ist mit beiden das gleiche.

In Ihren Reden thematisieren Sie häufig die offene und durch ihre Vielfalt geprägte luxemburgische Gesellschaft. Ist der Zusammenhalt zwischen Luxemburgern, ausländischen Mitbürgern und Grenzgängern in ausreichendem Maß vorhanden?

Unsere Geschichte zeigt, dass die Luxemburger es gewohnt sind, mit Einwanderungswellen umzugehen. Es liegt im Charakter der Luxemburger, Menschen aus dem Ausland zu akzeptieren. Die große Herausforderung ist, dafür zu sorgen, dass das so bleibt. Wir wissen, dass wir ohne Ausländer und Grenzgänger nicht überleben und unser wirtschaftliches Wachstum nicht halten können. Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass die Akzeptanz auch unserem Wohlstand geschuldet ist.

Wie haben Sie in dem Zusammenhang das Resultat des Referendums von

Monarchies / Palais grand-ducal

2015, als es bei der Ausweitung des Wahlrechts für ausländische Mitbürger ein deutliches Nein gab, aufgenommen?

Das ist eine sehr politische Frage. Ich habe natürlich meine persönliche Meinung dazu, aber es ist mir unmöglich, zu dieser Frage eine neutrale Antwort zu geben.

Gibt es andere gesellschaftliche Entwicklungen, die Ihnen derzeit Sorgen bereiten?

Ich denke, dass in Europa und in der Welt der Egoismus zunimmt. Wie ist es möglich, dass Populisten in höchste Staatsämter gewählt werden? Dabei spielt Ichbezogenheit eine große Rolle, gepaart mit dem Fehlen einer globalen Vision. Zum Glück sind wir in Luxemburg davon weit weniger betroffen. Ich hoffe generell, dass sich das Pendel bald wieder zur Mitte bewegt. Wir müssen als Gesellschaft die übergeordneten, gemeinsamen Interessen im Auge behalten.

Ein Anliegen, das Ihnen besonders am Herzen liegt, ist der Klimaschutz. Sie treten, wie beispielsweise 2017 bei der UN-Klimakonferenz in Bonn, auch öffentlich und offiziell dafür ein. Woher kommt dieses Engagement?

Das steckt wohl in den Genen. Sowohl meine Großmutter als auch mein Vater waren sehr naturverbunden. Ich war immer begeistert von den prachtvollen Wäldern, die wir in Luxemburg haben. Diese Natur müssen wir unbedingt für kommende Generationen bewahren. Naturschutz geht aber weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Man muss nur an die Katastrophen erinnern, die wir weltweit erleben: Trockenheit, Überschwemmungen, schmelzende Pole. Trotzdem gibt es immer noch Menschen, die dem Klimawandel gegenüber skeptisch sind. Man sieht die Auswirkungen bereits hier im Land. Wir hatten nie einen Tornado wie im vergangenen Jahr, keine solchen Überschwemmungen wie vor zwei Jahren. Die Trockenperiode in diesem Jahr ist außergewöhnlich. Es ist völlig klar, dass hier etwas nicht stimmt und dass wir uns wirklich alle für den Klimaschutz einsetzen müssen. Auch die Jugend fordert uns auf, das Problem anzugehen, bevor es zu spät ist. Das ist auch gut so.

2008/09 drängte die Finanzkrise den Klimaschutz in den Hintergrund.

Heute kämpft die Welt gegen das Corona-Virus, wodurch der Klimaschutz erneut vernachlässigt werden könnte. Oder sehen Sie die Pandemie auch als eine Chance, Fortschritte in der Klimapolitik zu machen?

Ich konnte während des Lockdowns selbst beobachten, wie sich die Natur erholt. Es gab mehr Schmetterlinge und Bienen. Unser Kohlendioxid-Ausstoß wird in diesem Jahr deutlich zurückgehen infolge der Pandemie. Es gibt Wissenschaftler, die sagen, dass die Natur relativ schnell regenerieren kann, wenn der Mensch sich weniger aggressiv verhält. Aber es ist eine komplizierte Herausforderung, Ökonomie und Ökologie ins Gleichgewicht zu bringen. Das muss schrittweise erfolgen, wir können ja nicht Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit abgleiten lassen.

Wie können wir uns aktiven Klimaschutz am großherzoglichen Hof vorstellen?

Ich habe vor drei Jahren ein Elektroauto gekauft, weil ich der Meinung bin, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Ein Teil unserer Wälder wird naturnah bewirtschaftet oder im Urzustand belassen. Im Park des Schlosses von Colmar-Berg vermeiden wir chemische Pflanzenschutzmittel und lassen den Rasen an verschiedenen Stellen so wachsen, dass er Lebensraum für Insekten und wilde Pflanzen bietet. Im Park habe ich zudem sieben Bienenstöcke aufgestellt.

In der politischen Tagesaktualität ist seit Jahren die Verfassungsreform eines der Dauerthemen. Wie wichtig ist für Sie diese Reform mit Blick auf die künftige Rolle der Monarchie und des Großherzogs?

Die Reform ist eine normale Sache. Seit 15 Jahren wird daran gearbeitet, um die Verfassung an eine Realität anzupassen, die längst besteht. Der Großherzog hat keine echte politische Macht mehr, im Verfassungstext stehen Formulierungen, die altmodisch sind. Für mich stellt das überhaupt kein Problem dar. Es sind neue Bestimmungen hinzugefügt worden, etwa bei der Thronfolge oder bei der Abdankung.

Für mich ist vor allem wichtig, dass der Großherzog, das Staatsoberhaupt, weiterhin ein Mitspracherecht hat im Regierungsbildungsprozess. In anderen Monarchien ist das nicht der Fall. Einen

Formateur oder einen Informateur zu benennen und mit den Parteien zu sprechen, gehört für mich zu den interessantesten Aspekten meiner Arbeit.

Dennoch zieht sich die Reform schon sehr lange hin. Fühlen Sie sich nicht manchmal wie ein Spielball der Politik? Bereits 2008/09, beim Gesetz zur Sterbehilfe, hatte ein damals schon nicht mehr zeitgemäßer Text Sie selbst in eine sehr unglückliche Lage manövriert und zu einer institutionellen Krise geführt.

Das Gesetz zur Euthanasie war für mich persönlich eine sehr bedeutende Frage. Ich konnte es nicht akzeptieren, dass eine für die Gesellschaft derart wichtige Entscheidung ohne eine breite öffentliche Debatte getroffen werden sollte. Diese Debatte wollte ich provozieren und habe deshalb gesagt, dass ich das Gesetz so nicht unterzeichnen kann. Kompliziert war zudem, dass gleichzeitig das hervorragende Gesetz über die Palliativmedizin verabschiedet werden sollte.

Die Konsequenz, die sich daraus ergab, war für unsere Institutionen durchaus positiv. Hofmarschall Pierre Mores entwarf damals die Idee, zwischen Unterschrift und Inkraftsetzung eines Gesetzes zu unterscheiden. Wir haben uns mit Premier Jean-Claude Juncker und Justizminister Luc Frieden abgestimmt, um eine Lösung zu finden, die dem Prinzip der Gewaltentrennung besser entspricht. Zuvor war der Großherzog inhaltlich an die Entscheidung des Parlaments gebunden. Mit der Verfassungsreform, die damals womöglich etwas schnell verabschiedet wurde, liegt die inhaltliche Verantwortung für ein Gesetz aber nun ausschließlich beim Parlament, nicht mehr beim Großherzog. Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, der Großherzog setzt es in Kraft. Ich finde, das ist eine ideale Lösung, die unsere Institutionen respektiert.

Für Schlagzeilen sorgten zuletzt das Personalmanagement beim großherzoglichen Hof und der darauffolgende Waringo-Bericht. War diese externe Bestandsaufnahme unumgänglich oder hätte sie mit einer anderen Kommunikation und Personalführung vermieden werden können?

Wenn Sie mich so fragen, ja, man hätte vielleicht auch einen anderen Weg gehen können. Die Großherzogin und ich waren schockiert über die Gerüchte,

die über sie verbreitet wurden, die sehr verletzend für uns beide waren. Wir sind seit 40 Jahren ein Paar. Diese Episode hat uns noch stärker zusammengeschießt.

Und die Konsequenzen des Berichts?

Die Einrichtung einer Maison du Grand-Duc ist eine sehr positive Maßnahme. Mit der Neuorganisation des großherzoglichen Hofes, unter der professionellen Leitung der neuen Hofmarschallin

Yuriko Backes, wird sich vieles zum Guten verändern. Es wurde viel gesprochen über die Vermischung von privaten und offiziellen Aktivitäten, über mangelnde Transparenz. Ich arbeite seit 20 Jahren daran, den großherzoglichen Hof zu modernisieren und es gab dabei sehr starke Widerstände gegen Veränderungen. Aber es hat keinen Sinn, zu polemisieren. Wir müssen an die Zukunft und an die kommenden Generationen denken. Das ist es, was zählt.

Im Zusammenhang mit dem Waringo-Bericht waren Stimmen zu hören, Sie könnten demnächst zurücktreten oder einen Teil der Amtsgeschäfte abgeben. War an diesen Gerüchten etwas dran oder haben Sie an eine Abdankung gedacht?

Nein. Nein, wirklich nicht. In einer Krise kann man nicht abdanken. Man würde ja aufgeben, das geht nicht. Es ist mir nie in den Sinn gekommen, mein Amt abzugeben. Das wäre so, als würde man die Waffen strecken. Eines

Tages wird Erbgroßherzog Guillaume die Statthalterschaft erhalten, aber dafür ist der Moment noch nicht gekommen.

Wird die Umsetzung der Empfehlungen des Waringo-Berichts der Monarchie helfen, sich für die kommenden Generationen zu festigen?

Ja, ich hoffe es. Es geht darum, die Monarchie zu konsolidieren und zu modernisieren. Daran arbeite ich, zusammen mit Erbgroßherzog Guillaume, der Hofmarschallin, dem Comité de direction (Aufsichtsrat) und den Mitarbeitern im Palais. Es wird die Arbeit der nächsten Wochen und Monate sein, die Maison du Grand-Duc auf eine solide Basis zu stellen.

Eines möchte ich jedoch betonen: Die Monarchie ist nicht der Großherzog allein. Der Staatschef und der Erbgroßherzog sind in der Verfassung vorgesehen. Aber zur Monarchie gehört nach meinem Verständnis auch die Familie des Großherzogs. Unsere Kinder übernehmen Verpflichtungen,

In einer Krise kann man nicht abdanken.

Großherzog Henri zu den Auswirkungen des Waringo-Berichts

weil sie Prinzen von Luxemburg sind. Sie werden natürlich nicht vom Staat bezahlt, sondern gehen ihren Berufen im Ausland nach. Auch der Ehepartner des Großherzogs hat eine sehr wichtige, unterstützende Rolle. Wenn ich sehe, wie die Großherzogin ihre Aufgaben erfüllt, mit ihren vielen gemeinnützigen Tätigkeiten und Schirmherrschaften – all dies trägt unglaublich viel zum positiven Image des Landes bei.

Sie selbst wurden ja über viele Jahre auf die Rolle des „lieutenant-représentant“ vorbereitet. Wie gestaltet sich die Vorbereitung von Erbgroßherzog Guillaume auf diese Aufgaben? Gibt es da Unterschiede?

Prinz Guillaume hat seine Universitätsstudien absolviert, zuletzt in England. Er ist Mitglied im Staatsrat und nimmt an Wirtschaftsmissionen teil. Er genießt also weitgehend die gleiche Ausbildung wie ich zuvor. Ich spreche sehr viel mit ihm, nehme ihn auch zu Gesprächen mit Ministern mit. Er ist sehr intelligent und bringt

Diese Debatte wollte ich provozieren.

Großherzog Henri und seine Haltung zum Euthanasie-Gesetz

viele Voraussetzungen für sein künftiges Amt mit.

Sie sind als Person des öffentlichen Lebens stark gefordert. Wie nutzt der Großherzog seine freie Zeit? Wobei können Sie entspannen?

(lacht). Gott sei Dank habe ich meine Familie. In den Ferien sind wir häufig mit unseren Kindern zusammen, machen Sport. Ich lese natürlich auch gerne, wenn ich am Wochenende zu Hause bin, höre klassische Musik. Es ist wichtig, sich hin und wieder zurückzuziehen oder mit Freunden und Familie zusammen zu sein, im Wald spazieren zu gehen. Das ist meine Art und Weise, zu entspannen. Und natürlich genieße ich es, mit meinen Enkelkindern Zeit zu verbringen. Mehrmals im Jahr trifft sich die gesamte Familie. Dabei können wir über alles diskutieren, vor allem die Großherzogin bringt sich dabei mit viel Energie und Liebe ein.

Monseigneur, wir bedanken uns für das Gespräch.

„Die Jugend muss Druck machen“

Vor 20 Jahren, als Großherzog Henri das Amt des Staatschefs von seinem Vater übernahm, hielten zahlreiche Menschen den Klimawandel noch für Humbug. Zwei Jahrzehnte später brennen buchstäblich die Wälder. Angesichts dieser Entwicklung sprach Télécran mit dem Großherzog über dessen Liebe zur Natur und sein Engagement für mehr Umweltschutz.

Interview: Martina Folscheid und Daniel Michels

Monseigneur, Ihnen liegt die Natur besonders am Herzen: Welchen persönlichen Beitrag leisten Sie für den Umweltschutz?

Umweltschutz ist ein globales, extrem wichtiges Thema für Luxemburg, für Europa und die ganze Welt. Schon vor vielen Jahren habe ich beschlossen, dass im Garten und im Park in Colmar-Berg keine Pestizide zum Einsatz kommen. Alles soll biologisch angebaut werden, im Frühjahr wird nicht gemäht, damit Insekten Lebensräume finden. Wir haben Nistkästen für Vögel angebracht und seit zwei Jahren betreut ein Imker sieben Bienenvölker, die jährlich 500 Liter Honig produzieren. Ich verfolge die Arbeit des Imkers gerne, ein Teil des Erlöses des Honigverkaufs geht an die Fondation du Grand-Duc et de la Grande-Duchesse, für den Eigenverbrauch erhalten wir 20, 30 Gläser – und der Honig schmeckt wirklich sehr gut. Der größte Teil der Wälder rund um das Schloss Fischbach befindet sich in einem Natura2000-Gebiet. Bäume werden nur gefällt, wenn es unbedingt notwendig ist.

Gehen Sie als naturverbundener Mensch draußen einer Beschäftigung nach, züchten Sie etwa Blumen?

Die Großherzogin und ich sind beide vom blumenreichen Park in Colmar-Berg begeistert. Dieser ist Teil des Schlosses bei Empfängen und Gartenpartys – auch wenn in diesem Jahr wegen Covid-19 leider keine stattfinden können. Daher ist es meiner Frau wichtig, dass die Parkanlage schön und dekorativ ist.

Kann man Sie denn zum Beispiel auch mal im Garten antreffen, wie Sie Rosen

zuschneiden?

Nein, leider nicht. Wir arbeiten aus Zeitgründen nicht manuell mit, aber die Großherzogin übernimmt die Planung, wo welche Blumen gepflanzt werden, sodass von Frühling bis Herbst immer Pflanzen blühen.

Haben Sie eine Lieblingspflanze?

Ich habe keine Lieblingsblume an sich, doch ich mag Schneeglöckchen, da sie den Frühling ankündigen. Ansonsten gefallen mir Asters, und in Colmar-Berg haben wir das Glück, dass jedes Jahr wilde Orchideen wachsen. Im Park stehen auch schöne Eichen, Tulpenbäume und Buchen. Wenn wir einen faulen Baum fällen müssen, geht mir das schon nahe. Denn jede Pflanze lebt und manche interagieren, wie Peter Wohlleben in seinem Buch „Das geheime Leben der Bäume“ beschreibt. Auch wir Menschen sind mit unserer Umwelt verbunden. Diese enge Verbindung haben wir verloren, vielleicht entdecken wir sie nun wieder. Denn während des Lockdowns erlebten viele ihre nähere Umgebung bewusster.

Wie stehen Sie zur Jagd?

Meine Großmutter und mein Vater gingen gerne auf die Jagd. Ich selbst bin kein passionierter Jäger, ich beobachtete die Tiere, etwa Hirsche, lieber in ihrem natürlichen Umfeld. Allerdings müssen beispielsweise Wildschweine bejagt werden. Die Jagd dient zum Erhalt des Gleichgewichts zwischen Wild und Wald, nicht um einfach ein Reh oder Wildschwein zu töten. Man muss

Monarchies / Palais grand-ducal

immer Respekt vor den Tieren haben.

Wären Sie nicht Großherzog, welchen Beruf in oder mit der Natur hätten Sie sich vorstellen können?

Ich bin der Meinung, dass man nicht einen Beruf in der Natur braucht, um sie zu mögen und zu schützen. Auch in einer anderen Funktion wäre die Natur für mich immer ein wichtiges Thema gewesen, sie hätte mir stets Freude gegeben. In den Umweltschutzorganisationen gibt es so viele verschiedene Menschen, dass eigentlich gilt: Jeder kann sich – egal in welchem Beruf – für die Natur engagieren. Einen Berufsstand bewundere ich aber: Ich finde, dass Landwirte einem der schönsten Berufe nachgehen. Das Leben und Arbeiten mit der Natur ist wundervoll. Wenn dies etwa nach umweltschonenden und biologischen Gesichtspunkten erledigt wird, ist es ein extremes Plus für Natur und Kulturlandschaft. Für mich ist ein Bauer wie ein Gärtner, nur in einem größeren Maßstab.

Sind Sie der Meinung, dass sich in den vergangenen 20 Jahren das Umweltbewusstsein der Bevölkerung erhöht hat?

Ja, es ist besser geworden. Wir sind uns heute bewusster über die Verantwortung, die wir gegenüber der Natur haben. Als ich vor 50 Jahren gemeinsam mit anderen Pfadfindern im Wald Abfall auflas, gab es noch viel davon. Heute ist die Situation weitaus besser. Allerdings will ich nicht sagen, dass wir keinen Abfall mehr in den Wäldern finden. Doch den meisten Leuten ist bewusst, dass man Müll nicht einfach so aus dem fahrenden Auto entsorgt.

Wie finden Sie das verstärkte Engagement der Jugendlichen für mehr Umweltschutz?

Ich finde das außergewöhnlich positiv. Gott sei Dank interessiert sich die Jugend für die Natur, den Klimawandel und die bedrohte Biodiversität. Diese Tendenz ist in Luxemburg seit Jahren vorhanden, unsere Jugend musste nicht auf Greta Thunberg warten. Auch Politiker, Nichtregierungsorganisationen und andere Vereinigungen engagieren sich für die Natur. Leider ist die Situation weltweit sehr schlimm. Wir sehen, wie die Wälder brennen – sei es in Portugal, in Brasilien, in Kalifornien oder in Russland. Es ist eine Katastrophe, all diese Phänomene beschleunigen den Klimawandel. Wir müssen unbedingt gegensteu-

ern. Unsere Generation hat von einer außergewöhnlich hohen Lebensqualität profitiert, aber es ist auch unsere Generation, die jetzt Entscheidungen treffen muss, damit die Welt in 50 Jahren noch lebenswert ist. Ich bin wirklich erfreut, dass die Jugend Druck macht, es ist ihre Zukunft.

Angesichts der Bilder lodender Wälder in Kalifornien: Kommt der Umweltgedanke nun in manchen Köpfen endlich an gemäß: „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“?

Dies ist eine schwierige Frage. Es gibt verschiedene Leute, ich will keine Namen nennen, die sagen, es gibt den Klimawandel nicht. Doch wenn politische Leader so etwas sagen, dann gibt es immer Menschen, die das glauben. Aber ich meine, wenn solche Katastrophen geschehen, Häuser abbrennen, Menschen alles verlieren, dann müssten die doch realisieren, dass etwas gehörig schief läuft. Wie die Erfahrung zeigt, braucht der Mensch leider viele Katastrophen und negative Erlebnisse, um zu begreifen, dass er selbst der Verursacher ist. Ich meine aber, in Europa sind wir uns der Problematik eher bewusst.

Befürchten Sie, dass wegen der wirtschaftlichen Covid-19-Folgen der Umweltschutz auf der Agenda wieder nach hinten rutscht?

Ja, die Gefahr besteht. Es wird an den Regierungen sein, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und das Beste daraus zu machen. Bislang hat die luxemburgische Regierung das im Vergleich zu anderen Ländern gut gemacht. Ebenso wie die Bürger, die sich weitestgehend an die Bestimmungen halten. Doch es ist eine Situation, die es vorher noch nie gab, und wir werden wegen des Virus in eine neue Welt hineingehen. Die Konsequenzen kennt man noch nicht alle. Es sind bereits viele Menschen arbeitslos, was geschieht, wenn die staatlichen Hilfen auslaufen? Auf jeden Fall ist klar, dass wir nicht mehr so unbesorgt leben können wie vor der Pandemie. Da hat man ständig das Flugzeug genommen, ohne an die Konsequenzen zu denken. Heute mahnt die Jugend, dass man auf eine andere Art leben muss. **Während des Lockdowns gab es weniger Verkehrsstaus, das Homeoffice hatte in der Krise seinen Durchbruch. Eine positive Entwicklung für die Natur...**

Ich finde Télétravail an sich eine gute Sache. Momentan arbeitet fast jeder zweite ansässige Arbeitnehmer so.

Das ist enorm. Aber die Konsequenzen sind ebenfalls umfassend. Denn was geschieht beispielsweise mit den Geschäften und den Horesca-Betrieben? Da sind viel weniger Kunden. Es ist wirklich wie ein Puzzle, das zerstört wurde und nun neu zusammengesetzt werden muss.

In welchem Bereich wird Luxemburg am meisten unter dem Klimawandel leiden?

Wir sehen seit einigen Jahren verstärkt Katastrophen in einer bislang ungekannten Häufigkeit. 2018 hatten wir die Überschwemmungen im Osten, 2019 den Tornado im Süden, 2020 ist das Wasser erneut knapp, der August war extrem trocken und im September gab es Temperaturen über 30 Grad, in der Landwirtschaft fielen die Erträge quasi um ein Viertel. Der Klimawandel ist da, dies ist evident. Die Biodiversität nimmt ab. Das merkt jeder, der mit dem Auto fährt. Früher musste man im Sommer ständig die Windschutzscheibe reinigen. Heute ist die Zahl der Insekten dramatisch gesunken, die Auswirkungen sieht man unter anderem bei den Vögeln. So ist der Spatz quasi verschwunden. Wir müssen umdenken und unsere Gewohnheiten ändern und die Lebensräume für die Tiere erhalten und ausweiten. Ich weiß noch, dass mein Vater bereits vor über 40 Jahren stets die Wichtigkeit von Hecken als Erosionsbremse und Lebensraum für Tiere betonte.

Wie könnte man die Bevölkerung verstärkt für Umweltschutz und Nachhaltigkeit sensibilisieren?

Wenn ich Aktivitäten von Naturschutzorganisationen besuche, sehe ich viele engagierte Menschen, die versuchen, Schulklassen die Schönheit der Natur näher zu bringen und den Kindern zeigen, wie man sie schützen und respektieren kann. In diesem Bereich gibt es viele Organisationen, die eine vorzügliche Arbeit erledigen. Man muss die Kinder, insbesondere die aus den Städten, in die Natur mitnehmen und sensibilisieren. Positiv finde ich auch Initiativen wie jetzt den Pacte Nature, den Umweltministerin Carole Dieschbourg aufgelegt hat, um die Gemeinden besser einzubinden.

Haben Sie eine Botschaft an die Menschen?

Jeder kann seinen Beitrag leisten, wenn er sich bewusst ist, wie er sich benimmt. Dazu zählt jede Geste, so klein sie auch ist. So lösche ich seit meiner Kindheit

immer automatisch das Licht, wenn ich einen Raum verlasse oder verzichte seit Längerem auf Einweggegenstände aus Kunststoff. Die Politik kann die großen Linien vorgeben. Aber jeder muss selber Anstrengungen machen. Etwas weniger mit dem Flugzeug verreisen, Ferien in Luxemburg, in der Großregion oder in Europa verbringen: Das sind alles Dinge, die schon viel helfen.

Dieses Bewusstsein muss man der nächsten Generation immer wieder aufs Neue vermitteln. Geben Sie Ihr Engagement für die Natur an Ihre Enkel weiter?

Sicherlich hat meine Großmutter in mir das Interesse an der Natur geweckt. Großherzogin Charlotte kannte die Bezeichnung jeder Pflanze auf Luxemburgisch, Deutsch oder Latein, sie hatte fast das Wissen einer Biologin. Auch mein Vater liebte die Natur und wir gingen im Herbst oft gemeinsam Pilze sammeln; ein paar meiner schönsten

Familienerinnerungen hängen daran. Ich glaube, diese Naturbegeisterung ist wirklich genetisch in uns veranlagt. Selbstverständlich werde ich dieses Engagement an meine Enkelkinder weitergeben.

In ihrer Rede zur Lage der Union am 16. September 2020 meinte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Wir müssen uns selbst in die Welt von morgen treiben“. Sehen Sie dies auch so?

Ja, ein sehr schöner Satz. Wir brauchen Wachstum, doch dabei müssen wir die Nachhaltigkeit und die soziale Gerechtigkeit im Auge behalten. Wir müssen neue, zukunftssträchtige Ansätze ausprobieren. Ich denke an die Kreislaufwirtschaft oder nachhaltiges Bauen. An den Polen schmilzt das Eis, andersorts brennt es buchstäblich. Wir dürfen nicht zu pessimistisch sein, aber wir müssen Lösungen finden.

Die Rechte des Staatsoberhauptes

Politischer Rückblick auf das Thronjubiläum: Die Gesellschaft hat sich gewandelt, die Verfassung noch nicht

Von Morgan Kuntzmann

In der protokollarischen Rangordnung Luxemburgs steht der Großherzog als Staatsoberhaupt hinter dem Präsidenten des Parlaments, auch „Erster Bürger“ genannt. Der Regierungschef in Form des Premierministers kommt an dritter Stelle. Auf gleicher Stufe stehen die übrigen Regierungsmitglieder. Bereits der Amtsname deutet die Funktion eines Premierministers an: Er ist ein *primus inter pares* – „Erster unter Gleichen“ und hat damit keine Weisungsbefugnis über die anderen Minister. Er präsidiert den Ministerrat und übt eine politische Koordinierungsfunktion auf Regierungsebene aus.

So wie in vielen anderen Ländern entspricht die aufgezählte protokollarische Rangordnung der tatsächlichen politischen Bedeutung. Dies ist der berühmte „*de jure/de facto*“-Unterschied, zwischen dem Soll- und dem Ist-Zustand. Der geltende Rechtsrahmen wird durch eine Verfassung vorgegeben. Wie Gesellschaften unterliegen politische Systeme einem ständigen Wandel. Krisen oder sozialer Wandel führen unter anderem dazu, dass es zu schweren Diskrepanzen zwischen der Ausübung der Macht und dem Wortlaut einer Verfassung kommt. Selbst in Russland fand Anfang Juli ein Verfassungsreferendum statt, das dem Autokraten Wladimir Putin eine Legitimation seines Herrschaftssystems gibt. Währenddessen hat das Großherzogtum die Machtverhältnisse seit 1868 nicht angepasst. Wohl einer der wenigen Nachteile, die mit dem für die Luxemburger Wirtschaftspolitik oft zitierten Vorteil der politischen Stabilität einhergeht.

Herrschen durch Selbstbeherrschung

Großherzog Henri ist nicht das erste Staatsoberhaupt, das in seiner Funktion als Repräsentant des Landes damit kämpft, seine eigenen Sichtweisen nicht preisgeben zu dürfen. Vor diesem Problem stehen nicht nur Monarchen. Auch gewählten Staatsoberhäuptern wie dem deutschen Bundespräsidenten ist diese präsidiale Zurückhal-

tung in manchen Situationen schwergefallen. Um in diesem Konfliktfeld zwischen persönlicher Ambition und Selbstbeherrschung des Amtes willen das Gleichgewicht zu finden, braucht man politisches Talent. Die Königin des Vereinigten Königreichs, Queen Elizabeth II., ist ein gutes Beispiel dafür.

Das Luxemburger Grundgesetz stammt aus der Epoche des Konstitutionalismus, als es zwar bereits Verfassungen gab, aber die parlamentarische Regierungsweise sich noch nicht rechtlich oder faktisch durchgesetzt hatte. Wenn eine Verfassung aus dem 19. Jahrhundert auf die Lebensrealität des 21. Jahrhunderts trifft, sind Konflikte unvermeidlich.

Dementsprechend gibt es Stimmen, die die aktuelle innenpolitische Lage der Vereinigten Staaten von Amerika zum Teil darauf zurückführen, dass die veraltete und zusehends dysfunktionale US-Verfassung, die aus dem 18. Jahrhundert stammt, das Land immer tiefer in die Krise treibt. So könnte die Richternominierung nach dem Tod der US-Verfassungsrichterin Ruth Bader Ginsburg über den Ausgang der diesjährigen Präsidentschaftswahlen entscheiden. Die lebenslange Richternominierung in den USA mag im 18. Jahrhundert Sinn gemacht haben, nur dass man heutzutage doppelt so lange lebt wie zu den Gründerzeiten der US-Verfassung.

Auch in Luxemburg gibt es eine Politisierung der öffentlichen Verwaltung. Noch verständigen sich die politischen Parteien am Krautmarkt im Konsens. Dies kann sich jedoch, wie die aktuelle Krisensituation aufzeigt, schnell ändern.

Die institutionelle Rolle des Großherzogs

Die Verfassung schreibt dem Großherzog Befugnisse in den drei Staatsgewalten zu. Das Staatsoberhaupt beteiligt sich an der Legislative, mit der Verkündung der Gesetze, und übt die Exekutive mithilfe seiner Regierung aus, die vor dem Parlament politisch verantwortlich ist. Die Vorrechte des Monarchen in der Gerichtsbarkeit beinhalten die Ernennung der

Richter und das Privileg, Begnadigungen vorzunehmen. Darüber hinaus werden Urteile im Namen des Großherzogs gefällt.

Doch noch bis 2008 besaß laut Konstitution der Staatsoberhaupt die Möglichkeit, Gesetze durch ein Veto aufzuhalten. Das Recht, ein Gesetz nicht zu „billigen“, wie es in der Verfassung stand, hatte *de facto* noch kein Luxemburger Staatsoberhaupt in Anspruch genommen.

Euthanasie-Gesetz: Veto mit Konsequenzen

Im Februar 2008 beschloss die Abgeordnetenkammer ein Gesetz, das die aktive Sterbehilfe unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Großherzog Henri kündigte an, dass er das Gesetz als ernste Gewissensentscheidung empfand und es „aus Gewissensgründen“ nicht unterzeichnen werde. Zum damaligen Zeitpunkt stilisierten manche die Weigerung des Monarchen, aus persönlichen Gründen das Gesetz zu billigen, als Verfassungsbruch. Die Regel sei, dass sich die Staatsoberhäupter aus der Tagespolitik raushalten. Nur die kurzweilig als Großherzogin amtierende Maria-Adelheid hatte sich 1912 die Freiheit genommen und erst nach einigem Zögern ein neues Schulgesetz unterschrieben.

Als Verfassungsbruch *per se* kann man die Zurückhaltung der Unterschrift durch den Großherzog nicht sehen. Hingegen könnte man dem Staatsoberhaupt vorwerfen, sich nicht an Artikel 33 der Verfassung gehalten zu haben. In diesem steht unter anderem, dass der Großherzog Symbol der Einheit des Landes ist. Mit seiner Weigerung, das Euthanasie-Gesetz zu billigen, erhob sich das Staatsoberhaupt zum politischen Akteur und favorisierte damit eine parlamentarische Minderheit. Auch ein Monarch braucht die Unterstützung aus der Politik und kann Mehrheiten im Parlament nicht übergehen.

Die „Verfassungskrise“ von 2008 konnte mithilfe einer Verfassungsänderung, die eine teilweise Entmachtung des Staatsoberhauptes zur Folge hatte, gelöst werden. Artikel 34 der Verfassung wurde

verändert, so dass der Staatsoberhaupt seitdem Gesetze nur noch verkünden darf. Das Vetorecht entfiel.

Regierungsbildung: Ernennung des Formateur und Informateur

Bei der Regierungsbildung besteht in Luxemburg ein Gewohnheitsrecht. Der Großherzog ernennt, gemäß den ständigen Gebräuchen, wie es passenderweise auf der Webseite der Regierung steht, den Premierminister. Dieser Formateur kann dann mit der Bildung einer Regierung beginnen.

Davor kann der Staatsoberhaupt einen Informateur ernennen. Dieser erkundet durch Sondierungsgespräche mit den Parteien die Möglichkeit einer politischen Mehrheit. Diese Vorgehensweise hat sich über Jahrzehnte bewährt, obwohl sie für den Großherzog ebenfalls ein Risiko darstellt, da er sich bei einer kontroversen Entscheidung öffentlicher Kritik aussetzt und allein in der Verantwortung steht.

Bereits 2013 kam Kritik auf, als der Großherzog erstmalig einen Informateur ernennen musste. Es kam zu dieser Situation, weil keine der anderen Parteien mehr mit der CSV, der Partei mit den meisten Stimmen, eine Koalition eingehen wollte. Man hatte sich bereits im Voraus auf eine Dreierkoalition geeinigt. Diese Information gelangte an die Öffentlichkeit. Dadurch kam Großherzog Henri gewissermaßen in Zugzwang und ernannte Georges Raverani zum Informateur, der eine Dreierkoalition ermöglichte.

Rezentes Beispiel: Bei den letzten Wahlen 2018 wurde Xavier Bettel (DP) vom Staatsoberhaupt zum Formateur berufen und dieser beauftragte ihn dadurch mit der Regierungsbildung, obwohl die Liberalen als drittstärkste Kraft aus der Wahl hervorgingen. Nachdem die Regierung gebildet wurde, findet traditionell eine Vertrauensabstimmung in der Chamber statt. Dies gibt dem vorangegangenen Prozess eine demokratische Legitimität. Der Vorgang des „*vote de confiance*“ nach der Regierungsbildung ist ebenfalls nicht in der aktuellen Verfassung verankert.

Am 31. Januar 2020 legte der Sonderbeauftragte Jeannot Warinago seine Analyse und Reorganisa-

tionsvorschläge zu Struktur und Organigramm des großherzoglichen Hofes vor. Die Personal- und Finanzpolitik des Hofes stand im Mittelpunkt der Untersuchungen. Das Kernstück der Empfehlungen ist, wie in der Verfassungsreform vorgesehen, die Schaffung einer Rechtspersönlichkeit: der Maison du Grand-Duc, die den Hof modernisieren und institutionalisieren soll.

Die Bausteine der Maison du Grand-Duc

Zülig will die Regierung eine der Empfehlungen aus dem Waringo-Bericht umsetzen: Vorige Woche stellte Premierminister Xavier Bettel (DP) den Mitgliedern des parlamentarischen Institutionenausschusses die Eckpunkte der Maison du Grand-Duc vor. „Modern“ und „transparent“ sind dabei jene beiden Merkmale, an denen sich der Entwurf des großherzoglichen Erlasses orientiert – und dessen Inhalt auf die Zustimmung des Großherzogs trifft. Die Maison du Grand-Duc soll unter der Schirmherrschaft des Großherzogs eingerichtet werden; die Verantwortung für das Personalmanagement liegt allerdings beim Hofmarschall. Mit diesem Zug soll dessen Rolle – zurzeit bekleidet Yuriko Backes dieses Amt – gestärkt werden. Die Beschäftigten des großherzoglichen Hofes sollen ihrerseits an den öffentlichen Dienst angegliedert werden. Wie im Waringo-Dokument empfohlen, wird die personelle Aufstellung der Maison du Grand-Duc in einem Organigramm definiert. Um

in Zukunft zum einen ein optimales Miteinander zwischen Staatsministerium und Cour grand-ducale zu gewährleisten und zum anderen das Budget der Maison du Grand-Duc zu verwalten, wird ein Koordinationsrat eingesetzt, dem neben dem Hofmarschall der Generalsekretär des Ministerrates angehört. Die budgetären Zuwendungen werden ab dem Jahr 2021 nach oben angepasst; Mitte Oktober wird Finanzminister Pierre Gramegna (DP) bei der Vorstellung des Etatentwurfs Details bekannt geben. Der Rechnungshof wiederum wird damit betraut, einen Bericht über die Haushaltsführung am Hof zu erstellen und der Budgetkontrollkommission der Abgeordnetenkammer vorzulegen. Zur Modernisierung der Monarchie gehört auch, dass in absehbarer Zeit ein einziger Internetauftritt über sämtliche offiziellen Aktivitäten des großherzoglichen Hofes informiert. Zudem wird ab 2022, jeweils im ersten Halbjahr, ein Tätigkeitsbericht der offiziellen Termine veröffentlicht. *mas*

Eine Monarchie unter der Lupe

WARINGO-BERICHT Einsichten in eine geschlossene Gesellschaft

Lucien Montebrusco

Ende September legte Premierminister Xavier Bettel dem Institutionsausschuss des Parlaments den Entwurf des großherzoglichen Erlasses vor, der Ordnung in die Personal- und Finanzverwaltung am großherzoglichen Hof bringen soll. Er übernimmt weitgehend die Empfehlungen aus dem Waringo-Bericht. Im Auftrag von Premierminister Xavier Bettel hatte sich der ehemalige Direktor der staatlichen Finanzinspektion Jeannot Waringo während Monaten am großherzoglichen Hof umgeschaut und mit Mitarbeitern gesprochen. Seine Schlussfolgerungen und Empfehlungen wurden im Januar dieses Jahres vorgelegt. Ein Blick in ein Dokument, das etliche Missstände insbesondere bei der Personalverwaltung offenlegte.

Die Aufgabe, die Waringo im Juni 2019 vom Regierungschef bekam, war klar und deutlich formuliert: Er sollte die Personalorganisation am Hof analysieren, ein neues Organigramm und eine klare Befehlskette erstellen. Insbesondere der angeblich raue Umgang mit Angestellten am Hof und die hohe Personalfuktuation hatten seit längerem für Negativschlagzeilen gesorgt. Zweiter wichtiger Auftrag für den versierten Finanzexperten: eine globale Analyse des Umgangs mit den öffentlichen Geldern am Hof.

Bereits im Juli nahm Waringo seine Arbeit auf, richtete sich am großherzoglichen Hof ein. Es folgten Dutzende Gespräche mit den damals noch am Hof beschäftigten Mitarbeitern, mit ehemaligen Angestellten, mit Vertretern anderer staatlicher Institutionen. Gleichzeitig prüfte er die Wünsche des Hofes nach Neueinstellungen oder Umstellungen, denn jede Änderung musste ab sofort vom Premierminister gut-

geheißen werden. /

Zu Beginn seines Berichts hebt Waringo hervor, er habe die Aufgabe unentgeltlich ausgeführt, wollte er diese doch als Beitrag zur Modernisierung der Strukturen und des Betriebs am großherzoglichen Hof verstehen. Dass er nicht unbedingt willkommen war, bekam er schnell zu spüren. Als er zusätzliche Informationen über eine beabsichtigte Neueinstellung wünschte, bekam er Post von einer Anwaltskanzlei, die im Auftrag der Domänen- und Güterverwaltung des Hofes handelte. Seitdem sei er das Gefühl nicht mehr losgeworden, als störendes Element am Hof empfunden zu werden, schreibt Waringo.

Für seine Empfehlungen zur Neuorganisation am Hof orientiert sich Waringo an den Erfahrungen aus den Herrscherhäusern Schwedens, Belgiens und der Niederlanden, die er gleich zu Beginn seines Berichts ausführlich darlegt. Dabei interessierte er sich insbesondere dafür, wie die Frage der staatlichen Zuwendungen zu Privatzwecken und für offizielle Tätigkeiten des Staatsschefs geregelt wurde. In Belgien und den Niederlanden erhält der König eine Art Gehalt, der zweite Teil der staatlichen Mittel dient dem Betrieb des königlichen Hauses – eine auch für Luxemburg denkbare Lösung, schätzt Waringo. Der Groß-

herzog bekommt ein Gehalt, über das er wie jedermann frei verfügen wird und das wie bei jedem Bürger besteuert wird. Über den zweiten Teil der Zuwendungen muss hingegen Rechenschaft abgelegt werden.

„Maison du Grand-Duc“ –
eine neue Verwaltung

Eine weitere Neuerung wäre die Schaffung einer „Maison du Grand-Duc“ – eine vom Privatbereich des Großherzogs und der Güterverwaltung der großherzog-

lichen Familie getrennte Verwaltung mit eigenen Bankkonten und eigener Buchführung. Sie würde die Rechnungen selbst begleichen. (Bisher wurden diese zuerst von der Vermögensverwaltung des Hofes übernommen, der Staat überwies anschließend die Kosten für die offiziellen Missionen.) Die Buchführung würde von einem externen Rechnungsprüfer begutachtet werden. Dies würde ebenfalls eine klare Abgrenzung zwischen offiziellen Angestellten, also solchen, die am Hof in dessen Funktion als Institution arbeiten, und Angestellten für den Privatbereich der Familie ermöglichen. „La création de la nouvelle institution 'Maison du Grand-Duc' permettrait, à mes yeux, de faire également un pas décisif en direction d'une plus grande transparence des activités de la Cour. Actuellement il n'existe au Luxembourg pas de reporting systématique sur l'exercice des missions officielles de la Cour, ni sur l'utilisation des dotations budgétaires.“

Der dem Hof gewidmete Bereich im jährlichen Staatsbudget wies bisher nicht die Gesamtheit der öffentlichen Gelder zugunsten der Monarchie aus. Dort werden Zivilliste, Zuwendungen für Personal und Repräsentationszwecke angeführt, doch andere vom Staat übernommene Ausgaben sind in anderen Budgetteilen verborgen. Der Sonderbeauftragte verschafft einen interessanten Überblick hierzu. So werden Unterhalts- und Renovierungskosten für den Palais in Luxemburg und das Schloss Colmar-Berg im Budget des Nachhaltigkeitsministeriums vermerkt, Energiekosten werden von der Bautenverwaltung, Reisespesen und einige offizielle Empfänge vom Staatsministerium übernommen. Beamte der Bautenverwaltung werden für den Unterhalt der Parkanlagen und die Instandhaltung der technischen Infrastruktur von Schloss Colmar-Berg abbestellt. Leib-

Monarchies / Palais grand-ducal

garde und Adjutanten („Aides-de-camp“) werden aus dem Polizeibudget bezahlt. Völlig unentgeltlich waren bisher die Postdienste. Allein in Bezug auf Internet- und GSM-Abos schätzte die Post die unentgeltlichen Leistungen auf jährlich 550.000 bis 600.000 Euro.

Waringo schlägt die Aufstellung einer weitsichtigen Budgetsektion auf, in der sämtliche Zuwendungen an den Hof aufgelistet würden. Dieser neuen Berechnung zufolge fließen dem großherzoglichen Hof allein für 2020 14,293 Millionen Euro zu. Die aktuelle Sektion „Maison du Grand-Duc“ im Budget weist hingegen nur 10,618 Millionen Euro aus.

Insbesondere sich häufende Kündigungen, angeblich willkürliche Einstellungen und Mobbing hatten den Hof in der Vergangenheit in ein negatives Licht gerückt. Auch hier spart Waringo nicht mit Kritik. Es gebe keine genaue Analyse des effektiven Bedarfs an Personal, um die offiziellen Funktionen des Staatshofes zu gewährleisten. Es stelle sich die Frage nach einer klaren Trennung zwischen Personal für offizielle und für private Zwecke.

Eine chaotische Personalpolitik

Ende 2019 arbeiteten bei Hof 89 sogenannte Agenten und 17 aus anderen staatlichen Verwaltungen entsandte Mitarbeiter. Der Personalbestand blieb in den letzten Jahren quasi unverändert, doch zwischen 2014 und 2019 verließen 51 Personen ihren Arbeitsplatz, sei es weil sie in eine andere Verwaltung wechselten, kündigten oder entlassen wurden. Renteneintritte sind hierbei nicht berücksichtigt worden. Waringos Schlussfolgerung: „Compte tenu du fait que la Cour emploie au total quelque 110 personnes, il s'impose de noter que les mouvements au niveau du personnel ont été très importants au cours de la période sous revue.“ Gespräche mit Betroffenen hätten ein Gefühl von Verwirrung hinterlassen, so Waringo diplomatisch. Die Personalverwaltung werfe etliche Fragen

auf. Es fehlten klare Einstellungsprozeduren. Er habe eine gewisse Ängstlichkeit bei seinen Gesprächspartnern verspürt, Angst vor Entlassung oder Rüffel. Probleme würden nicht offen diskutiert.

Die wichtigsten Fragen in Sachen Personalpolitik würden von der Großherzogin entschieden. Waringo hebt dabei hervor, dass die Großherzogin allein eine repräsentative Funktion inne habe. „Il faut réformer le fonctionnement de notre Monarchie sur ce point essentiel. Il n'y a, à mon avis, pas d'autre solution“, heißt es.

Transparente Einstellungsprozedur

Waringo zufolge sollte dem Hofmarschall eine zentrale Rolle in Sachen Einstellung zukommen. Die Einstellungsprozedur müsse transparent und allen potenziellen Interessierten zugänglich sein. Bei Einstellungen in leitenden Funktionen müsse die Zustimmung des Premierministers vorliegen.

Laut Waringo bestand bisher kein klares Organigramm. Ihm zufolge sollte der Hofmarschall sämtliche offizielle Missionen der großherzoglichen Familie verantworten. Bis 2015 sei der Hofmarschall Staatsbeamter gewesen. Der Vorgänger der aktuellen Hofmarschallin war hingegen aufgrund eines Vertrags mit dem Präsidenten der Güterverwaltung eingestellt worden. Auch übten die bisherigen Hofmarschälle einen Vollzeitjob am Hof aus. Das sei seit dem 1. Januar 2016 nicht mehr der Fall gewesen. Angesichts der Wichtigkeit seiner Aufgaben bedürfe es jedoch der ständigen Präsenz des Hofmarschalls vor Ort, so Waringo. Der Posten sollte überdies gesetzlich geregelt werden.

Abschaffen würde Waringo hingegen den Generalmanager, dessen Aufgabenbereich Überschneidungen mit dem anderen Mitarbeiter aufweist. Der Posten war 2015 auf Anregung einer Managementberaterin eingeführt worden, die später wegen ihres unsauberen Strafregisters zur Persona non grata wurde.

Laut Arbeitsvertrag untersteht der Generalmanager dem Großherzog und der Großherzogin.

Umorganisieren würde Waringo ebenfalls die 2001 gegründete Medienabteilung des Hofes und sie enger an den staatlichen Presse- und Informationsdienst binden. Aufgefallen war u.a., dass die Webseite der Großherzogin moderner gestaltet sei als die altbackene offizielle Seite monarchie.lu. Beide Seiten werden vom Pressedienst gepflegt. Unklar war Waringo zufolge, ob auch die Seiten standspeakriseup.lu und fondation.lu von der Presseabteilung betreut würden. Allein die offizielle Seite monarchie.lu sollte aus Staatsgeldern finanziert werden, heißt es im Bericht. Ob die Aktivitäten der „Fondation du Grand-Duc et de la Grande-Duchesse“ sowie der Vereinigung „Standspeakriseup“ aus öffentlichen Mitteln finanziert werden oder nicht, sei ihm nicht bekannt. Hier bräuchte man eine eindeutige Antwort, meint der Berichterstatte.

Breite Zustimmung der Parteien

Die 43 Seiten starke Fleißarbeit und die darin enthaltenen Empfehlungen waren Anfang des Jahres auf breite Zustimmung der politischen Parteien gestoßen. Der Vorstellung des Berichts sollten gleich konkrete Schritte folgen. Nachdem der damalige Hofmarschall Lucien Weiler, der Premierminister Bettel zusammen mit Kabinettschef Michel Heintz auf die Missstände am Hof hingewiesen hatte, seinen Rücktritt eingereicht hatte, wurden im März zwei Sonderberater eingestellt. Uni-Professor André Prüm und Unternehmensberater Norbert Becker sollten die Umsetzung der Empfehlungen des Sonderbeauftragten begleiten. Neue Hofmarschallin wurde im Juni die Diplomatin Yuriko Backes. Zeitgleich wurde Becker zum Präsidenten der Vermögensverwaltung ernannt.

Vor wenigen Tagen also legte Premierminister Bettel den Entwurf einer großherzoglichen Verordnung vor, die die Waringo

go-Empfehlungen weitgehend übernimmt. So wird eine klare Trennungslinie zwischen öffentlichem Aufgabenbereich und Privatbereich des Großherzogs gezogen. Verwaltungschef der neu geschaffenen „Maison du Grand-Duc“ ist der Hofmarschall.

Kritik kam insbesondere aus linken Oppositionskreisen. So bemängelte der „déi Lénk“-Abgeordnete Marc Baum die

Personalaufstockung auf 142 Personen. Die CSV freute sich hingegen über die Schaffung einer modernen und transparenten Monarchie. Unklar ist bisher noch die Höhe der künftigen staatlichen Zuwendungen. Abschluss darüber dürfte es bei der anstehenden Vorstellung der Haushaltsvorlage 2021 geben.

Zufrieden zeigte sich der Sonderbeauftragte Waringo über

den Verlauf der Diskussionen zu seinem Bericht. Nach der Ausschusssitzung zur Vorstellung des großherzoglichen Erlasses sah er laut Radio 100,7 seine Aufgabe als beendet. „Meing Missioun war et, de Rapport ze schreiwen, herno war ech nach berodend ganz gären disponibel. An ech géing mengen, vun haut un ass et richtig eriwwer.“

Die neue starke Frau bei Hofe

PORTRÄT Was Sie über die Hofmarschallin Yuriko Backes wissen sollten

Sie ist die neue starke Frau bei Hofe: Yuriko Backes. Die Hofmarschallin hat die Nachfolge von Lucien Weiler angetreten, der Mitte März in den Ruhestand gegangen ist. (Red./hat)

Yuriko Backes bekleidet das höchste Amt des Hofes seit dem 1. Juni 2020. Damit ist sie in Luxemburg die erste Frau auf dem Posten. Seit 2016 hatte die Diplomatin die EU-Kommission in Luxemburg vertreten und um Aufmerksamkeit für die Arbeit der Unionsexekutive geworben. „Ihre persönlichen Qualitäten und ihre berufliche Laufbahn“ würden sie zur idealen Persönlichkeit machen, um die Geschicke des Hofes zu leiten, ließ der Palast verlautbaren. Und die berufliche Laufbahn hat es in sich.

Backes wurde am 22. Dezember 1970 in Japan geboren. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie in Deutschland und dem Land der aufgehenden Sonne, wo sie auch ihren Schulabschluss an einer internationalen Schule erwarb. Für ihr Studium verschlug es sie indes in die alte Welt – nach London und Brügge, wo sie internationale Beziehungen und Japanologie studierte und auch einen Master in europäischen Studien erwarb.

1994 verschlug es die junge Senkrechtstarterin dann mit zwei Masterabschlüssen in der Tasche nach New York, wo sie an der ständigen Vertretung Luxemburgs bei der UNO ihre diplomatische Karriere begann. Nach einem Zwischenstopp 1999 in Tokio zog es sie 2006 wieder

nach Japan – diesmal als zweite Diplomatin des luxemburgischen Corps. Zu ihrem Geburtsland pflegt sie nach eigenen Angaben eine besondere Beziehung. Und auch die Erfahrungen, die sie am Hof des japanischen Kaisers sammeln konnte, dürften ihr auf ihrem neuen Posten zugutekommen.

Backes wurde 2010 vom damaligen Premierminister Jean-Claude Juncker als Beraterin ins Staatsministerium berufen. Nach der Wahlniederlage der Christsozialen 2013 bat der neue Regierungschef Xavier Bettel sie, zu bleiben. 2016 wechselte die Diplomatin auf die europäische Ebene und übernahm die Vertretung der EU-Kommission in Luxemburg, zunächst noch unter ihrem ehemaligen Dienstherrn Jean-Claude Juncker, ab dem 1. Dezember 2019 unter dessen Nachfolgerin Ursula von der Leyen.

Als Frau war sie auf dem Parkett der internationalen Diplomatie eine immer noch eher seltene Erscheinung und hat laut eigener Aussage anfangs einige unangenehme Erfahrungen sammeln müssen. Inzwischen sieht sie ihre Arbeit auch darin, jene Frauen zu unterstützen, die zwar über Talente verfügen, denen es aber am nötigen Selbstvertrauen mangelt, ihren Weg zu beschreiten. Ob sie diese Qualität am Hof ausleben kann, wird man sehen müssen – es ist allerdings nicht die schlechteste Einstellung, wenn die gerechte Behandlung von Mitarbeitern in ihren Aufgabenbereich fallen sollte.

Der Vorname Yuriko ist Japa-

nisch und bedeutet „kleine Lilie“. Auch der zweite Sohn von Backes, der während ihrer Zeit an der luxemburgischen Botschaft in Tokio geboren wurde, trägt einen japanischen Vornamen – man könnte demnach fast von einer Familientradition sprechen.

Die neue Verwaltungseinheit der „Maison du Grand-Duc“ gibt der Hofmarschallin unterdessen nicht nur mehr Verantwortung, sondern auch ein höheres Gehalt. Laut *Reporter.lu* handelt es sich um ein Brutto-Grundgehalt von 13.000 Euro pro Monat. Backes sei in Zukunft für die gesamte Verwaltung zuständig und soll mit dem Generalsekretär des Regierungsrats einem Koordinationskomitee vorsitzen. Dieses Gremium soll als Vermittlungsorgan zwischen Monarchie und Regierung fungieren und jegliche Neueinstellungen absegnen.

Bettels Staatsministerium habe dadurch mehr Kontrolle über die Personalpraxis am Hof und deren Finanzen – das führe zu mehr Transparenz. Die „Maison du Grand-Duc“ soll in diesem Kontext auch jedes Jahr einen Bericht veröffentlichen, der die offiziellen Aktivitäten der großherzoglichen Familie offenlegt und aufzeigt, wofür der Hof das Budget des Staatshaushalts ausgibt.

„Zusammen erreicht man etwas“

Als Regionalmanager will Martin Güdelhöfer Gemeinden links und rechts der Mosel an einen Tisch bringen

Interview: Volker Bingenheimer

Er ist mit dem Ziel angetreten, der länderübergreifenden Zusammenarbeit an der Mosel neuen Schwung zu verleihen. Der Geograf Martin Güdelhöfer ist seit August Regionalmanager für das Obere Moseltal, das den Luxemburger Bezirk Osten, einen Teil des Landkreises Merzig-Wadern im Saarland, den rheinland-pfälzischen Kreis Trier-Saarburg und die Stadt Trier umfasst.

Martin Güdelhöfer, Sie betrachten das saarländische, rheinland-pfälzische und luxemburgische Moseltal als einheitliche Landschaft. Ist es wirklich eine Landschaft oder doch drei?

Die Mosel hat hier nicht den Charakter einer Grenze, sondern etwas Verbindendes. Das sieht man schon daran, dass sie beiden Staaten gehört. Wobei ich Ihnen Recht gebe, zu Beginn der Corona-Zeit hat man von grenzüberschreitender Zusammenarbeit nicht viel gemerkt.

Als Deutschland im März seine Grenzen schloss, sah man, wie schnell es mit der europäischen

Einigung wieder vorbei sein kann. Sehen wir wieder einen Rückzug ins Nationale?

Ich hoffe nicht. Man hat ja auch gesehen, dass sich die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und dem Saarland in Berlin für die Öffnung der Grenze eingesetzt haben. Um den Dialog beiderseits der Mosel zu stärken, werden wir im November in Nitel ein Treffen der Bürgermeister der gesamten Obermosel veranstalten. Dies ist als Austauschplattform geplant, die regelmäßig stattfinden soll.

Unter all ihren Aufgabenbereichen ist es wohl die Mobilität, bei der die Bürger am meisten der Schuh drückt ...

Ja, der Verkehr ist wirklich ein Problem. Das Entwicklungskonzept zum Oberen Moseltal schlägt vor, mehrere multimodale Hubs zu schaffen, wo die Pendler vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können. Ein weiterer Vorschlag wäre, die Bahnstrecke an der Obermosel aufzuwerten.

Dann könnte man ja den Bahnhof Wellen auch für Grevenmacher nutzen.

Der Bahnhof ist tatsächlich nur ein paar hundert Meter vom Zentrum von Grevenmacher entfernt. Vorher gäbe es am Bahnhof und seinem Umfeld aber noch viel zu tun. Ein weiteres Anliegen wäre, täglich Züge von Trier nach Metz fahren zu lassen, was jetzt nur am Wochenende geschieht.

Auch die Stadt Remich erstickt im Verkehr, mitverursacht von deutschen Grenzgängern...

In Remich haben wir bald ein Treffen, um die Betroffenen nach ihren Wünschen zu fragen. Beim Thema Wohnen sehen sich die Gemeinden in Luxemburg und Deutschland mit großer Nachfrage und steigenden Preisen konfrontiert. Was sind da die Lösungsansätze?

Eine Strategie wäre, dass die Gemeinden Wohnen im innerörtlichen Bereich den Vorrang geben vor Neubaugebieten. Der Zuzug von neuen Bürgern freut die Gemeinden, doch sie müssen dafür auch die Infrastruktur – Kindergärten,

Schulen, Straßen und Kultureinrichtungen – zur Verfügung stellen, mit den entsprechenden Kosten.

Wie können Sie als Regionalmanager zwischen den Interessen vermitteln?

Ich will den Akteuren klarmachen, dass keine neuen Einschränkungen auf sie zukommen. Mir geht es darum, Hindernisse auszuräumen. Der Erfolg beim Abbau der Grenzkontrollen zeigt, dass man zusammen etwas erreichen kann.

Zur Person

Martin Güdelhöfer hat in Bremen und Greifswald Geografie studiert und sich auf Regionalentwicklung und Tourismus spezialisiert. Nach Erfahrungen in der internationalen Projektarbeit hat er im August die Stelle als Regionalmanager für das Obere Moseltal angetreten. Zusammen mit Gemeinden, Ministerien und Verbänden will er dem Entwicklungsplan mit konkreten, grenzüberschreitenden Projekten Leben einhauchen.

Helfen in Zeiten von Corona

Parlamentsdebatte zur Kooperationspolitik – Luxemburg hält trotz der Krise an seinem Engagement fest

Von Dani Schumacher

Wie kaum anders zu erwarten, zog sich die Corona-Krise und deren wirtschaftliche und soziale Auswirkungen in diesem Jahr wie ein roter Faden durch die parlamentarische Debatte zur Entwicklungshilfepolitik: „Die Kooperationspolitik nach der Corona-Krise wird sich grundlegend von der Kooperationspolitik vor der Pandemie unterscheiden“, so Entwicklungshilfeminister Franz Fayot (LSAP).

Es war übrigens Fayots erste Grundsatzrede als Entwicklungshilfeminister. Er hat das Ressort erst im Februar dieses Jahres von Paulette Lenert (LSAP) übernommen, nachdem diese im Zuge der Regierungsumbildung zur Nachfolgerin von Etienne Schneider im Gesundheitsministerium ernannt worden war.

Für den Entwicklungshilfeminister handelt es sich bei der Pandemie um die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, eine Krise, unter der die ärmsten Länder der Welt besonders stark zu leiden haben: „Weltweit sind wegen der Pandemie immer mehr Menschen auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen die Anstrengungen und die Erfolge der vergangenen Jahre zunichtegemacht zu werden“, so der Minister. So schätzt beispielsweise die Weltbank, dass durch die sanitäre Krise bis zu 150 Millionen Menschen weltweit in extreme Armut abrutschen könnten.

Obwohl die Pandemie auch in Luxemburg negative wirtschaftliche Folgen nach sich zieht, kommt für Franz Fayot eine Kürzung des États der Entwicklungshilfe nicht in Frage, eine Aussage, für die es gestern parteiübergreifend sehr breite Zustimmung gab. Luxemburg werde trotz der Krise weiterhin ein Prozent seines Bruttonationaleinkommens (RNB) in die Entwicklungshilfe investieren, versprach der Minister. David Wagner (Déi Lénk) und Sven Clement (Piraten) warnten allerdings davor, dass das Gesamtbudget für die Entwicklungszusammenarbeit am Ende wegen der rückläufigen Einnahmen geringer ausfallen könnte. Breite Zustimmung über alle Parteigrenzen hinaus gab es auch für die Verleihung des Friedensnobelpreises an das Welternährungs-

programm.

Schnelle Umstellung

Luxemburg habe schnell auf die sanitäre Krise reagiert, erklärte Kooperationsminister Fayot. Zusammen mit den nationalen und den internationalen Partnern wurden bislang 65,8 Millionen Euro für sanitäre und sozio-ökonomische Projekte freigegeben. Weitere 8,5 Millionen Euro sind über die verschiedenen internationalen Programme in die humanitäre Hilfe geflossen.

Auch wenn die Hilfe schnell angelaufen ist, so musste man dennoch Abstriche hinnehmen. Einige Projekte mussten zumindest vorübergehend vollständig auf Eis gelegt oder verschoben werden, weil sie aus sanitären Gründen nicht mehr umgesetzt werden können. Die Entwicklungshilfeagentur LuxDev bekam dies ganz besonders zu spüren und musste kurzfristig umdisponieren.

Auch Sicherheitsprobleme gefährden immer wieder Projekte, etwa in Mali oder in Burkina Faso, wo sich die Sicherheitslage seit Jahren kontinuierlich verschlechtert. Wegen der Terrorgefahr müssen beispielsweise die Sicherheitsmaßnahmen für die Helfer deutlich heraufgehoben werden, auch das kostet Geld. „Die Hilfe wird immer komplizierter“, so das Fazit des Kooperationsministers. Davon betroffen sind oft die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen, die vor Ort die Projekte betreuen.

Weniger Einnahmen

Viele NGOs haben darüber hinaus mittlerweile auch mit finanziellen Problemen zu kämpfen, trotz der staatlichen Unterstützung. Weil die Pandemie viele Wohltätigkeitsveranstaltungen in den vergangenen Monaten unmöglich gemacht hat, brechen ihnen die Einnahmen weg. Ersten Schätzungen zufolge sollen die Einnahmen um etwa 25 Prozent rückläufig sein, wie Stéphanie Empain (Déi Gréng) erklärte. Die Gelder werden in den kommenden Monaten vor Ort fehlen, und das in einer Zeit, in der immer mehr Menschen auf Hilfe angewiesen sind: „Wir dürfen die Hilfsorganisationen nicht einfach im Regen stehen lassen“, forderte denn auch Gusty Graas (DP).

Dass mehr finanzielle Mittel erforderlich sind, liegt auf der Hand. Denn die Corona-Pandemie ist lediglich eine weitere Krise, mit der die Entwicklungsländer zu kämpfen haben. Die Pandemie überlagert und verstärkt all die anderen Krisen, so die Aussage von gleich mehreren Abgeordneten, die sich daher für mehr Kohärenz starkmachen, um so die Kräfte zu bündeln. Für Paul Galles (CSV) könnte beispielsweise eine „globale Sahel-Strategie“ für einen kohärenteren Ansatz sorgen, von der neben den Zielländern Niger, Burkina Faso, Mali und Senegal noch weitere Länder in der Region profitieren könnten.

Mehr Kohärenz

Auch auf europäischer Ebene würden sich die Abgeordneten hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit mehr Kohärenz wünschen. „Es macht wenig Sinn, wenn das eine Land einen Brunnen gräbt, ein anderes eine Schule baut und ein drittes eine Krankenstation errichtet“, so Sven Clement.

Gleich mehrere Redner forderten zudem eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Politikfeldern, Stichwort Klimapolitik. Die von Luxemburg finanzierten Projekte müssen nachhaltig sein, so die Meinung fast aller Redner: „Kooperationspolitik und Klimapolitik dürfen nicht entkoppelt werden“, brachte es Stéphanie Empain auf den Punkt.

Es ging gestern aber auch immer wieder um die Bildung, die, neben der Armutsbekämpfung, der Nahrungsmittel- und der Gesundheitsversorgung, einen weiteren Schwerpunkt der luxemburgischen Entwicklungshilfepolitik darstellt. So besteht die Sorge, dass viele Kinder nach dem Ende der Pandemie nicht mehr in die Schulen zurückkehren, dass die Ausbildung einer ganzen Generation auf dem Spiel steht. Lydia Mutsch (LSAP) warnte davor, dass es vor allem die Mädchen sein werden, die ihre Chance auf Bildung verlieren werden.

Wenn wir jetzt nicht handeln, drohen die Anstrengungen und die Erfolge der

vergangenen Jahre, zunichtegemacht zu werden.

Franz Fayot, Minister für Entwicklungszusammenarbeit

Wir dürfen die Hilfsorganisationen nicht einfach im Regen stehen lassen.

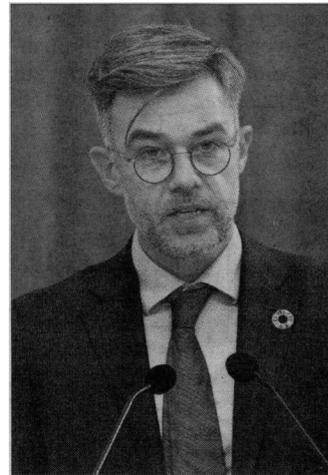
Gusty Graas (DP)

292 Millionen Euro für die Kooperationspolitik

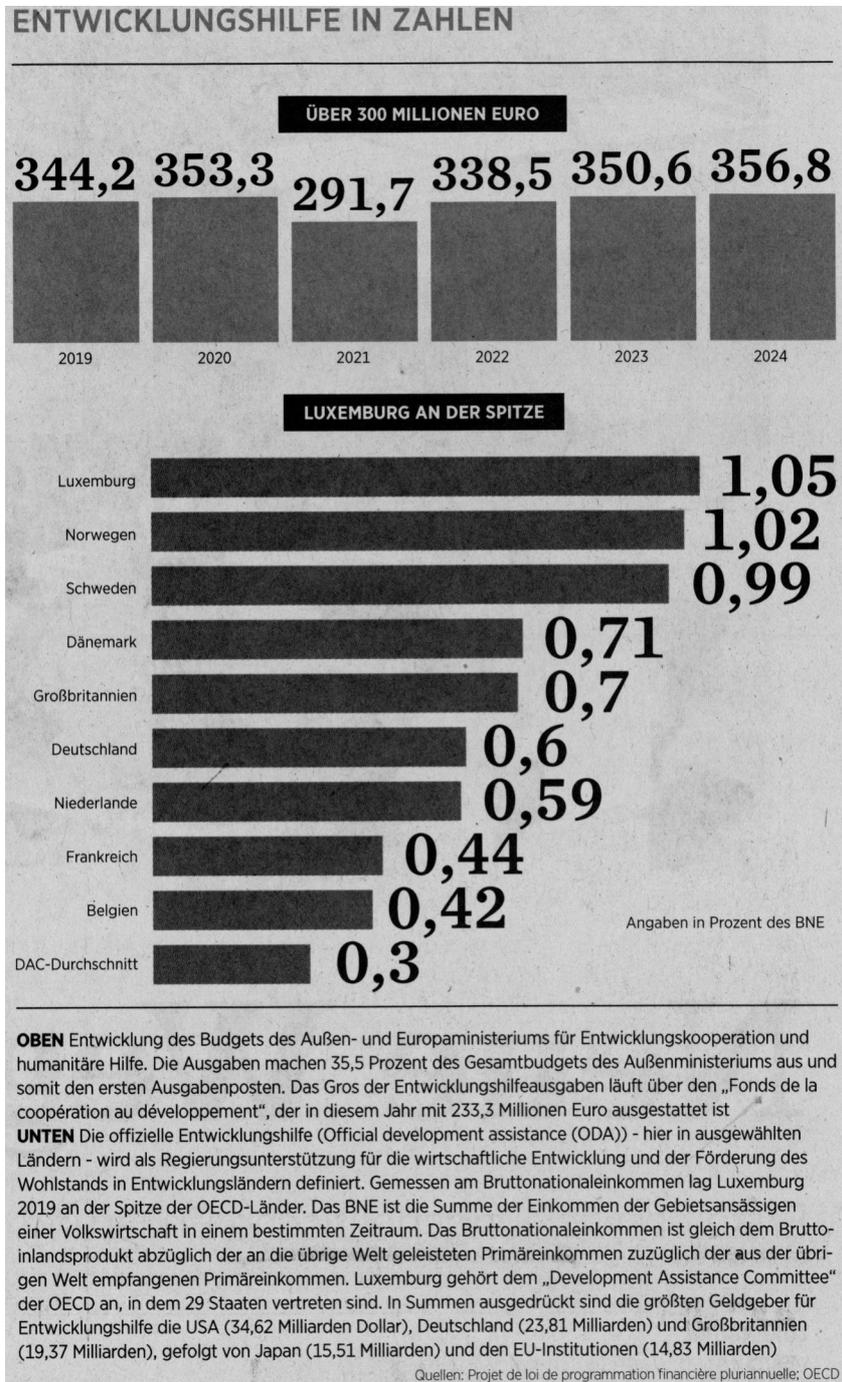
Im Haushalt für das kommende Jahr sind knapp 292 Millionen Euro für die Entwicklungshilfe vorgesehen. Somit fließen 1,5 Prozent des Staatshaushalts in die Entwicklungszusammenarbeit. Luxemburg ist eines der wenigen Länder, die weiterhin ein Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Kooperationspolitik investieren.

Das Gros der Gelder, nämlich fast 227 Millionen Euro, fließt in den Entwicklungshilfefonds, über den die einzelnen Programme und Projekte finanziert werden. Luxemburg unterstützt prioritär sieben sogenannte Partnerländer: Niger, Burkina Faso, Cabo Verde, Mali, Senegal, Nicaragua und Laos. Andere Länder werden punktuell unterstützt, wie beispielsweise die palästinensischen Gebiete. Hinzu kommt noch die humanitäre Hilfe.

Die Schwerpunkte der luxemburgischen Entwicklungshilfe liegen auf der Armutsbekämpfung, der Nahrungsmittelversorgung und der Bekämpfung des Hungers, der Gesundheit, der Wasserversorgung, der Bildung sowie auf der Gleichstellung zwischen Mann und Frau.



Franz Fayot bei seiner ersten Grundsatzrede als Entwicklungshilfeminister Foto: C. Karaba



Buchvorstellung und Grundwerte

BERLIN Jean Asselborn stellt zusammen mit Heiko Maas seine Biografie vor

Von unserem

Korrespondenten

Werner Kolhoff, Berlin

Jean Asselborn hat in Berlin zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas seine von Margaretha Kopeinig verfasste Biografie vorgestellt. Einige boshaften Bemerkungen wegen deutscher Reisewarnungen konnte sich Luxemburgs Außenminister nicht sparen.

Wer denn „merde alors!“, den Titel des Buches, mal übersetzen wolle, fragt der Moderator listig. „Na, der, der es gesagt hat“, antwortet Heiko Maas und zeigt auf Jean Asselborn. Aber auch Luxemburgs Außenminister zielt sich. „Es ist weniger drastisch, als viele denken“, sagt er nur.

Asselborn hatte die Worte 2018 Italiens Innenminister und Rechtspopulisten Matteo Salvini bei einer EU-Konferenz entgegengeschleudert. Es ging um die Flüchtlingskrise, und der Italiener hatte spöttisch gefragt, ob denn Luxemburg seine Demografieprobleme mit afrikanischen Arbeitssklaven lösen wolle. Italien bevorzuge es, Kinder zu kriegen. Asselborn nahm Salvini Maß. Noch heute kann er sich aufregen. „Das musste eben raus.“ Also „merde alors“. Frei übersetzt heißt das: „Verdammt noch mal!“

Ein Mann
der klaren Worte

Der 71-Jährige ist so etwas wie

der Lieblings-Luxemburger der Deutschen geworden, seitdem der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aus der aktiven Politik ausgeschieden ist. Oft ist er zu Gast in deutschen Talkshows. Deshalb wird die über ihn von der österreichischen Brüssel-Korrespondentin Margaretha Kopeinig verfasste Biografie in Berlin präsentiert, zusammen mit dem deutschen Amtskollegen. Asselborn, der einst als Arbeiter in einer Reifenfabrik begann und erst über den zweiten Bildungsweg Abitur machte, ist ein Mann der klaren Worte geblieben.

Bald geht es um Ungarn und Polen, und der Luxemburger sagt, die Einschränkung der Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Justiz dort seien „Flecken an der europäischen Rechtsstaatlichkeit“. Seit zehn Jahren ringe man damit, und es werde nur schlimmer. Er erregt sich regelrecht. Heiko Maas bleibt kühl. Europa müsse zusammenbleiben, nur so könne man den anderen Supermächten der Welt auf Augenhöhe begegnen. Und auch wer eine restriktive Flüchtlingspolitik wolle, gehöre zu Europa. „Aber hier werden Grundwerte der Demokratie fundamental gestört“, entgegnet Asselborn und fordert Sanktionen.

Auf Radtour
mit Steinmeier

Man merkt, dass das Verhältnis nicht so freundschaftlich ist, wie das zwischen Asselborn

und Maas' Vorgänger Frank-Walter Steinmeier. Den heutigen Bundespräsidenten trifft der Luxemburger immer noch privat, manchmal im Familienkreis. Und auch den aktuellen Berlin-Besuch nutzen die beiden am Sonntag für eine gemeinsame Radtour durch den Grunewald. Radfahren, durchaus 1.500 Kilometer durch Frankreich, durchaus auf den fast 2.000 Meter hohen Mont Ventoux, ist Asselborns Hobby. Und man sieht ihm seine Sportlichkeit auch an.

Dass Asselborn ziemlich impulsiv sein kann, hat Maas schon einmal selbst erlebt. Im August verlangte das Auswärtige Amt von dem Luxemburger vor seiner Teilnahme an einer EU-Außenministerkonferenz in Berlin einen negativen Coronatest. Dabei sei sein Land kurz zuvor wieder von der „roten Liste“ der Risikogebiete genommen worden, beklagt sich Asselborn noch heute. Damals hatte er gedroht: „Das mache ich nicht, dann komme ich nicht.“ Maas beschwichtigt: Man habe aus diplomatischen Gründen alle gleich behandeln wollen. „Vielleicht haben wir das nicht ausreichend kommuniziert.“

An dem Abend der Buchvorstellung gilt für Luxemburg wieder eine Reisewarnung. Diesmal hat Asselborn freiwillig den Test gemacht, obwohl er sich beschwert, die Infektionszahl im Großherzogtum sei nur deswegen so hoch, weil viel mehr getestet werde. Und er stichelt: „Ich habe gehört, Berlin-Mitte ist auch auf der Liste.“ Da befindet sich der Dienstsitz von Heiko Maas.

Relations internationales
Interview

Luxemburgs ewiger Außenminister

Phänomen Jean Asselborn

*Jean Asselborn vertritt seit nunmehr
16 Jahren Luxemburgs Interessen
in der Welt und ist damit der dienst-
älteste Außenminister in der EU.*

*Im Interview blickt er sowohl zurück
als auch nach vorn.*

Text: Wolf von Leipzig

„Ich glaube nicht, dass es eine Methode Asselborn gibt.“

Sie sind mit 16 Jahren im Amt der dienstälteste EU-Außenminister. Wenn Sie zurückblicken, was hat sich in dieser Zeit in der Welt geändert?

Der fundamentale Unterschied heute ist, dass Angst das Prinzip der Hoffnung ersetzt. Auch 2004 war die Welt extrem kompliziert, ein Jahr zuvor erst war der Irak-Krieg ausgebrochen. Die Welt war gespalten, was diesen Krieg anging. Doch hofften wir, dass wir den Irak mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft wieder aufbauen könnten. Auch bestand Hoffnung, die Nahost-Region zu stabilisieren. 2005 gab es einen Rückschlag, als der EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, doch dann kam der Lissabon-Vertrag. Damals bestand in Europa und im Rest der Welt die Überzeugung, dass es vorwärts geht, wenn man multilateral – also gemeinsam – handelt. Ich bin niemand, der schwarz sieht, doch heute herrscht Angst, dass alles auseinanderbricht und Europa nach dem Brexit nicht mehr das Europa ist, das wir uns vorgestellt haben. Die 27 stehen wohl zusammen, und es gibt keinen Grund zu verzagen, doch fehlt die Kraft, Situationen zu retten, die schiefgelaufen sind.

Woran machen Sie das fest?

Die Angst lähmt viel. Die internationale Zusammenarbeit und das Völkerrecht haben enorm gelitten. Nehmen wir etwa das Verhältnis zwischen den USA und Russland oder zwischen Europa und Russland. Ich habe schwere Zeiten er-

lebt, aber wir haben immer wieder einen Ausweg gefunden. Ein Beispiel: Früher war es unvorstellbar, dass ein

US-Präsident sagt, dass er nicht abtrete, wenn er die Wahlen verliere. Wenn der Präsident von Swasiland so etwas sagt, erschüttert das nicht die Welt, wenn der US-Präsident so etwas sagt, dann geht das einem schon nahe. Die großen Prinzipien der Außenpolitik basieren auch auf Recht und Gesetze im Land selbst. Wenn diese nicht mehr respektiert werden, wie soll man dann noch eine Grundlage für den Frieden in der Welt finden?

Was hat Sie 2004 bewogen, Außenminister zu werden? Weil es nach dem Amt des Premiers das prestigeträchtigste ist?

Mit dem Titel Vizepremier konnte ich nicht viel anfangen. Ich wollte Außenminister werden. Jean-Claude Juncker hatte mir ein großes Ministerium angeboten – ähnlich dem, das François Bausch heute leitet. Doch wenn man wie ich zuvor 23 Jahre Bürgermeister und 20 Jahre im Parlament war, sagt man sich, jetzt machst du etwas Neues, um motiviert zu bleiben. Daher habe ich auch ganz deutlich gesagt, wenn die Sozialisten an die Regierung kommen, dann will ich Außenminister werden.

Wie war das, als Sie damals ins kalte Wasser geworfen wurden?

Am 31. Juli 2004 bin ich Außenminister geworden und kurz darauf auf die UN-Generalversammlung im September geschickt worden. Es war nicht so, dass ich gar keine Ahnung von Politik und Außenpolitik gehabt hätte. Zuvor war ich erst Fraktions- und später auch Parteipräsident. Doch von Diplomatie

und wie man mit Diplomaten umgeht, davon habe ich ja nichts gewusst, das musste ich in einem Schnellkursus erst einmal lernen. Am Anfang ist man immens bescheiden. Die Stärke von jemandem, der so lange wie ich dabei ist, liegt darin, dass die anderen davon reden, wie es war, während ich erlebt habe, wie es war.

Jeder Politiker entwickelt mit der Zeit seinen eigenen Stil. Gibt es auch eine „Methode Asselborn“?

Bei jedem, der in der Öffentlichkeit steht und sich äußert, wird gefragt: Was ist seine Methode? Es gab sicher eine Methode Juncker und eine Methode Werner. Aber ich glaube nicht, dass es eine Methode Asselborn gibt. Erstens bin ich gar nicht so wichtig, als dass ich eine Methode bräuchte. Für mich macht es auch keinen Unterschied, ob ich Bürgermeister, Parlamentarier oder Außenminister bin. Auch Außenpolitik wird von Menschen gemacht. Es geht immer darum, der öffentlichen Sache zu dienen. In der Politik und so auch in der Außenpolitik muss man sich in die Materie eingearbeitet haben. Die ist ja immer komplex und nie schwarz-weiß. Erst wenn man eine gewisse Sicherheit erlangt hat, kann man seine Sache gut vertreten.

Kritikern zufolge drücken Sie sich oft undiplomatisch aus – so jüngst in der ARD-Sendung „Maischberger“, als Sie Österreich vorwarfen zu jodeln, statt in der Flüchtlingskrise solidarisch zu sein.

Ich glaube nicht, dass jeder das so macht, aber das war stärker als ich. Das kann man nur im Nachhinein als verletzend interpretieren. Ich hätte vielleicht besser sagen sollen, „die Regierung jodelt“ oder einfach „Österreich schaut weg“. Da kann man sagen, in der Diplomatie gehört sich das nicht, aber da spricht halt der Mensch aus mir, der ich nun mal bin, und den kann man ja nicht ändern. Ich will nicht damit verletzen. Ich muss dazu provoziert werden, sonst würde ich nicht so reagieren.

Wie sind dieses Amt und Ihr Privatleben auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen? In manchen Jahren reisen

Relations internationales

Interview

Sie mehr als 300000 Kilometer...

Meine Frau und meine Töchter wussten, was auf sie zukommt, ich habe da nicht viel erklären müssen. Wenn ich etwas mache, dann mache ich es richtig. In den zwei Jahren, in denen Luxemburg im Weltsicherheitsrat vertreten war, bin ich 17 Mal nach New York geflogen. Ich erinnere mich an Tage, an denen ich mit dem Koffer nach Hause gekommen bin und am selben Abend schon wieder gepackt habe, um am nächsten Morgen wieder fortzufliegen. Wenn die Corona-Pandemie erst einmal überstanden ist, fängt das wieder an. Momentan wird viel über Videokonferenzen gemacht, aber das ist nicht das Gleiche. Außenpolitik braucht menschlichen Kontakt.

Wie hält man das körperlich aus?

Außenminister zu sein ist physisch schon eine Herausforderung – allein schon der „Jetlag“. Doch halte ich es gut aus und stecke alles weg. Nur ohne Fahrrad würde ich das nicht schaffen. Es ist ja nicht das Radfahren allein. Es ist der Ausgleich, der Sauerstoff,

die physische Anstrengung. Und man hat Zeit nachzudenken. Oft bereite ich, unbewusst, auf dem Rad vor, was ich später sage. Und wenn man einen Berg bezwingt, gibt das einem auch eine gewisse Befriedigung.

Welche Eigenschaft oder Erfahrung kommt Ihnen in Ihrem Amt besonders zugute?

Von Nutzen ist mir vor allem gewesen, neben der Arbeit, das Abitur nachzuholen und Jura zu studieren. Ich war 27 Jahre alt, als ich das Abitur machte. Ich erinnere mich noch an die Blicke, als ich damals in die Klasse kam. Die dachten, ich wäre der Lehrer. Im dritten Studienjahr in Nancy wäre ich fast „untergegangen“, und das vierte Jahr war hart. Aber ich war damals hochmotiviert, weil ich wusste: Wenn du das nicht schaffst, dann wirst du unglücklich. So hielt ich den Rhythmus vier Stunden lernen, vier Stunden schlafen und so weiter durch. Meine Maitrise in Droit privé habe ich im Oktober 1981 gemacht. Die Gemeindewahlen in Steinfort waren drei Tage später. Nachdem ich die meisten Stimmen geholt

hatte, wurde ich am 1. Januar 1982 Bürgermeister. Der Weg dorthin war nicht leicht, aber ich habe dabei eine gewisse Zähigkeit entwickelt.

Sie wollen 2023 wieder in die Wahlen ziehen – ist das, um den Rekord zu brechen?

Nein, den Rekord von Hans-Dietrich Genscher breche ich noch davor. In der Politik ist es wie im Leben: Ich bin letztes Mal mit in die Wahlen gegangen und mit einem ansehnlichen Resultat wiedergewählt worden. Ich wüsste nicht, wie ich das vor mir selbst rechtfertigen könnte, vorzeitig aufzuhören – es sei denn, es passiert etwas, eine Regierungskrise, das akzeptiere ich selbstverständlich. Das Amt ist nicht ohne, ich könnte mir schon ein angenehmeres Leben vorstellen. Aber wenn man gewählt und vom Großherzog vereidigt worden ist, dann macht man sein Mandat zu Ende. Zudem: Wenn ein Minister ankündigt, dass er in einem Jahr aufhört, ist er eine „lahme Ente“.

Über Umwege zur Politik

Der Weg führte über Abitur und Studium bis zum Crashkurs Diplomatie.

Jean Asselborn ist ein „Quer-einsteiger“, der Abitur und Studium erst nachholte, bevor er 1982 als Bürgermeister von Steinfort einen höchst erfolgreichen Weg in die Politik einschlug. Als er 2004 Außenminister wurde, erhielt er als erstes einen „Crash-Kurs“ in Diplomatie. In sein Privatleben gestattet er nur begrenzt Einblick. Er ist verheiratet und Vater

zweier erwachsener Töchter sowie dreifacher Großvater. Er lebt gesund und trinkt wenig Alkohol. Vor allem ist er ein begeisterter Radfahrer in seiner freien Zeit. Und als sportliche Herausforderung nimmt er sich vor, einmal im Jahr den Mont Ventoux per Rad zu erklimmen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ nannte den mittlerweile 71-Jährigen vor kurzem den „Letzten Europäer“ – auch wegen seines unermüdbaren Plädoyers für europäische Solidarität, insbesondere in der Flüchtlingsfrage. Seine direkte Art macht ihn zu einem fragten

Gast in den Medien im In- und Ausland. Er gilt als „ehrlische Haut“, denn er gibt sich **nahbar und menschlich** und entspricht damit sogar nicht dem Bild des unnahbaren Diplomaten, der sich nicht in die Karten schauen lässt. Er macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und steht im Ruf, die Dinge mutig beim Namen zu nennen.

Sein **unkonventioneller Stil**, verbunden mit auch mal undiplomatischen Ausbrüchen wie das „Merde alors“, das er im September 2018 dem damaligen Innenminister Italiens, Matteo Salvini,

entgegenschleuderte, bringt ihm sowohl Sympathien als auch beißende Kritik bis hin zu Rücktrittsforderungen ein. Doch ist und bleibt Asselborn zuhause ein **Sympathieträger**: Der Sozialist schneidet bei Politmonitor-Umfragen regelmäßig als beliebtester Politiker Luxemburgs ab – zuletzt mit einer Zustimmungsrate von 85 Prozent.

Bei aller Verschiedenheit wie etwa im Temperament bestehen auffallend viele Gemeinsamkeiten mit seinem jahrzehntelangen Weggefährten und Widerpart Jean-Claude Juncker. Beide sind **moderne Politiker mit sozialer Ader**:

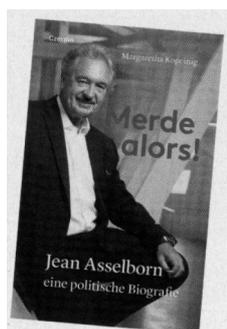
volksnah und gelegentlich auch temperamentvoll. Und so wie Juncker in Luxemburg den Rekord als Premier innehält, so hat Asselborn den **Rekord als Außenminister** aufgestellt.

2023 will Jean Asselborn wieder in die **Wahlen** ziehen. Dann hat er Chancen, die einzigen zwei Amtskollegen, die bisher länger gedient haben als er, den Russen Sergej Lawrow und den Turkmenen Raschid Meredow, als dienstältester Außenminister der Welt abzulösen.

Buchtipps

Die österreichische Journalistin Margaretha Kopeinig, auch Autorin einer Biografie über Jean-Claude Juncker, hat Asselborn eine Hommage gewidmet. Darin attestiert sie ihm hohe Glaubwürdigkeit, getragen davon, „dass Überzeugungen und Werte ihm wichtigste Handlungsmaxime sind“. Vor allem würdigt sie Asselborns Einsatz für Flüchtlinge und politisch Verfolgte und zitiert seine Maxime: „In der Migrationsfrage entscheidet sich, was Europa tatsächlich ausmacht.“

„**Merde alors! Jean-Asselborn – eine politische Biografie**“, von Margaretha Kopeinig, Czernin Verlag 2020, ISBN 978-3-7076-0711-6, Preis rund 25 Euro.



Union Européenne

Blaupause für den Euro

Heute vor 50 Jahren wurde der Werner-Plan vorgestellt

Von Thomas Klein

Als Yves Mersch, damals Präsident der Banque centrale du Luxembourg, 2002 die ersten Euro-Banknoten in der Hand hielt, ging er damit sofort zum früheren Premierminister Pierre Werner. Der 88-jährige Werner war seit einem schweren Schlaganfall kaum noch in der Lage, sich mitzuteilen. „Aber als er den Fünfhundert-Euro-Schein sah, den ich ihm zeigte, ergriff er meine Hand und drückte sie. Er hatte Tränen in den Augen. Für mich war das ein Beweis dafür, dass er immer noch verstand, was geschah, und ich war froh, dass er noch miterleben konnte, dass physische Euro-Banknoten ausgegeben wurden“, erinnert sich Mersch. Wenige Monate, nachdem eines der zentralen Projekte seines Lebens doch noch verwirklicht wurde, verstarb Pierre Werner am 24. Juni 2002.

Bereits im November 1961 hatte der Luxemburger Politiker zum ersten Mal die Einführung eines gemeinsamen europäischen Buchgeldes gefordert, das er „Euror“ nennen wollte. Danach blieb eine gemeinsame Währungspolitik als ein Pfeiler der europäischen Integration eines der zentralen Themen für Werner, wie er immer wieder in Vorträgen und Gastbeiträgen betonte.

Ende der 1960er-Jahre wurde zunehmend deutlich, dass das bestehende Bretton-Woods-System mit seinen starren Wechselkursen nicht mehr die ökonomischen Realität abbildete. Auf der einen Seite stand ein überbewerteter Franc, auf der anderen eine unterbewertete Deutsche Mark. Darüber hinaus hingen Europas Währungen in erster Linie von der Entwicklung des US-Dollars ab.

Daher beschlossen die Regierungschefs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Vorläufers der Europäischen Union, einen Plan auszuarbeiten, um eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten.

Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion

Dazu wurde ein Sachverständigenausschuss unter der Leitung von Pierre Werner gebildet, der im März 1970 seine Arbeit aufnahm. Dass Werner, der zu diesem Zeit-

punkt bereits seit zehn Jahren an der Spitze der Luxemburger Regierung stand, als der Vorsitzende des Ausschusses bestimmt wurde, lag nicht nur an seinem Engagement für eine stärkere Kooperation in Währungsfragen, sondern auch an seiner Persönlichkeit. „Ich habe Pierre Werner als einen Menschen mit einer großen Vision wahrgenommen, der gleichzeitig unprätentiös auftrat. Er konnte selbst zurückstehen, um das große Ganze voranzubringen“, erklärt Yves Mersch. „Er verlor nie den Blick auf die mittlere und lange Frist. Und er hatte den Ruf, gut darin zu sein, Kompromisse zu finden. Das machte ihn zu einem exzellenten Vorsitzenden der Arbeitsgruppe.“ Darüber hinaus war es nicht unwichtig, dass er als Vertreter des damals kleinsten Mitgliedsstaates glaubhaft die Rolle des „ehrlichen Maklers“ zwischen den Interessen der größeren Länder spielen konnte.

So standen sich in der Frage, wie eine Wirtschafts- und Währungsunion am besten umzusetzen sei, die Ökonomen mit Deutschland, den Niederlanden und Italien auf der einen Seite und die Monetaristen mit Frankreich und Belgien auf der anderen Seite gegenüber. „Die sogenannten Monetaristen wollten zunächst die Wechselkurse zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten verbindlich und dauerhaft festlegen. Sie versuchten, so lange wie möglich zu vermeiden, dass einzelstaatliche Kompetenzen eingeschränkt wurden, auch wenn das bedeutete, Stabilitätsverluste hinzunehmen“, erklärt Yves Mersch. „Die sogenannten Ökonomen hingegen, wollten damit beginnen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik verbindlich zu koordinieren und erst dann Wechselkursparität unwiderruflich festschreiben. Ihre Sorge war, einzelne Mitgliedstaaten könnten Wachstum über Inflation finanzieren und so die Geldwertstabilität der gesamten Gemeinschaft gefährden, wenn nicht zunächst Wirtschafts- und Finanzpolitik konvergierten.“

Nach elf Plenarsitzungen und mehreren Treffen fand die Werner Gruppe in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1970 schließlich einen Kompromiss zwischen

den beiden Lagern. Wie so oft in internationalen Beziehungen, versuchte man, die beiden entgegengesetzten Positionen zu vereinen, indem man sich zunächst auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigte und darauf, die übrigen Themen später anzugehen, so Mersch.

„Der Werner-Bericht ist ein Stufenplan. Die erste Stufe hin zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sah lediglich vor, Wirtschafts- und Finanz- und Geldpolitik lose zu koordinieren. Die zweite und dritte Stufe wurden nur generell umrissen, ohne konkreten Zeitplan“, sagt Yves Mersch.

Gemischtes Echo auf die Veröffentlichung des Berichts

Dennoch erwarteten die Autoren des Reports, dass innerhalb von zehn Jahren, also bis etwa 1980, das finale Ziel ihrer Vision von der Wirtschafts- und Währungsunion erreicht werde, erklärt Loukas Tsoukalis von der Paris School of International Affairs. „Der Plan sah unwiderrufliche fixe Wechselkurse und vorzugsweise, aber nicht zwangsläufig, eine gemeinsame Währung, sowie einen freien Kapitalverkehr vor“, sagt Tsoukalis. „Die Komitee machte darüber hinaus von Anfang an deutlich, dass eine Wirtschafts- und Währungsunion für die Mitgliedsländer auch einen Transfer von Souveränität bedeuten würde. Entsprechend traf der Bericht nach der Veröffentlichung auf ein gemischtes Echo. Zwar bezeichnete der damalige deutsche Bundeskanzler, Brandt, den Plan als neue „Magna Carta“ der Europäischen Gemeinschaft. Der französische Präsident Pompidou versuchte einerseits den Rahmen zu erweitern und die Themenfelder Vertiefung und Erweiterung im Zusammenhang mit dem Plan zu diskutieren, aber gleichzeitig nicht zu viel Souveränität auf die europäische Ebene zu übertragen.“

Daneben war die geopolitische Gesamtlage nicht gerade günstig, um ein Mammutprojekt wie eine Wirtschafts- und Währungsunion ernsthaft anzugehen. So kam es 1973 zum endgültigen Ende des Bretton Woods-Systems, als die Bindung der europäischen Währungen an den US-Dollar-Kurs wegen des hohen Leistungsbilanzdefizits der USA nicht mehr zu hal-

ten war. Daneben sorgte der Ölpreisschock von 1973 für einen starken Wirtschaftseinbruch und einen Anstieg der Inflation in Westeuropa. „Entsprechend gestaltete sich die Umsetzung des Plans. Von der Vision eines Integrationsprojekts mit politischem Anspruch blieb zunächst nur die Einigung auf eher lose monetäre Kooperation und ökonomische Koordination innerhalb der Gemeinschaft übrig“, so Yves Mersch.

Obwohl der Werner-Report kurzfristig nur wenige konkrete politische Maßnahmen nach sich zog, gilt er vielen als Blaupause für die Wirtschafts- und Währungsunion. Der Delors-Plan von 1989 und der Maastrichter Vertrag, die schließlich den Weg zur Währungsunion wiesen, greift wesentliche Elemente des Werner-Berichts auf. „Tatsächlich hat sich die Währungsunion – so wie von Werner vorgezeichnet – schrittweise weiterentwickelt hin auch zu einer vertieften Wirtschaftsunion, wenn auch sehr viel langsamer als in Werners Vorstellung. Der Optimismus zur Zeit der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag, an denen ich ja auch beteiligt war, dass der Binnenmarkt die stärkere Konvergenz und Integration allein bringen wird, hat sich nicht voll be-

Union Européenne

stätigt“, so Yves Mersch. Ein Bereich, in dem die tatsächliche Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsreform der Vision der Werner-Vorschläge hinterherhinkt, ist die Koordinierung der Währungspolitik auf verschiedenen Ebenen. „Es fehlt die Symmetrie, die sie in föderalen Staaten vorfinden. In den USA koordiniert die Zentralbank ihre Aktivitäten mit der Treasury. Das ist wichtig, gerade wenn die Zentralbanken wie in der Finanzkrise eine herausgehobene

Rolle spielen. Dieses Element fehlt hier“, sagt Ramon Marimon, Inhaber des Pierre-Werner-Lehrstuhls am European University Institute.

Eines der Elemente, die Werner als zentral für das Gelingen der Währungsunion angesehen hat, ist eine stärkere politische Union. „Hier gibt es noch einiges zu tun. Wenn wir Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern, muss das mit einer weiteren politischen Integration und mit demokratischer Rechenschaftspflicht

einhergehen. So kann demokratische Beteiligung auf nationaler Ebene nicht einfach durch eine indirekte Beteiligung auf EU-Ebene ersetzt werden“, so Mersch. „Es gilt, weiter an der Ausgestaltung zu arbeiten. In den vergangenen zehn Jahren haben wir als weitere wichtige Schritte etwa die Einführung der Rettungsschirme als Reaktion auf die Finanzkrise gesehen.“

Pierre Werner konnte selbst zurückstehen, um das große Ganze voranzubringen.

Yves Mersch

Es fehlt die Symmetrie, die man in föderalen Staaten vorfindet.

Ramon Marimon

Vater des modernen Luxemburg

Pierre Werner (1913-2002) gilt als einer der intellektuellen Väter der europäischen Währungsunion. Gleichzeitig hat er die Politik Luxemburgs nach dem Krieg geprägt wie kaum ein anderer und war an zahlreichen Entscheidungen beteiligt, die bis in die Gegenwart fortwirken. Er studierte an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Paris sowie an der École libre des sciences politiques. 1938 promovierte er in den Rechtswissenschaften. Der tiefgläubige Werner war Mitglied der „Pax Romana“, der Internationalen Bewegung katholischer Intellektueller, deren Vizepräsident er 1937 wurde. Seine Karriere als Anwalt startete er bei der Banque Générale de Luxembourg (BGL). Während der deutschen Besatzung fertigte er 1942 eine Analyse über die luxemburgische Finanzsituation an, die er mithilfe der französischen Résistance an die Exilregierung in London übermittelte. Nach der Befreiung wurde Werner ein Attaché im Finanzministerium. In dieser Funktion wurde er 1945 damit beauftragt, Ideen für die Neuorganisation des luxemburger Bankensystems auszuarbeiten. Anschließend wurde er zum Bankkommissar ernannt. In dieser Funktion war Werner am Wiederaufbau der Infrastruktur der luxemburger Finanzwirtschaft beteiligt, unter anderem an der Wiederbelebung der wichtigsten luxemburgischen Staatsbank, der Banque et Caisse d'Épargne de l'État. Er

vertrat Luxemburg bei internationalen Verhandlungen. 1947 sicherte Werner ein Darlehen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Höhe von 12,7 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau Luxemburgs. Im Kabinett von Joseph Bech wurde er Finanzminister und schließlich nach den Wahlen 1959 Premierminister. Diese Position bekleidete er - mit einer Unterbrechung zwischen 1974 und 1979 - bis 1984 in verschiedenen CSV-Regierungen, oft in Verbindung mit dem Amt des Finanzministers. In seiner langen politischen Karriere stellte er einige wichtige Weichen für die Diversifizierung der luxemburger Wirtschaft weg von der Konzentration auf die Stahlindustrie. So prägte er nicht nur die Entwicklung Luxemburgs als international anerkanntes Finanzzentrum. Vielmehr fiel in seine Regierungszeit auch die Entwicklung des Europaviertels in Kirchberg und die Ansiedlung wichtiger europäischer Institutionen. Daneben trieb er das luxemburgische Satellitenprojekt voran. Die beiden späteren Premierminister und EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer und Jean-Claude Juncker gelten als die politischen Ziehsohne Werners. 1984 zog sich Werner aus der aktiven Politik zurück und arbeitete unter anderem an der Denkfabrik ECU-Institut in Lyon weiter am Traum der gemeinsamen europäischen Währung. Pierre Werner verstarb am 24. Juni 2002 in Luxemburg.

Der Blick nach vorne

Der Weg zur vollständigen Integration der EU ist weit

Die Veröffentlichung des Werner-Plans ist nicht der einzige Jahrestag, den die Europäische Union am 8. Oktober begeht. Heute vor zehn Jahren erblickte auch der Europäische Stabilitätsmechanismus das Licht der Welt. Das Zusammenfallen dieser beiden Meilensteine der Europäischen Einigung zeigt zwei Sachen auf: Zum einen dauert der Prozess der Integration länger, als die meisten seiner Architekten gehofft haben. Und zum anderen sind oft fundamentale Krisen notwendig, um den Prozess voranzutreiben. Ähnlich wie die Finanzkrise

viele Mitglieder der Eurozone in solche Finanznöte brachte, dass ein permanenter Rettungsfonds ins Leben gerufen wurde, führt in diesem Jahr die Corona-Pandemie dazu, dass die Europäische Union erstmals gemeinsam Schulden aufnimmt, die sogenannte Aufbau- und Resilienzfazilität.

Hausaufgaben für die EU

Beobachter, die sich in diesen Tagen mit dem Erbe des Werner-Plans befassen, stellen fest, dass es noch ein weiter Weg ist, bis das Zusammenspiel aus monetärer, finanzieller, wirtschaftlicher und politi-

scher Union erreicht ist, das der Luxemburger Premier als das Endziel der Integration gesehen hat. „In mancherlei Hinsicht haben wir ihn im Stich gelassen. Bezogen auf seinen Standpunkt, haben wir heute noch ein 'Work in Progress'“, sagte Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, diese Woche bei einer virtuellen Diskussionsrunde des Bridge Forum anlässlich des Jubiläums des Werner-Reports. „Die Europäischen Märkte sind eindeutig noch nicht ausreichend integriert. Deswegen absorbieren die europäischen Finanzmärkte externe Schocks auch schlechter als die amerikanischen“, beschreibt Lagarde die Hausaufgaben, die die Europäische

Union immer noch zu machen hat. „Zweitens werden die Haushaltspolitiken (der Mitgliedsländer) nur lose koordiniert und tendieren dazu, prozyklisch zu sein“. Daneben habe Werner die volle finanzielle Integration verlangt. „Wir wissen, dass wir Fortschritte bei der Bankenunion machen und die Kapitalmarktunion abschließen müssen“, so die EZB-Präsidentin. Daneben zeigt sich Lagarde zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten in der Corona-Krise und die Schaffung der Aufbau- und Resilienzfazilität ein weiterer Schritt in Richtung einer politischen Union mit gemeinsamen Institutionen sein könnte. *ThK*

Der Blick zurück

Eine Konferenz an der Uni ehrt die Vision Werners

„In Zeiten der Unsicherheit für die EU lohnt sich der Blick zurück in die Geschichte“, sagt Andreas Fickers in seiner Eröffnungsansprache der viertägigen Konferenz, die die Universität Luxemburg veranstaltet, um das fünfzigste Jubiläum der Veröffentlichung des Werner Plans zu feiern. Der Direktor des „Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History“ erinnert daran, dass politische und historische Prozesse niemals vorgezeichnet und immer ergebnisoffen sind. „Nichts was heute erreicht ist, kann in der Zukunft als selbstverständlich gel-

ten.“

Erfolg nie gesichert

Die Kernbotschaft, die darin steckt ist wohl die, dass auch wenn ein großer Teil der Vision Pierre Werners von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Wirklichkeit wurde, ihr Erfolg zu keinem Zeitpunkt zwangsläufig war. Ebenso ist keineswegs sicher, dass Europa weiterhin den Weg zu mehr Einigung beschreitet und nicht wieder zurückfällt in Nationalismus und Kleinstaaterei. Die Referenten der Veranstaltung, an der auch Großherzog Henri und

Finanzminister Pierre Gramegna teilnahmen, wagten den Blick zurück auf die Persönlichkeit Pierre Werners und seinen Entwurf für eine Wirtschafts- und Währungsunion. „Wenn man den Text des Reports heute liest, ist man beeindruckt, wie weitsichtig das war. Die Probleme, die sie damals vorausgesehen haben, sind die gleichen, die uns heute beschäftigen“, sagt Ramon Marimon, Inhaber des Pierre Werner Lehrstuhls am European University Institute. Gramegna betonte die Wichtigkeit von Werners europäischer Vision für Luxemburg. „Europa ist zentral für unsere Existenz, zentral für unsere Wirtschaft“, so der Wirtschaftsminister. ThK



Uni-Präsident Stéphane Pallage, Großherzog Henri und Finanzminister Pierre Gramegna (von links nach rechts). Foto: Anouk Antony



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Entwicklung des Bruttoinlandproduktes **5,8 Prozent** im Rückwärtsgang

In seinem Konjunkturflash von September 2020, der Anfang der Woche veröffentlicht wurde, hält das statistische Amt fest, dass das Bruttoinlandprodukt in Luxemburg im zweiten Trimester dieses Jahres um 7,2 Prozent zurückging. Es ist dies die größte Abwärtsbewegung, die innerhalb eines Trimesters gemessen wurde

seit es dazu Angaben gibt.

Bereits im ersten Trimester dieses Jahres war das BIP wegen der Gesundheitskrise um 1,4 Prozent im Vergleich zum 4. Trimester 2019 rückläufig. Damit befand sich Luxemburg nach zwei Trimester in der Rezession, welche sich im dritten Trimester aber nicht verlängern dürfte, da es angesichts der Lockerung der Maßnahmen zur

Eindämmung des Coronavirus wirtschaftlich quasi mechanisch bis zu einem gewissen Punkt wieder bergauf geht.

In seinen makroökonomischen Projektionen für die Jahre 2020 bis 2024, welche Ende August 2020 abgeschlossen wurden, war das statistische Amt noch von einem Rückgang des BIP von 6 Prozent für dieses Jahr ausgegangen, eine Prognose, die inzwischen aber auf 5,8 Prozent korrigiert wurde.

Auch wenn es im dritten Trimester wieder aufwärts ging, bleibt die weitere Entwicklung ungewiss, da die Zahl der In-

fektionen gegenwärtig deutlich im Steigen ist, und derzeit nicht abzusehen ist, ob das erneut zu größeren Einschränkungen bei den wirtschaftlichen Tätigkeiten führen wird.

Fest steht jedenfalls, dass zu einem Zeitpunkt, da immer noch mehr als 20.000 Lohnabhängige kurzarbeiten, eine Reihe Unternehmen die Covidkrise als Vorwand nehmen, um Rationalisierungs- und Abbaupläne, die lange vor der Gesundheitskrise erstellt wurden, umzusetzen und Hunderte von Arbeitsplätzen abzubauen.

A.R.

Auch Luxemburg will zum Mond

Kooperation mit der „Artemis“-Mission der USA

Von Marlene Brey

Luxemburg gehört seit dieser Woche einem exklusiven Club an. Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) hat am Dienstag ein Abkommen zur Zusammenarbeit zwischen der Luxembourg Space Agency LSA und der US-Weltraumbehörde NASA unterzeichnet, wie er am Mittwoch auf einer Pressekonferenz mitteilte. Damit ist es offiziell: Die LSA unterstützt die NASA bei der kommenden Mondmission „Artemis“.

Das Ziel der Mission ist langfristig angelegt. Bis 2024 sollen die erste Frau und der nächste Mann die Mondoberfläche betreten. Ab dem Jahr 2028 soll es eine Basis auf dem Mond geben. „Das ist ein Programm, das seinesgleichen sucht“, sagte Fayot am Mittwoch dazu. Aber bis dahin ist es noch ein langer Weg. Das Artemis-Abkommen soll die internationale Zusammenarbeit auf diesem Weg strukturieren.

Space Nation

Exklusiv ist der Club, wie Fayot selbst betonte, weil bisher erst sieben Staaten dieses Abkommen mit den USA unterzeichnet haben und damit zu den Gründungsmitgliedern zählen. Das Vereinigte Königreich, Australien, Kanada, Italien, Japan und die Vereinigten Arabischen Emirate gehören ebenfalls zu diesen ersten Unterzeichnern.

Das Luxemburg als kleiner

Partner mit an Bord ist, begründet der Wirtschaftsminister mit den Anstrengungen und Erfahrungen der letzten Jahre. „Mit der 2016 gestarteten Initiative SpaceResources.lu war die Strategie Luxemburgs immer darauf ausgerichtet, den Raumfahrtsektor zu stärken und die Schaffung eines gesunden Weltraum-Ökosystems zu fördern“, erklärte Fayot. „Und zwar durch konkrete Aktionen und Maßnahmen in den Bereichen Regulierung, Bildung, Forschung, Innovation und langfristige Finanzierung.“ Nun kommt mit der Unterzeichnung des Artemis-Abkommens immerhin formal ein weiterer konkreter Schritt hinzu. Welche Rolle die Luxemburger Raumfahrtbehörde in Zukunft spielen kann, wird sich dagegen erst in den kommenden Monaten zeigen.

Spielregeln für Space Resources

Marc Serres, CEO der Luxembourg Space Agency, bezeichnete das Artemis-Abkommen als „wichtige politische Botschaft für alle Parteien, die unterschrieben haben“. Um die eigene Rolle zu definieren, sei es noch zu früh. „Wir werden konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen des Artemis-Programms sondieren“, bestätigte auch Fayot. Dennoch ist die Stoßrichtung allen Beteiligten klar: Luxemburg sieht in dem Programm vor allem eine Chance, den Bereich „Space

Resources“ weiterzuentwickeln. „Wir sind überzeugt, dass die Artemis-Vereinbarungen zu einem wertvollen Wissensaustausch und technischen Verständnis der Schlüsselfragen führen wird“, so Fayot. Und in dieser Hinsicht bietet das Abkommen sogar Maßgaben schwarz auf weiß. In der Sektion zehn des Abkommens werden „Space Resources“ als eigener Punkt aufgeführt. Die LSA fasst diesen Aspekt so zusammen: „Die Gewinnung und Nutzung von Weltraumressourcen ist der Schlüssel zu einer sicheren und nachhaltigen Exploration und die Unterzeichner des Artemis-Abkommens sind sich einig, dass solche Aktivitäten in Übereinstimmung mit dem Weltraumvertrag durchgeführt werden können und werden.“ Der Abbau ist damit also grundsätzlich möglich. „Dieser Paragraph ist der wichtigste für Luxemburg“, betont Serres von der LSA. „Wer das unterschreibt, bestätigt die wichtige Rolle, die Space Resources in der Zukunft spielen werden.“ Serres unterscheidet die Mission in zwei Phasen. Während die USA ihre Astronauten auf dem Mond sehen wollen, werde Luxemburg in der ersten Phase wahrscheinlich noch keine tragende Rolle spielen. Das ändere sich in der zweiten Phase, wenn es die Basis auf dem Mond gibt. Dann kommen nicht nur Space Resources eine wichtige Rolle zu, sondern auch Mobilität, Robotik oder die

Gewinnung von Energie. „Diese vier Pisten haben wir für Luxemburg identifiziert“, erklärte Serres.

Der Mond ist erst der Anfang

Der Titel des Abkommens, das Luxemburg diese Woche unterzeichnet hat, lautet: „Das Artemis-Abkommen – Prinzipien für die Kooperation in der zivilen Erkundung und Nutzung von Mond, Mars, Kometen und Asteroiden für friedliche Zwecke“. Dabei handelt es sich nicht um einen rechtlich bindenden Vertrag, sondern um eine Leitlinie. Es liest sich wie ein Grundsatzabkommen, das über die Mondmission Artemis hinausgeht. Die Macher haben viel vor: „Artemis wird das breiteste und vielfältigste internationale Programm zur Erforschung des Weltraums durch den Menschen in der Geschichte sein, und die Artemis-Vereinbarungen sind das Vehikel, das diese einzigartige globale Koalition begründen wird“, sagte NASA-Administrator Jim Bridenstine.

Ob sich all die Pläne durchführen lassen, wird sich noch zeigen. In den 1960er-Jahren gelangten US-Astronauten bereits im Rahmen des Apollo-Programms auf den Mond. Aber während die NASA damals phasenweise über mehr als vier Prozent des US-Haushalts verfügte, ist es heute nicht einmal ein halbes Prozent.

● **Der Paragraph über Space Resources ist der wichtigste für Luxemburg.**

Fit4Start startet in die zehnte Runde

Wirtschaftsministerium und Luxinnovation fördern seit fünf Jahren innovative Start-ups

Von Nadia Di Pillo

Wirtschaftsminister Franz Fayot und die Geschäftsführerin der Agentur Luxinnovation, Sasha Baillie, gaben gestern die Namen der 20 Start-ups bekannt, die für die 10. Ausgabe des Fit4Start-Programms ausgewählt wurden. Für diese zehnte Runde haben sich 476 Start-ups aus 60 Ländern nach der im Sommer veröffentlichten Ausschreibung beworben. 79 Start-ups stellten ihre Bewerbungen einer Expertenjury vor, die Sessions fanden Anfang Oktober statt. Zehn arbeiten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT), fünf im Bereich Healthtech und fünf im Bereich der Raumfahrt. Die ausgewählten Unternehmen kommen aus elf verschiedenen Ländern, darunter zwei aus Asien.

Die 20 ausgewählten Start-ups sind: Im ICT-Bereich: Ceasy, CleverYak, Cybavo, Emohack, iRoboInvest, Kidola, Re(D)scue, SM Cloud, TiQuest, Zetako

Im HealthTech-Bereich: Meracle pte, MyelinH, Organo Therapeutics, PatchAi, Wavy Assistant

Im Space-Bereich: Numer8, Okapi:Orbits, ReOrbit:AB, Spin, Vingineers

Das Programm Fit4Start ist ein

viermonatiges Beschleunigungsprogramm für luxemburgische und internationale Start-up-Unternehmen, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Gesundheitstechnologien und dem Raumfahrtsektor tätig sind. Die Teilnehmer erhalten Fördermittel von bis zu 150 000 Euro sowie ein personalisiertes Coaching, um ein Angebot im luxemburgischen Markt einzuführen und es anschließend von Luxemburg aus in Europa zu etablieren.

Die Unternehmen müssen sich in der Gründungsphase befinden oder weniger als fünf Jahre vor Programmbeginn in Luxemburg gegründet worden sein. Andere Bedingungen müssen erfüllt sein: Das Unternehmensprojekt muss innovativ sein oder sich von anderen Projekten auf dem Markt abheben. Mindestens ein Teammitglied muss Vollzeit am Projekt arbeiten. Das Team muss regelmäßige Fortschrittsberichte vorlegen. Und: Das Unternehmen muss über ein Mindeststammkapital von 10 000 Euro verfügen, das vollständig als Bareinlage einzubringen ist.

Luxemburger Start-up-Ökosystem wird reifer

Zehn Ausgaben wurden seit 2015 organisiert, mehr als 1 800 Start-ups haben sich in den vergangenen fünf Jahren beworben, 78 haben an den verschiedenen Coaching-Sitzungen teilgenommen und 56 das Programm abgeschlossen. Die Start-ups, die an den ersten neun Ausgaben teilgenommen haben, haben seit ihrer Gründung insgesamt mehr als 15,2 Millionen Euro von privaten Investoren eingesammelt.

Nach fünf Jahren zieht Wirtschaftsminister Franz Fayot eine positive Bilanz: „Wir sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis.“ Das wachsende internationale Interesse an Fit4Start zeige sowohl die Relevanz als auch die Bedeutung des Programms für das Gründer-Ökosystem. „Das Programm setzt uns auf die internationale Landkarte der Start-ups und zeigt, dass wir in Luxemburg sowohl für nationale als auch für internationale Gründer attraktiv sind.“

„Fit4Start hat einen immer größeren Erfolg“, freut sich auch Sasha Baillie. „Die Bemühungen zeigen jetzt sehr konkrete Ergebnisse, die dazu führen, dass das Luxemburger Start-up-Ökosystem reifer wird.“

Der rote Teppich

Wie Luxemburg um ausländische Unternehmen und Investoren wirbt

Von Nadia di Pillo und Mara Bilo

Gezielt, wirksam und nachhaltig – die neue nationale Strategie zur Wirtschaftsförderung kündigte sich bei ihrer Vorstellung im Jahr 2017 vielversprechend an. Seitdem sind zwar nur drei Jahre vergangen, aber nach dem „Fage“-Fiasco ist die Organisation des Empfanges ausländischer Unternehmen und Investoren hierzulande wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Was ist also seit der Vorstellung der nationalen Strategie zur Wirtschaftsförderung passiert?

Die nationale Wirtschaftsförderung wird durch das sogenannte „Trade and Investment Board“ (TIB) organisiert. Vertreten sind dort alle Ministerien, die sich direkt oder indirekt mit der Wirtschaftsförderung des Landes beschäftigen, die Promotionsagentur Luxinnovation, die Industriellenvereinigung Fedil, die Handelskammer und die Handwerkskammer. Zwei Mal im Jahr wird dort auf höchstem Niveau über die Richtlinien der nationalen Wirtschaftsförderung verhandelt. Um die Umsetzung kümmert sich dann das sogenannte „Trade & Invest Steering Committee (TISC)“, wie Daniel Da Cruz erklärt. Er leitet das Komitee im Namen des Wirtschaftsministeriums; an dieser Arbeitsgruppe, die sich etwa ein Mal im Monat trifft, nehmen Vertreter der relevanten Ministerien, von Luxinnovation und der Handelskammer teil.

Das House of Entrepreneurship der Handelskammer ist grundsätzlich die erste Anlaufstelle für Firmen, die sich in Luxemburg niederlassen wollen. Dabei handelt es sich meist um kleine bis mittlere Unternehmen, wie Tom Baumert, Chef des House of Entrepreneurship, betont; große Dossiers wie etwa Fage landen direkt auf dem Schreibtisch des Wirtschaftsministers. Obschon sich alle Firmen, die sich in Luxemburg niederlassen wollen, an das House of Entrepreneurship wenden können, werden Unternehmen aus „wirtschaftlich relevanten“ Bereichen besonders gefördert, wie es offiziell heißt.

Für Luxemburg relevante Wirtschaftsbereiche sind Informations- und Kommunikationstech-

nologien, CleanTech, HealthTech, Weltraumsektor, Logistik und Automobilsektor, so TISC-Chef Daniel Da Cruz. In Praxis werben das Wirtschaftsministerium und Luxinnovation im Ausland durch die Botschaften und die „Luxembourg Trade and Investment Offices“ (LTIO) um Unternehmen und Investoren, die in diesen Wirtschaftsbereichen tätig sind. Gelingt es ihnen, eine Firma von einem Besuch in Luxemburg zu überzeugen, wird diese durch die 2017 ins Leben gerufene und bei der House of Entrepreneurship angegliederte „Investor Care Platform“ betreut.

Aufwendige Charmeoffensive

Für diese strategischen Unternehmen wird dann der rote Teppich ausgerollt – die Firmenvertreter werden am Flughafen empfangen; für sie steht ein zwei- bis dreitägiges Programm an, das darauf abzielt, Luxemburg von der schönsten Seite zu zeigen, wie Carlo Thelen, Generaldirektor der Handelskammer, es ausdrückt. „Wir versuchen aber, ein realitätsnahes Bild zu liefern“, versichert Tom Baumert. „Es bringt nichts, beispielsweise die Situation auf dem Wohnungsmarkt oder die angespannte Verkehrslage zu verheimlichen.“ Die Unternehmen würden sich sowieso vor Ankunft über Luxemburg informieren.

„Wir wollen solche strategische Unternehmen aktiv begleiten, ihnen alle Facetten von Luxemburg zeigen“, erklärt Baumert die Strategie. Sein Team organisiert den gesamten Besuch – das reicht von Hotelreservierungen, Restaurantbuchungen und Co. bis zur Organisation von Terminen mit relevanten Firmen, mit denen Kooperationspotenzial besteht, oder Vertretern der Ministerien. „Wir klären diese Unternehmen über praktisch alle Fragen, die sie sich stellen könnten, auf“, beschreibt Tom Baumert ein typischer Besuch. Dabei geht es um sogenannte „hard facts“ – welche Behörden sind für welche Prozedur zuständig? wer sind die wichtigen Ansprechpartner? welche Auflagen werden gefragt bei einer Niederlassung im Großherzogtum? – aber auch um „soft facts“ – wo gibt es freie Büroräume? gibt es internationale

Schulen für die Kinder der Mitarbeiter? wie sieht das kulturelle Angebot aus? wie effizient ist der öffentliche Transport? – , so der Chef des House of Entrepreneurship. „Diese ‚soft facts‘ sollte man nicht unterschätzen“, meint Handelskammer-Chef Carlo Thelen. „Sie spielen eine wichtige Rolle bei der endgültigen Entscheidung, sich in Luxemburg niederzulassen.“

Nach dem Besuch sind die meisten Fragen der Firmenvertreter dann beantwortet; offene Fragen werden zu einem späteren Zeitpunkt geklärt. Zwischen dem House of Entrepreneurship und der besuchenden Firma entsteht ein regelmäßiger Austausch, der mehrere Monate dauern kann. „Es geht darum, diese Unternehmen so professionell wie möglich zu empfangen“, erklärt Baumert. „Schließlich kommen sie ja nicht zehn Mal nach Luxemburg; der erste Eindruck ist entscheidend.“

Kurze Wege

Einen solchen Empfang für Unternehmen und Investoren gibt es auch im Ausland, wie Tom Baumert erklärt. „Wir haben uns von dem Modell in den Niederlanden inspiriert.“ Nach der Erfahrung, die in den vergangenen Jahren gesammelt wurde, sei Luxemburg im internationalen Vergleich „aber sehr konkurrenzfähig“, so der Chef des House of Entrepreneurship. „Das Feedback war bislang sehr positiv.“ Viele Firmenchefs würden sich sehr beeindruckt zeigen, dass sie mit hohen Beamten und manchmal weltweit tätigen Firmen zu tun haben. „Darüber hinaus kann Luxemburg beim Thema Sicherheit punkten.“

Bislang wurden im Jahr 2018 15 solcher Besuche organisiert, im Jahr 2019 waren es 23. Im laufenden Jahr hat das House of Entrepreneurship bereits neun Visiten organisiert; durch die Corona-Pandemie wurden viele Arbeitsbesuche allerdings bis auf Weiteres verschoben. „Wir haben aber wieder angefangen, Unternehmen zu empfangen“, beteuert Tom Baumert. Zwei Besuche wurden sogar ganz digital organisiert.

Nach Angaben des House of Entrepreneurship haben sich im vergangenen Jahr Unternehmen aus der ganzen Welt für Luxemburg in-

teressiert – von Russland, Israel, Japan, Indien, USA, China bis hin zu Südkorea, Südafrika und der Türkei. Dabei war fast jede dritte Firma aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (siehe Grafik). Insgesamt könnten mit den bestehenden Mitteln maximal 60 Unternehmensempfangs pro Jahr organisiert werden.

Bei vielen Unternehmen hat sich der Einsatz bereits ausgezahlt. „Acht Unternehmen haben sich in Luxemburg niedergelassen oder sind eine strategische Partnerschaft eingegangen. Eine weitere hat uns kürzlich mitgeteilt, dass sie sich in Luxemburg ansiedeln will“, freut sich Tom Baumert. Zu den großen Erfolgsgeschichten muss die US-Firma Made in Space gezählt werden. Ein Firmenvertreter besuchte Luxemburg im März 2018, das Unternehmen wurde im Juli 2019 gegründet. „Made in Space ist nach Luxemburg gekommen, um hier einen Roboterarm zu entwickeln, der die im All erstellte Elemente zusammenbaut. Auf diese Art sollen nicht nur Fabriken für den Bau von Raumfahrzeugen entstehen, sondern auch Weltraumbahnhöfe oder Mond- und Weltraumstationen“, sagte Jason Dunn, Co-Gründer und Direktor, bei einer Pressekonferenz im September 2019.

Eine weitere Success Story ist Hanalytics. Die luxemburgische Tochtergesellschaft der singapurischen Gruppe Hanalytics wurde im Juli 2019 gegründet. „Das Unternehmen ist derzeit im House of BioHealth zu Hause“, sagt Tom Baumert. Im September 2019 wur-

de ein „Memorandum of Understanding“ zwischen dem Unternehmen und der Gruppe Hôpitaux Robert Schuman unterzeichnet; das Abkommen sieht die Einführung eines Tools zur Auswertung radiologischer Aufnahmen basierend auf Künstlicher Intelligenz (KI) namens BioMind vor.

Verbesserungsbedarf besteht

Die Erfahrung zeigt: Auf Firmen, die sich letztendlich für eine Niederlassung in Luxemburg entscheiden, warten administrative Prozeduren, die grundsätzlich – „wenn alles gut geht“ – insgesamt etwa zwei Monate dauern können. „Das gilt natürlich nur für Firmen, die nicht besondere Auflagen im Zusammenhang mit Sicherheit oder Umwelt erfüllen müssen“, kommentiert Tom Baumert. „Zwischen einem Besuch in Luxemburg und der aktuellen Niederlassung im Land können im Prinzip nur wenige Monate vergehen“, so auch Carlo Thelen. „Die Plattform wurde ja geschaffen, um die Kontaktaufnahme zu beschleunigen.“

Anfrage einer Handelsgenehmigung, Eintragung im Handelsregister, Registrierung für die Mehrwertsteuer und Anmeldung bei der Sozialversicherung – das sind die vier Schritte, die auf jedes Unternehmen mindestens zukommen. Das Problem bei der aktuellen Situation: Die Prozeduren können nicht zeitgleich eingeleitet werden. „In anderen Ländern gibt es ein Zentralorgan, das alle Dokumente aufnimmt“, weiß Tom Baumert. „Jede Behörde nimmt sich dann die Informationen, die sie braucht.“ Wie Luxemburg bei

der Dauer der Verwaltungsabläufe im internationalen Vergleich abschneidet? „Das kommt darauf an, mit welchem Land man sich vergleicht!“ In manchen Ländern sei es möglich, sich als Firma in fünf Tagen niederzulassen; in Estland seien es sogar nur zwei Tage. „Aber es gibt natürlich auch Länder in Europa, wo die Prozeduren viel aufwendiger sind“, sagt der Chef des House of Entrepreneurship.

Auch bei der Kommunikation rund um die Umweltauflagen bestehe in Luxemburg noch Verbesserungsbedarf, so Baumert. „Natürlich sollten die Umweltkriterien und der letztens viel diskutierte Nachhaltigkeitscheck im Vergleich zum Ausland nicht zu streng sein, das würde ja nur Investoren und Unternehmen abschrecken.“ Entscheidend sei allerdings vielmehr, dass Luxemburg sich transparent bei der Festlegung der Umweltauflagen zeigt – und sich auch langfristig daran hält.

Allgemein sei es wichtig, an der Professionalisierung des Empfanges von ausländischen Unternehmen und Investoren weiter zu arbeiten, lautet das Fazit von Tom Baumert. Insbesondere in Bezug auf die Schnelligkeit der Verwaltungsabläufe – deswegen schneide ja Luxemburg auch oft bei internationalen Rankings zum Businessumfeld schlecht ab. Beispiel „Doing Business Report“ der Weltbank: Bei diesem Ranking liegt Luxemburg lediglich auf Platz 72. Ein schlechtes Zeichen für Unternehmen, die derzeit auf Suche nach einem neuen Standort sind.

*Es geht darum,
die Unternehmen
so professionell
wie möglich
zu empfangen.*

Tom Baumert,
House of Entrepreneurship

*Das Ziel:
Luxemburg von
der schönsten Seite
zu zeigen.*

Carlo Thelen,
Handelskammer

Zahl des Tages

8

Nach Angaben des House of Entrepreneurship haben sich bereits acht Unternehmen, die durch die „Investment Care Platform“ betreut wurden, in Luxemburg niedergelassen.

„Firmen anziehen und im Land halten“

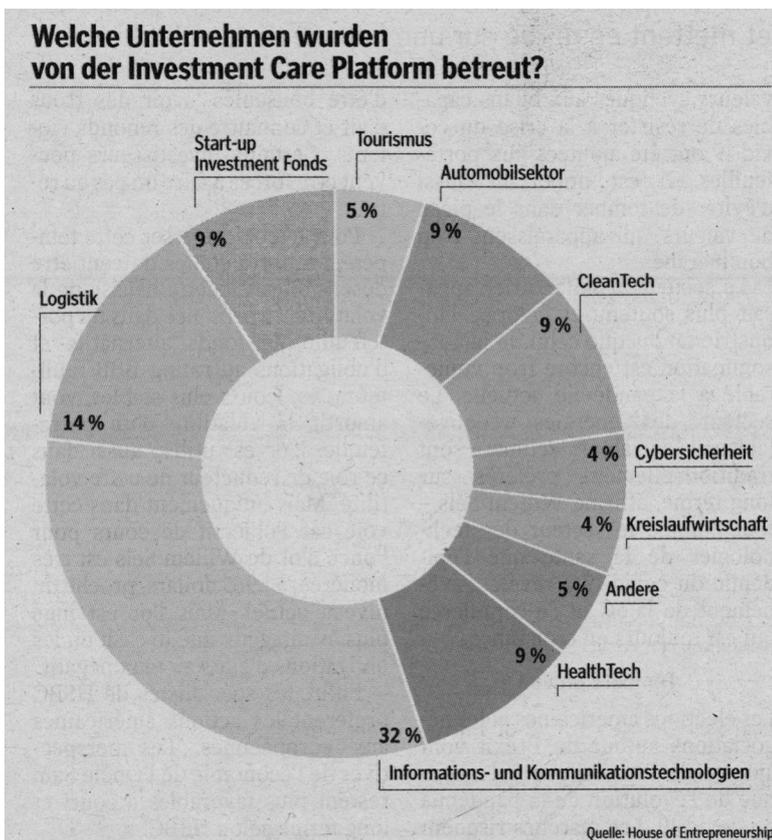
„Das Hauptproblem besteht nicht darin, Firmen anzuziehen, sondern erfolgreiche Unternehmen im Land zu halten“, meint Jérôme Grandidier, Präsident der „Fédération luxembourgeoise des start-up“ (FLSU). In Luxemburg würden aktuell immer mehr Start-ups unter einem Problem leiden, das eigentlich schon seit Jahren bekannt ist: Fehlende Finanzierung. „Viele Kleinfirmen verlassen Luxemburg, weil sie hier keine Finanzierung mehr bekommen. Es gibt nach wie vor keinen Fonds, der in Luxemburger Start-ups investiert, und es gibt keine steuerlichen Anreize für Investoren“, findet Grandidier. „Solange wir die Frage der Finanzierung nicht geklärt haben, werden wir hierzulande kein wirklich dynamisches Ökosystem haben. Da kann die Handels-

kammer so viele Besuche veranstalten, wie sie will, die Start-ups werden weiterhin Luxemburg wegen dem schlechten Finanzierungsumfeld verlassen“, sagt der FLSU-Chef. Und fügt hinzu: „Viele Start-ups zieht es in der Tat nach Luxemburg. Ihre Vertreter machen einen Besuch, sind vom Land bezaubert, und suchen sich nach wenigen Monaten dann doch noch einen anderen Standort

aus. Die erfolgreichen Start-ups, die bleiben, werden von ausländischen Firmen gekauft. Kurz gefasst: Es gelingt uns zwar, Unternehmen anzuwerben, aber nicht erfolgreiche Start-ups zu halten.“ Auch der Branchenverband „Association des professionnels de la société de l’information“ (APSI) fordert bereits seit Jahren eine bessere Förderung des ICT-Bereichs in Luxemburg und im Ausland. „Es ist

klar, dass viele Faktoren, die für Luxemburg sprechen, sich nicht einfach auf Papier zeigen lassen. Geschäftsklima, Lebensqualität, politische Stabilität – das muss natürlich selbst erlebt werden“, sagt APSI-Chef Jean Diederich. „Es ist auch richtig, potenzielle Investoren aus dem ICT-Bereich zu einem Besuch nach Luxemburg einzuladen. Allerdings hört man immer wieder von ausländischen Fir-

men, dass die Koordinierung zwischen den einzelnen Akteuren nicht optimal ist: Mal wenden sie sich an Luxinnovation, mal gehen sie zum Wirtschaftsministerium oder zur Handelskammer. Bei vielen Angeboten und institutionellen Akteuren fällt es vielen Unternehmen schwer, die richtige Anlaufstelle oder den richtigen Ansprechpartner zu finden.“



Wenn der Wohlstand am Export hängt

Vor allem kleinere Unternehmen werden zu mehr Auslandsaktivitäten aufgemuntert

Von Marco Meng

Wirtschaftsministerium und Handelskammer wollen den Export Luxemburger Betriebe fördern. Das erklärten am gestrigen Dienstag Wirtschaftsminister Franz Fayot und der Präsident der Handelskammer, Luc Frieden, im Anschluss an die gestrige Sitzung des „Trade and Investment Board“ (TIB), an der auch Grand-Duc héritier Guillaume als Ehrenvorsitzender teilnahm. Das TIB hat die Aufgabe, die Strategie zur Förderung der luxemburgischen Wirtschaft auszuarbeiten und die beteiligten Akteure zu vereinen. Dazu gehören Wirtschaftsministerium, Handelskammer, Fedil, Luxinnovation und Handwerkskammer.

Beschlossen wurde unter anderem, dass die Luxemburger Handels- und Investitionsbüros (LTIO), von denen das Großherzogtum neun weltweit betreibt, verstärkt die Internationalisierungsbemühungen Luxemburger Unternehmen unterstützen und ihnen helfen sollen, ihre Waren und Dienstleistungen in anderen Ländern anzubieten. Das könnten Wein oder Metallprodukte genauso sein wie IT-Dienstleistungen, wie Handelskammerpräsident Luc Frieden sagte. Er betonte, „dass in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen der Reflex des Rückzugs auf sich selbst die internationale Szene zu beherrschen

scheint, die Öffnung der Unternehmen nach außen für ihre Entwicklung unerlässlich bleibt.“ Internationalisierung sei ein wichtiges Element für wirtschaftlichen Aufschwung und „mehr denn je ein Schlüsselfaktor für den Erfolg von Unternehmen, mit vielfältigen Chancen.“ Zu diesem Zweck böten die Handelskammer und ihre Partner bei Trade and Invest eine Reihe von Dienstleistungen an, um Unternehmen zu unterstützen und zu motivieren, ihre Bemühungen in diesem Bereich fortzusetzen.

Künftig soll eine Person in den LTIO-Büros für die Handelsaktivitäten Luxemburger Unternehmen im jeweiligen Markt zuständig sein. In der Vergangenheit hatten sich die LTIO-Büros vor allem darum bemüht, Interessenten zu gewinnen, die in Luxemburg investieren wollen. Die Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen Luxemburger Betriebe war demgegenüber in der Vergangenheit eher vernachlässigt worden.

Luxemburger Exporte eingebrochen

Insgesamt sind wegen der aktuellen Covid-Krise die Exporte Luxemburgs drastisch zurückgegangen, wie Wirtschaftsminister Fayot erklärte: im zweiten Quartal um mehr als 20 Prozent. Im Mai und Juni haben die Waren- und Dienstleistungsausfuhren zwar leicht zugenommen, liegen aber immer

noch unter den Werten von 2019.

„Covid-19 hat einen tiefgreifenden Impact auf die Betriebe und den Export“, so Minister Fayot. „Aber unsere Wirtschaft ist exportabhängig.“ Erschwert werden Internationalisierungsbemühungen der Betriebe derzeit zum Beispiel dadurch, dass keine Messen und Ausstellungen mehr stattfinden. Solche Veranstaltungen könnten aber mit Online-Präsentationen oder digital geführten Treffen und Gesprächen teilweise kompensiert werden, so Fayot. Um vor allem kleineren Unternehmen Auslandsaktivitäten zu erleichtern und sie zu ermuntern, dazu auch digitale Werkzeuge zu nutzen, hat das Wirtschaftsministerium einen Online-Leitfaden zum digitalen Marketing für die Internationalisierung herausgegeben, der sich an luxemburgische Unternehmen jeder Größe richtet, um sie bei ihrer internationalen Strategie zu unterstützen.

Online-Marketingwerkzeug

Der Leitfaden (www.digitalguide.tradeandinvest.lu) enthält auch die Kontaktdaten der internationalen Unternehmensberater der Handelskammer und des Wirtschaftsministeriums sowie der luxemburgischen Wirtschafts- und Handelsattachés in aller Welt, einschließlich der LTIOs, von denen das jüngste, wie gestern ebenfalls mitgeteilt wurde, jetzt im marok-

kanischen Casablanca eröffnet wurde. Das Büro war auf der Wirtschaftsmission im September 2019 in Marokko angekündigt worden; der nordafrikanische Staat ist unter anderem wegen des modernen Hafens in Tanger interessant für Logistikunternehmen oder wegen seiner Digitalisierungsbemühungen für Luxemburger IT-Firmen. „Als kleines Land“, so Frieden, „ist Luxemburgs Wohlstand abhängig von unseren Verbindungen ins Ausland.“

Die Handelskammer rufe darum die Betriebe auf, digitale Möglichkeiten dazu zu nutzen, beispielsweise E-Missionen, solange keine physischen Messen stattfinden. Frieden verweist darauf, dass die Handelskammer kürzlich ein Online-Wirtschaftsseminar zur Großregion – laut Fayot ein „immer wichtiger werdender Partner“ – organisierte. Der Handelskammerpräsident betonte darüber hinaus, dass Luxemburg enorm vom europäischen Binnenmarkt profitiere und sich überall für freien und fairen Handel einsetzen und gegen jede Art von Protektionismus aussprechen müsse. Auch wenn die Covid-Krise einen Trend zu mehr Regionalität begünstige, gibt Frieden zu bedenken: „Es wäre eine Illusion zu glauben, wir könnten alles hier selbst machen.“

Die Krise hat einen tiefen Impact auf die Betriebe.

Franz Fayot, Wirtschaftsminister

Digitale Möglichkeiten zur Internationalisierung nutzen.

Luc Frieden, Handelskammerpräsident

Wirtschaftsförderung

Nach der Reform der Wirtschaftsförderung 2017 wurde das Trade and Investment Board (TIB) gegründet, das zweimal jährlich zusammentritt. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die Strategie zur Förderung der luxemburgischen Wirtschaft auszuarbeiten und die beteiligten Akteure zu vereinen. Unter dem Vorsitz des Wirtschaftsminis-

ters setzt sich das TIB aus dreizehn Mitgliedern zusammen, das sind neun Ministerien sowie die Einrichtungen Handelskammer, Industrieverband Fedil, die Agentur Luxinnovation sowie die Handwerkskammer. Das TIB beaufsichtigt ferner die Arbeit des Lenkungsausschusses für Handel und Investitionen (TISC). *MeM*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Ein Budget gegen Corona

Hohes Defizit für 2021 – Mehr Geld für Gesundheit, Wohnraum und grüne Investitionen

Luxemburg. Nachdem bereits der letzte Haushalt für das Jahr 2020 wegen der hohen Ausgaben als Rekord-Budget angesehen wurde, folgt auch für 2021 ein Haushalt, der alle Rekorde bricht. Die Prioritäten des Haushaltsentwurfs 2021 definierte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) gestern vor dem Parlament mit Investitionen in Wohnen, Nachhaltigkeit und Gesundheit. Man wolle die Fehler von 2008, als kontraproduktiv gespart wurde, nicht wiederholen. Der Finanzminister betitelte den

Haushalt als „ein Budget der Solidarität und des nachhaltigen Aufschwungs“. Die Regierung setze sich weiter für qualitatives Wachstum ein und investiere noch stärker als bereits 2020. Gramegna nach sollen die Maßnahmen und Investitionen Luxemburg helfen, schneller durch die Krise zu kommen und die Wirtschaft resilienter und nachhaltiger für die Zukunft aufzustellen. Dabei hat das Großherzogtum eine bessere Ausgangslage als andere Länder. M.K.



Pierre Gramegna (DP) präsentiert den Haushalt 2021. Dieser soll einen wirtschaftlichen Aufschwung ab 2022 ermöglichen. Foto: Guy Jallay

Nicht nachlassen

Welche Investitionen der Staat besonders hochhalten will

LUXEMBURG

Die Bestätigung des Finanzministers „jetzt, mitten in der Krise, ist nicht der Moment für eine generelle Steuerreform. Es ist auch nicht der Moment für Steuererleichterungen. Und aber schon gar nicht der Moment für Steuererhöhungen“ dürfte bei den einen Bedauern, bei den anderen Aufatmen ausgelöst haben. Für Aufatmen in der Wirtschaft sorgte die Zusicherung weiterer Unterstützung nach dem Stabilisierungspaket von rund 11,2 Milliarden Euro (oder 18,5 Prozent des BIP) in den Monaten April und Mai. 1,3 Milliarden Euro sind allein in diesem Jahr für Kurzarbeit vorgesehen, 870 Millionen wurden bislang abgerufen. Wie viel für diese Maßnahme, die ja für besonders betroffene Branchen über den 31. Dezember hinaus verlängert werden soll, 2021 bereitstehen, ist aus dem Budgetentwurf nicht herauszulesen. Fakt ist aber dass der

„Fonds pour l'emploi“ um 105 Millionen Euro aufgestockt werden soll. Rund eine Milliarde soll 2021 zur „Dynamisierung“ des Arbeitsmarkts bereitstehen.

Angehoben werden auch die Investitionen in die Spitalinfrastrukturen - die neuen Gebäude für „Centre Hospitalier“ und „Südspidol“ werden in den kommenden Jahren heftig zu Buche schlagen.

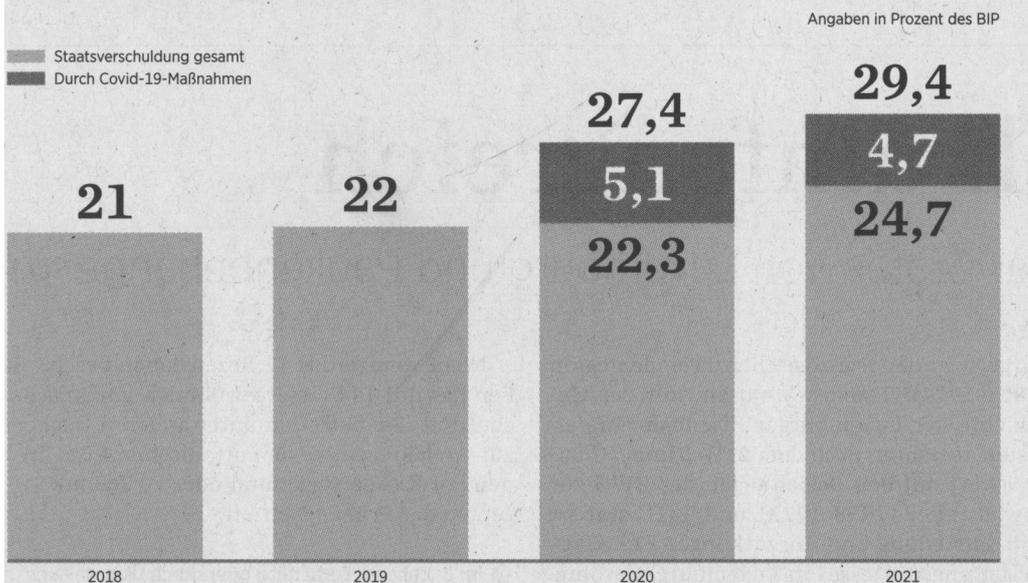
Im Kapitel Wohnungsbau fällt die Anhebung der Kredite fürs Wohnungsbauministerium um 11 Prozent auf 263 Millionen Euro auf. Damit der Staat aktiver werden kann, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gibt es bekanntlich seit dem 1. April den „Fonds de soutien au développement du logement“, der 2021 mit 141 Millionen Euro und 2024 mit 248 Millionen Euro ausgestattet sein soll. Insgesamt 2,4 Milliarden sollen zwischen 2020 und 2024 dem „Fonds du Rail“ für weitere Bahninfrastrukturen zur

Verfügung stehen. 1,1 Milliarden Euro sind 2021 für die Dekarbonisierungs-Strategie, die Steigerung der Energieeffizienz und die Forschung auf diesen Gebieten vorgesehen. Das Digitalisierungsministerium bekommt indes 17 Prozent mehr Zuwendungen im kommenden Jahr. Insgesamt investiert der Staat rund eine Milliarde Euro in Digitalisierungsprojekte zwischen 2021 und 2024.

Auch die Budgets für Innovation und Modernisierung der Unternehmen sowie für die Unterstützung der Forschung wachsen. Der staatliche Anteil am „Fonds de l'Innovation“ wird 2021 von 85 Millionen auf 120 Millionen Euro klettern. Uni und anderen Forschungseinrichtungen winken zusätzliche 22 Millionen Euro Fördergelder. Auch der Bereich „Space“ bleibe weiter eine Priorität, so Gramegna. 211 Millionen Euro sind zwischen 2021 und 2024 für die Entwicklung dieser Branche vorgesehen. Nach dem Motto: „Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht einen performanten Staat“, sieht das Budget 2021 rund tausend neue Stellen in den Verwaltungen vor. Für die Gehälter der Staatsbediensteten sind indes 2021 197,5 Millionen Euro mehr vorgesehen.

Mehr: budget.public.lu

An der 30 Prozent-Marke



Entwicklung und voraussichtliche Entwicklung der Staatsverschuldung. Sie steigt von 2019 auf 2020 von 13,9 auf 16,1 Milliarden Euro. 2021 könnte sie sich auf 18,9 Milliarden Euro belaufen

Quelle: Trésorerie/MinFin

Kampf gegen die Angst

Finanzminister Pierre Gramegna stellt „außergewöhnliches Budget für eine außergewöhnliche Zeit“ vor

Von Morgan Kuntzmann

In der Politik wird der Budgetentwurf als eine Art Regierungsprogramm in Zahlen angesehen. Um die versprochenen politischen Vorhaben umsetzen zu können, braucht man Geld. Bereits 2019 sprach man wegen der hohen Ausgaben von einem Rekordbudget.

Steigende Schulden

Die Finanzlage ist bekannt. Im Jahr 2019 betrug die Staatsverschuldung zwölf Milliarden Euro (19,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes). Die Ausgaben sind dieses Jahr um 17,7 Prozent gestiegen und die Einnahmen um 9,6 Prozent zurückgegangen. 2020 wird der Staat nach europäischer Berechnung um 4,4 Milliarden Euro mehr ausgeben als einnehmen. Luxemburgs Schulden werden 2020 krisenbedingt auf 16,2 Milliarden Euro (27,4 Prozent des BIP) steigen, einschließlich der unvorhergesehenen drei Milliarden Euro, die für die Finanzierung von Covid-Maßnahmen vorgesehen sind. 2021 wird die Staatsschuld voraussichtlich bei 18,9 Milliarden Euro liegen. Das entspricht 29,4 Prozent des BIP. Das Niveau liegt nahe der Marke von 30 Prozent des BIP, die die Regierung sich als Grenze festgelegt hat.

Finanzminister Pierre Gramegna (DP) betonte, dass es schwierig sei, in Krisenzeiten einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. „Dieses Jahr ist kein normales Jahr und 2021 wird auch kein normales Jahr werden“, unterstrich Gramegna gestern bei der Präsentation des Budgetentwurfs 2021 im Parlament.

Dem Abschwung begegnen

Wiederholt erwähnte der Finanzminister während seiner Rede, dass der Staat den wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen müsse. „Wenn das bedeutet, dass die Höhe der Schulden während ein paar Jahren um die 30-Prozent-Grenze schwankt, dann ist das eine bessere Perspektive als die eines ideologischen Austeritätsprogramms“, fügte Gramegna an.

Die Finanzrücklagen seien wegen der Haushaltsüberschüsse von 528 Millionen Euro im Jahr 2018 und 60 Millionen Euro im letzten Jahr vorhanden, so der Finanzmi-

nister. 2020 wird das Defizit Corona-bedingt fünf Milliarden betragen (8,6 Prozent des BIP).

Nun stellt sich die Frage, inwieweit die Investitionsbereitschaft der Unternehmen sich durch die gesteigerten Staatsausgaben erhöhen wird und ob der Privatkonsum ebenfalls angeregt werden kann. Den Arbeitnehmern wird zum Teil die Angst vor dem Jobverlust genommen, da das Instrument der Kurzarbeit auch noch 2021 fortgesetzt werden wird.

Ungewiss bleiben auch die zukünftigen Staatseinnahmen. Gramegna machte auch darauf aufmerksam, dass sich die finanzielle Lage noch drehen könnte: „Im Gegensatz zu den Ausgaben, wo man anhand des Budgets eine Aussicht hat, wie diese im Normalfall getätigt werden, sind die Einnahmen stark von internationalen und wirtschaftlichen Faktoren abhängig, die Regierung hat kaum Einfluss darauf.“

Priorität Gesundheit

Bereits vor der aktuellen Corona-Krise war ein Begriff in Mode: Resilienz. Besonders internationale Organisationen benutzten diesen Ausdruck im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung. Gesellschaften sollten sich auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten, indem man die Widerstandsfähigkeit erhöhe. In diesem Kontext erklärte Gramegna vor der Chamber: „Jetzt gilt es, unser System auf potenzielle zukünftige Krisen noch besser vorzubereiten.“ Deshalb werde man verstärkt in das Gesundheitssystem investieren.

Der Krankenhaus-Infrastrukturfonds sehe für 2021 Ausgaben von 61 Millionen Euro vor. Diese Ausgaben werden in den darauffolgenden Jahre steigen, um 2024 mit 153 Millionen, zweieinhalb Mal so hoch zu liegen. Mithilfe dieses Fonds sollen das CHL erweitert und und das Südspidol finanziert werden

Mehr Wohnraum

Um den Wohnraumangel zu bekämpfen, sollen die Mittel des Ministeriums für Wohnungsbau voraussichtlich um elf Prozent auf 263 Millionen Euro steigen. Der neue „Sonderfonds zur Unterstützung des Wohnungsbaus“ wird mit einem Budget von 150 Millionen

Euro ausgestattet sein, um die Erschaffung von erschwinglichem Wohnraum zu finanzieren.

Weitere Maßnahmen zielen auf Renovierungen und energetische Nachrüstung ab, darunter ein Abschreibungssatz von sechs Prozent für Renovierungen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Der stark ermäßigte Mehrwertsteuersatz von drei Prozent, soll schon nach zehn Jahren für Wohnungsrenovierungen gelten und nicht wie aktuell erst nach 20 Jahren. Für die Installation von Photovoltaik-Paneeelen ist ein attraktiveres Steuersystem vorgesehen. Um die Spekulationen auf dem Immobilienmarkt zu dämpfen, sollen die „Fonds d'investissement spécialisés (FIS)“ im Immobilienbereich mit 20 Prozent besteuert werden. Diese Maßnahme war bereits im Regierungsprogramm vorgesehen.

Grüne Investitionen

Gramegna nach könnte man aus der aktuellen Krise zwei Erkenntnisse ziehen. Einerseits seien das Wirtschaftswachstum und die ständig steigende Lebensqualität nicht garantiert. Darüber hinaus hätte die Corona-Pandemie, „den Klimaskeptikern den Beweis gegeben, dass die exzessiven wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen den Planeten stark belasten“. Man hätte aber auch gesehen, was eine Welt ohne Wachstum für die Finanzen des Staates bedeutet. Der Finanzminister schlussfolgert: „Wir brauchen Wachstum, aber ein nachhaltiges.“

Im Bereich Nachhaltigkeit sind nächstes Jahr Investitionen in Höhe von 574 Millionen Euro geplant. Der Fokus liegt auf der Mobilität und der Bekämpfung des Klimawandels. Der Trambusbau wird fortgesetzt, 270 Millionen für 2020-2024. Die Ausgaben des „Fonds du Rail“ werden, im selben Zeitraum, sich auf 2,4 Milliarden belaufen. Aufladestationen für E-Autos, Fahrräder und Pedelecs werden ebenfalls weiter subventioniert.

Die Einführung einer progressiven CO₂-Steuer wird das Tanken und die Heizkosten verteuern. „Dies bedeutet konkret für das Jahr 2021 an der Tankstelle eine Erhöhung von ungefähr fünf Cent pro Liter Diesel und Benzin.“ Damit

wolle man den Verbrauch von klimaschädlichen fossilen Brennstoffen bewusst unattraktiv machen. Die Regierung plant, diesen Anstieg durch eine Erhöhung der Steuergutschrift für Arbeitnehmer, Rentner, Selbstständige und Arbeitslose um 96 Euro auszugleichen. Die Teuerungszulage wird ebenfalls um zehn Prozent erhöht.

Keine Steuerreform

Wie bereits von Premier Bettel am Vortag angekündigt, wird die geplante allgemeine Steuerreform aufgrund der Krise vorerst verschoben. „Es ist nicht der Moment für Steuersenkungen. Und schon gar nicht ist es der Moment für Steuererhöhungen“, so der Finanzminister in der Chamber.

Trotzdem gibt es neben den bereits erwähnten steuerlichen An-

derungen im Immobilienbereich, weitere Anpassungen. Die Stock-Options werden abgeschafft. Da diese hauptsächlich genutzt wurden, um hoch qualifizierte Arbeitskräfte nach Luxemburg zu locken, soll stattdessen eine Prime d'impatriation den Arbeitgebern zur Verfügung stehen. Ebenfalls sollen Angestellte über eine Prime participative an den Gewinnen eines Unternehmens beteiligt werden können

Die nächsten Etappen

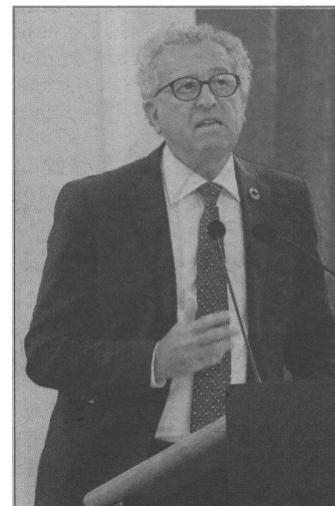
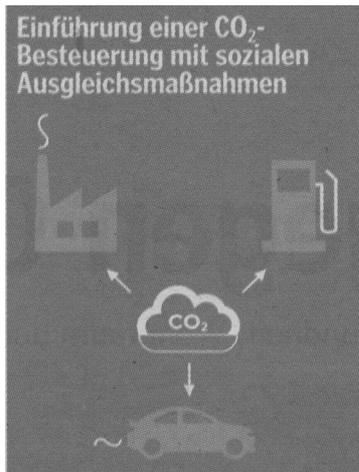
Im Anschluss an die Präsentation der Grundzüge werden der Haushaltsentwurf und die mehrjährige Finanzplanung 2020-2024 am kommenden Dienstag im Finanz- und Haushaltsausschuss debattiert. Berichterstatte ist der Abgeordnete von Déi Gréng, François Benoy.

Dabei setzt sich der Haushalt

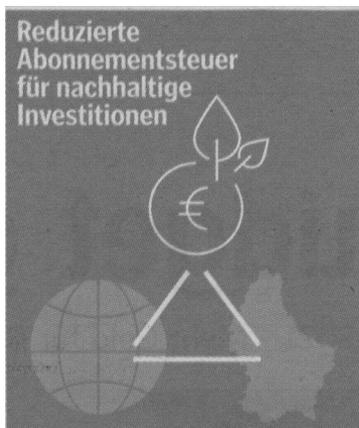
aus zwei Texten zusammen: Die Gesetzesvorlage 7666 über die staatlichen Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2021 und die Gesetzesvorlage 7667 über die mehrjährige Finanzplanung für den Zeitraum 2020-2024. Alle parlamentarischen Ausschüsse werden sich auch eingehend mit den Ressorts befassen, die sie betreffen. Eine Abstimmung im Plenum ist vor den Weihnachtsferien vorgesehen.

- Jetzt gilt es, unser
- System auf potenzielle zukünftige Krisen noch besser vorzubereiten.

Finanzminister Pierre Gramegna (DP)



Finanzminister Pierre Gramegna. Foto:



Langfristig schlechte Aussichten für die Staatsfinanzen

ANALYSE Corona sorgt für nachhaltige Defizite

Christian Muller

Ihren Finanzplan für nächstes Jahr hat die Regierung letzte Woche dem Parlament vorgelegt. Trotz krisenbedingt viel höherer Ausgaben werde das Land bei der Verschuldung unter der angestrebten Marke von 30 Prozent bleiben, unterstrich der verantwortliche Minister mehrmals. Kaum Beachtung fand der zweite Teil des vorgestellten Haushaltsplans.

„Un budget exceptionnel pour une époque exceptionnelle“, so Finanzminister Pierre Gramegna am letzten Mittwoch zu den Haushaltsplänen der Regierung. Es gelte, sich „solidarisch“ zu zeigen und für einen „nachhaltigen Aufschwung“ zu sorgen. Es sei falsch, nun auf ein „ideologisches Austeritätsprogramm“ zu setzen oder auf „Innovation und Investitionen“ zu verzichten. Mit dieser (richtigen) Entscheidung will der Minister vermeiden, dass die Wirtschaft – mit schwerwiegenden sozialen Folgen – in einen Abwärtsstrudel gezogen wird.

Der Minister will dabei in Kauf nehmen, dass die Staatsschuld einige Jahre um das Limit von 30 Prozent schwankt, wie er in seiner Budgetrede weiter sagte. Das könne Luxemburg sich leisten, erklärte er. „Déi gutt Ausgangspositioun bei de Staatsfinanzen huet och gehollef. 2018 konnte mer mat engem Iwwerschoss vu 528 Milliounen Euro ofschléissen. 2019 mat engem Plus vu 60 Milliounen Euro. Lëtzebuerg ass mat gesonde Staatsfinanzen an di Kris hei eragaang.“

Auch als er diese Woche die Zahlen zu den neun ersten Monaten des Jahres 2020 vorstellte, sagte der Minister wieder: „Dank der umsichtigen Politik der letzten Jahre verfügt die Regierung über die notwendigen finanziellen Kapazitäten, um die wirtschaftlichen Herausforderungen intelligent und angemessen anzugehen.“ Dass der Saldo des Zentralstaates eigentlich nur während zwei Jahren im Plus war, davor aber neun Jahre im Minus, erwähnte er nicht.

Zwei Jahre im Plus,
neun Jahre im Minus

Für den Minister ist es ein Spagat. Immerhin hatte Pierre Gramegna die von seinem Vorgänger erwirtschafteten Defizite oft kritisiert und war ursprünglich mit dem Versprechen angetreten, den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Auch er selber kann sich noch gut daran erinnern: „D'Finanz- a Wirtschaftskris vum 2008 ass eis all nach present. Wéi ech 2013 Finanzminister gi sinn, waren d'Nowéien dovunner nach gutt ze spieren an et war meng éischt Prioritéit, d'Staatsfinanzen erëm an den Equiliber ze bréngen“, sagte er letzte Woche.

Die Regierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag für die Jahre 2018-2023 dann auch – mit dem Ziel, eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik zu verfolgen – dazu verpflichtet, „konsequent dafür zu sorgen, die Staatsverschuldung jederzeit unter 30 Prozent des BIP zu halten“. Über die letzten Jahre ist dem Minister dies auch gelungen – verglichen mit der Wirtschaftsleistung war die Staatsverschuldung sogar leicht rückläufig.

Im Rahmen der Vorstellung des bisherigen Defizits für 2020 warnte er, sehr verantwortungsbewusst, diese Woche erneut: „Es ist wichtig, in den kommenden Monaten sehr vorsichtig zu bleiben.“ Erstens aufgrund des aufgelaufenen Defizits und ebenfalls wegen der vielen Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Pandemie.

Zurück zur letzten Woche: Schnell fügte der Finanzminister bei der Vorstellung der Haushaltspläne für 2021 bezüglich der „um die 30 Prozent schwankenden“ Staatsverschuldung hinzu: „... ehe sie dann wieder sinkt.“ Und er unterstrich: Für 2021 erwarte man eine Staatsschuld von 18,9 Milliarden Euro oder 29,4 Prozent vom BIP.

Marke von 30 Prozent
wird überschritten

Doch am letzten Mittwoch wurde nicht nur der geplante Haushalt für 2021 vorgelegt. Vorgestellt wurde zudem ein zweites, fast 500 Seiten schweres Dokument zu den mittelfristigen Finanzplänen der

Budget / Fiscalité

Regierung: also zu den geplanten Staatseinnahmen und Ausgaben für die Jahre bis 2024.

Doch auf diese Zahlen wollte der Minister in seiner Rede gestern nicht eingehen. „Au vu vun den Incertitudë wäert ech am Kader vun dëser Ried net weider op d’Zuele vum Pluriannuel agoen“, bemerkte er nur.

Vielleicht stört den Minister, was die Zahlen zeigen: Jedes Jahr bis 2024 soll mit Defizit abgeschlossen werden. Rückläufige Schulden sind nicht geplant – weder in der Summe noch in Prozent zum BIP. Bereits 2022 soll die Marke von 30 Prozent Verschuldung zur Wirtschaftsleistung überschritten werden.

Zwar soll das Defizit Jahr für Jahr kleiner werden, doch einen Plan, um die Schulden der Corona-Krise abzubauen, scheint es nicht zu geben. Die Staatsfinanzen sind morgen somit weniger gut als die, die er geerbt hatte. Ende 2013, als er sein Amt antrat, lagen die Schulden bei elf Milliarden Euro (23,7 Prozent des BIP). Im Jahr 2024 (wo die bisherigen Prognosen enden) sollen es 24,3 Milliarden (oder 32,9 Prozent des BIP) sein.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Regierung hohe Defizite einplant – und das, obwohl sie in all den Jahren 2021 bis 2024 eigentlich mit starkem Wirtschaftswachstum rechnet (7 Prozent; 4,1

Prozent; 3,5 Prozent und 2,7 Prozent). Bereits 2022 sollen die Einnahmen wieder über denen von 2020 liegen. Doch sollen auch die Ausgaben bereits 2023 die Ausgaben aus dem Krisenjahr 2020 deutlich übertreffen. Hinzu kommt eine Verschlechterung des Saldos bei den Sozialversicherungen, teils wegen weniger neu geschaffener Jobs.

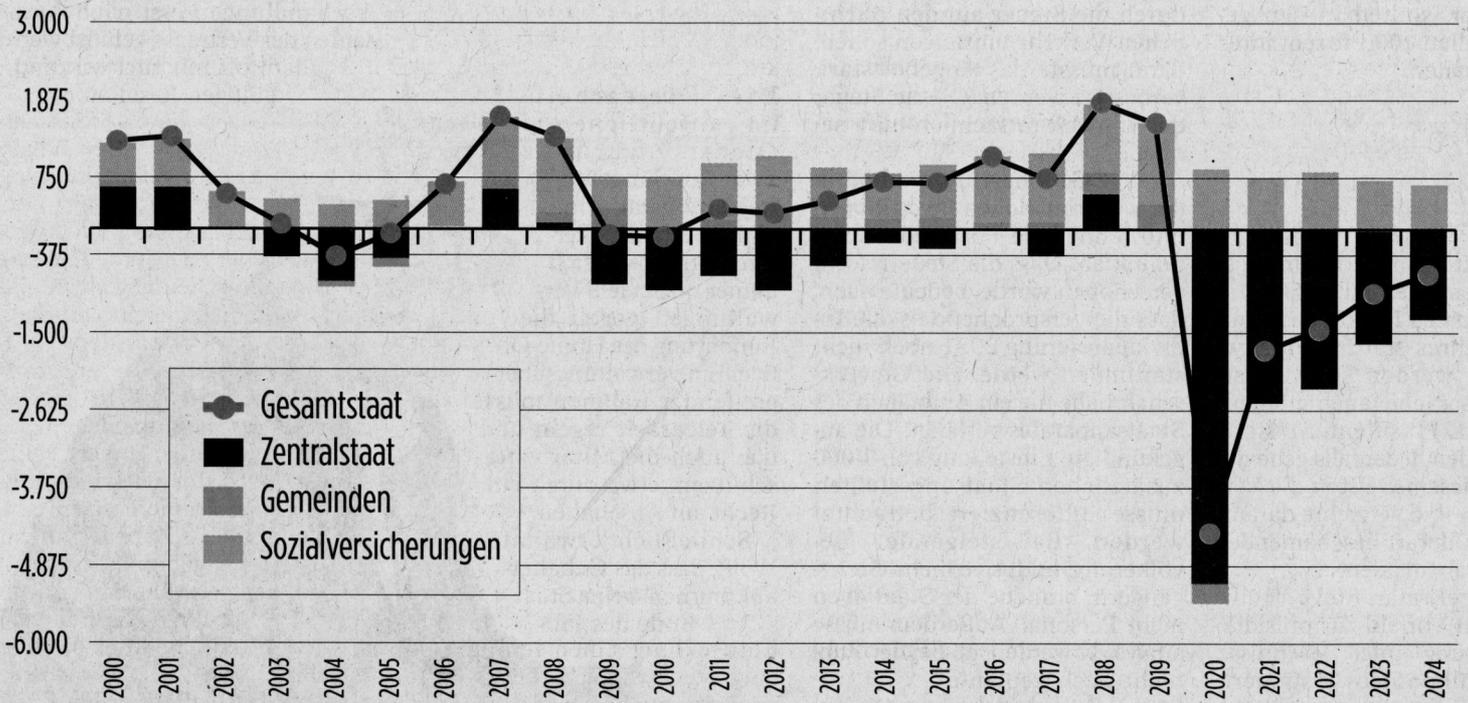
Dass eine Regierung in Krisenzeiten viel Geld in die Wirtschaft pumpt, ist dabei ein richtiger Reflex. Alles andere würde eine Spirale nach unten auslösen. In eine Schuldenkrise zu geraten, riskiert Luxemburg ebenfalls nicht. Die Zahlen der Staatsfinanzen zählen nach wie vor zu den besten in Europa. Luxemburg hat ein AAA-Kreditrating und kann sich Geld zu Negativzinsen auf den Märkten besorgen.

Dennoch würde es sich für jemanden, der verantwortungsvoll haushalten will, gehören, einen Plan vorzulegen, um langfristig wieder in schwarze Zahlen zu gelangen. Jeder weiß, dass in Zukunft wieder eine neue Krise kommen wird. Und auch dann wird es sich wieder lohnen, gute und stabile Staatsfinanzen zu haben. Die Schulden der Finanzkrise von 2008 hat das Land nie abgebaut. 2013 hat Luxemburg erstmals neue Schulden aufgenommen, um alte Schulden zu refinanzieren.

Schulden des Luxemburger Staates



Entwicklung der Staatsfinanzen



Quelle: 2000-2019: Statec / 2020-2024: Budget pluriannuel

Die Corona-Krise hat Luxemburgs Haushaltsplanung aus der Bahn geworfen

„Niemand fragt, wo der Wohlstand herkommt“

Nicolas Mackel, CEO von „Luxembourg For Finance“, über das Verhältnis der Luxemburger zu „ihrem“ Finanzplatz

Interview: Nadia Di Pillo und Pierre Leyers

Neue Märkte erschließen, andere weiter ausbauen, Finanzinstitute nach Luxemburg locken und für das Großherzogtum als Standort werben – das sind die Hauptaufgaben von „Luxembourg for Finance“. Die Agentur zur Förderung des Finanzplatzes ist vor allem auf dem internationalen Parkett aktiv. Jetzt hat sie erstmals eine Kampagne im eigenen Land gestartet. Ihr Chef, Nicolas Mackel, erklärt warum.

Nicolas Mackel, „Eis Finanzplatz, dat si mir all“: Erstmals startet LFF eine Kampagne im eigenen Land. Was bezwecken Sie damit? Was wollen Sie vermitteln?

Es handelt sich in erster Linie um eine Informationskampagne. In der Luxemburger Bevölkerung ist das Verständnis dafür, was die Finanzindustrie eigentlich ist, eher gering. Ihre Bedeutung für den Wohlstand unseres Landes und ihre verschiedenen Berufszweige sind nicht genügend bekannt. Jungen Leuten, die sich nach einer Orientierung umschauen, wollen wir zeigen, was für berufliche Möglichkeiten es am Finanzplatz gibt.

Aber sind wirklich alle Teil des Finanzplatzes, so wie die Kampagne es suggeriert?

Wie oft hört man, sogar von Journalisten und Politiker, die es eigentlich besser wissen müssten: Die Finanzindustrie ist nur für die Reichen. Das ist Unsinn. Die Rolle der Finanzindustrie besteht darin, die wirtschaftlichen Aktivitäten zu finanzieren. Es gibt kein Unternehmen, das nicht von einer Bank, von einem Fonds oder vom Kapitalmarkt finanziert wird.

Hat die Luxemburger Bevölkerung den Finanzplatz vergessen oder vielleicht verdrängt? Am Boulevard Royal und auf Kirchberg wohnen wenig Menschen.

Ich glaube nicht, dass die Leute vergessen haben, dass es den Finanzplatz gibt. Vielmehr nehmen sie den Finanzplatz wie eine Selbstverständlichkeit wahr. Luxemburg hat einen Grad des Wohlstands erreicht, wo sich die Leute nicht mehr die Frage stellen, wo er herkommt. Nur wenige bedenken, dass der Finanzplatz

Motor der ganzen Wirtschaft ist, der Pfeiler des ganzen Wohlstands.

Die Zeit der Arbed ist vorbei. Die Bevölkerung identifiziert sich nicht mehr mit der wichtigsten Industrie des Landes.

Das ist bedauerlich! Die Finanzindustrie macht sehr viel Positives. Sie hat natürlich auch Fehler gemacht. 2008 – 2009 hat sie sich nicht mit Ruhm bekleckert. Das zu spät aufgegebene Bankgeheimnis und Skandale wie Luxleaks haben nicht zum guten Image beigetragen. Insgesamt aber ist die Bilanz positiv. Die Tatsache, dass Luxemburg weltweit die Nummer zwei im Fondsgeschäft ist, müsste doch alle Einwohner des Landes mit Stolz erfüllen. Das ist nicht genug bekannt. Einige wollen es nicht wissen, vielleicht, weil ihr Verhältnis zu Geld ungeklärt ist.

Ist es eine Frage der finanziellen Bildung?

Sicherlich spielt das eine Rolle. Im Bereich der finanziellen Bildung wird LFF nicht tätig. Wir wollen eher darüber informieren, was eigentlich der Finanzplatz ist. Welche Aktivitäten es gibt, welche Sektoren, und was sie dem Land bringen.

Was die Wahrnehmung des Finanzplatzes in der Bevölkerung angeht, so ist doch das Hauptproblem, dass recht wenige Luxemburger dort beschäftigt sind. Nur ein Viertel der etwa 50 000 Beschäftigten am Platz sind Luxemburger.

Das ist eine Tatsache, aber keine Erklärung dafür, warum die Luxemburger sich wenig für den Finanzplatz interessieren. Allen Einwohnern des Landes nutzt der Finanzplatz in erheblichem Masse. Es ist schade, dass recht wenige Luxemburger weder in der Finanzindustrie noch allgemein im Privatsektor beschäftigt sind.

Kann eine Informationskampagne die Kluft zwischen einem großen Teil der Bevölkerung und der wichtigsten Industrie des Landes überbrücken?

Eine Kampagne ist kein Wundermittel. Sie ist aber ein Anfang. Sie soll den Appetit wecken, um mehr zu erfahren.

Bemerkenswert ist ja, dass Sie ihre Botschaft auf Luxemburgisch

formulieren. Werden auch andere Sprachen genutzt?

Die Kampagne wurde im April und Mai konzipiert. Wir wollten zum Schulanfang mit Luxemburgisch beginnen. Unsere Hauptzielgruppe sind halt die Luxemburger. Französisch, Deutsch und Englisch werden aber demnächst folgen. Die Sprachenvielfalt ist der Reichtum unseres Landes, macht aber das Leben nicht immer einfach.

Die Botschaft Ihres Internetauftritts „Eis Finanzplatz“ ist recht emotional. Warum?

Uns geht es darum, Interesse zu wecken. Das wollen wir durch eine ansprechende Botschaft erreichen. Deshalb erklären Kinder, was ihre Eltern beruflich tun. Ein Banker alleine, ohne Kinder, wäre nicht so interessant. All das ist aber nur ein Teil der Kampagne. Sie wird sich über zwei Jahre hinziehen. Da werden noch einige andere Elemente und Facetten zum Vorschein kommen.

Ein Argument wird in der Kampagne nicht erwähnt: die hohen Gehälter am Finanzplatz. Das hat jüngst wieder eine Statec-Studie belegt. Damit könnten doch junge Leute überzeugt werden.

Es hat keinen Sinn, von einem hohen Durchschnittsgehalt zu reden, so wie das die Studie tut. Dafür sind die Gehaltsunterschiede in den zahlreichen Branchen am Finanzplatz und zwischen den einzelnen beruflichen Positionen einfach zu groß. Vielmehr müsste der Medianwert – der Wert, der für das Zentrum, für die Mitte festgestellt wird – als Richtmaß dienen. Dann würde sich zeigen, dass die Gehälter am Finanzplatz durchgehend nicht so hoch sind, wie vielfach geglaubt wird. Als Werbeargument können die Gehälter nicht dienen.

Gibt es den Finanzplatz überhaupt? Das ist doch ein Gemisch unterschiedlicher Tätigkeiten und unterschiedlicher internationaler Interessen?

Der Finanzplatz ist entgegen dem, was oft geglaubt wird, keine homogene Einheit. Der verbindende Faktor zwischen den verschiedenen Bereichen und Tätig-

keiten ist wohl, dass alle etwas mit Finanzdienstleistungen zu tun haben. Es ist wie in der Medizin, wo es zahlreiche wissenschaftliche Spezialisierungen gibt. Sie haben aber alle etwas mit Medizin zu tun.

Das Image des Finanzplatzes lässt zu wünschen übrig. Zum Teil ist das doch selbst verschuldet, durch die Finanzkrise oder durch Skandale wie Luxleaks?

In der öffentlichen Wahrnehmung hat die Finanzindustrie einen schlechten Ruf. Das gilt auf der ganzen Welt und auch in Luxemburg. Die Finanzindustrie wird mit Profitgier und Steuerhinterziehung assoziiert. Unsere Rolle als „Luxembourg for Finance“ besteht darin, zu erklären, dass Luxemburg und seine Finanzindustrie sich nicht auf diese simplistischen Interpretationen resümieren lassen. Das ist eine schwierige Aufgabe, die viel Geduld erfordert. Das Bankgeheimnis ist längst abgeschafft, in steuerlicher Hinsicht gibt es keine Vorteile mehr. Trotzdem wächst der Finanzplatz und gedeiht. Und zwar durch die Kompetenz und Expertise, die hier vorhanden ist. Darauf machen wir aufmerksam.

Zur Person

Nicolas Mackel leitet „Luxembourg For Finance“ seit 2013. Der Karrierediplomat ist Inhaber eines Abschlusses in Jura an der Universität von Aix-en-Provence. 1999 trat er in den diplomatischen Dienst, wo er in Brüssel, Washington und Shanghai im Einsatz war.

● *Eine Kampagne*
● *ist kein Wundermittel. Sie ist aber ein Anfang*

Dünger für grüne Geldanlagen

Sachin Vankalas erklärt, warum nachhaltige Investmentprodukte von Corona profitieren

Von Marlene Brey

Sachin Vankalas (37) leitet die Luxembourg Finance Labelling Agency (LuxFLAG). Die gemeinnützige Vereinigung vergibt seit 2006 Labels an nachhaltige Geldanlagen.

Sachin Vankalas, nachhaltige Geldanlagen passen gut zu den Trends, die wir seit der Pandemie verstärkt beobachten. Was hat die Corona-Krise für LuxFLAG verändert?

COVID hat das Bewusstsein für Nachhaltigkeit gestärkt und die Nachfrage nach nachhaltigen Geldanlagen und entsprechenden Zertifikaten gefördert. Zahlreiche Studien zeigen, dass der Geldfluss in nachhaltige Investmentprodukte in den letzten zwei Quartalen der Pandemie nochmals angestiegen ist. Der Markt wächst also grundsätzlich und das wirkt sich auch auf uns aus. Das letzte Quartal war das erfolgreichste seit unserem Bestehen. Wir haben 100 neue Fonds gelabelt. In den letzten zwölf Monaten haben wir damit, verglichen mit 2019, fast doppelt so viele Fonds zertifiziert: 303 Produkte in zehn Ländern. Dahinter stehen über 128 Milliarden Euro verwaltetes Vermögen.

Sie leiten LuxFLAG seit einem Jahr, sind aber schon seit 2011 dabei. Wie hat sich das Thema nachhaltige Geldanlage in dieser Zeit verändert?

Als LuxFLAG 2006 anfang, wussten nur wenige, was Nachhaltigkeit ist. Wenn ich vor zehn Jahren zu Banken gegangen bin, war ich ein Alien. Aber in den letzten Jahren hat sich alles geändert, vor allem nach dem Kopenhagener Klimaabkommen und der UN-Klimakonferenz 2015. Es gibt keine Firma, keinen Investor mehr, der nicht weiß, was ‚sustainable Finance‘ oder ‚ESG‘ ist. Denn wer das heute nicht weiß, der verliert sein Business und seine Kunden.

Nachhaltigkeit ist also kein Thema, das nach der Pandemie einfach wieder verschwinden wird?

Nein, die Pandemie hat den Fokus auf Nachhaltigkeit verstärkt. Aber das Konzept ist nichts Neues – auch nicht in der Finanzwelt. Die frühesten Spuren von dem, was wir heute unter Ausschlüssen – ‚Exclusions‘ – verstehen, finden sich im 16. Jahrhundert. Die Church of England hat damals „sin stocks“, wie zum Beispiel Investments in Tabak ausgeschlossen.

Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der Moral: Unternehmen, die sich schon vor der Pandemie mit dem Thema befasst haben, sind oft weniger betroffen. Sie haben sich die Fragen, die die Pandemie aufgeworfen hat, nämlich schon früher gestellt. Etwa: Gibt es einen Notfallplan, wie werden gefährdeten Mitarbeiter behandelt, wie sicher ist die Lieferkette? Wer sich nachhaltig nennen will, muss transparent sein.

Das führt uns zu den Labels. Sie unterscheiden zwischen ‚ESG‘ oder ‚Sustainable Investing‘ und ‚Impact Investing‘. Warum ist es auch für den Laien wichtig, das zu verstehen?

Ich werde oft gefragt: ‚Wie kommt es, dass Sie einem Fond ein Nachhaltigkeitslabel verleihen, der in Immobilien, IT-Unternehmen oder Banken investiert?‘ Dafür muss man zwischen ‚ESG‘ und ‚Impact Investing‘ unterscheiden. ‚ESG Investing‘ ist ein Konzept, in dem ein Fond in Unternehmen aller Sektoren investieren kann – ausgenommen von kontroversen Aktivitäten, den ‚Exclusions‘. Vor der Investmententscheidung wird die Unternehmenspolitik auf Umweltbelange und soziale Faktoren geprüft. Nehmen Sie als Beispiel einen Fond der in eine Bank investieren möchte. Banken geben oft an, dass sie nachhaltig arbeiten, weil sie Papier sparen oder nachts das Licht ausschalten. Dann sagen wir: ‚Es ist zwar

schön, dass Sie Papier sparen, aber das reicht nicht.‘ Wir prüfen die Geschäftsethik, wollen wissen, wie Angestellte behandelt werden, ob Teams divers sind, wie Daten der Kunden geschützt und ob Preise transparent sind. Das sind die typischen ESG-Faktoren, die ein Fond einbezieht, wenn in eine Bank investiert werden soll.

Nehmen wir ein Beispiel, das kritischer ist. Kann eine Mine diese Nachhaltigkeits-Kriterien erfüllen?

Ja. Wenn ein Fond in ein Bergbauunternehmen investieren möchte, wird etwa geprüft, ob das Unternehmen Unfallstatistiken veröffentlicht oder ob es Sicherheitstrainings veranstaltet. Wenn der Fond ein Portfolio aufbaut mit Unternehmen, die im Sinne der ESG performen, kann der Fond als nachhaltig betrachtet werden.

Da werden viele irritiert sein, die etwas ganz anderes unter nachhaltigem Investieren verstanden haben. Worauf müssen die achten, deren Investment noch einen Schritt weiter gehen soll?

Die zweite Säule bei nachhaltigen Investments ist ‚Impact Investing‘. Der Fond investiert in Unternehmen, die die Absicht haben, einen positiven sozialen oder Umwelteffekt zu haben. Also zum Beispiel in Gesundheit, Bildung, bezahlbare Unterkünfte oder in Solar- und Windenergie, sauberes Wasser und sanitäre Anlagen.

Sie vergeben Labels, um das Interesse an nachhaltigen Geldanlagen zu fördern. Wenn die Lage auf dem Markt für nachhaltiges Investment so gut ist, braucht es dann überhaupt eine Agentur wie die Ihre? Es läuft doch auch so.

Wie Sie sich vorstellen können, wenn etwas zum Trend wird, dann springen viele Leute auf und nicht immer mit ehrlichem Interesse. Das gilt auch für nachhaltige Investments. Das Vermögensvolumen im Sektor wächst. Je mehr der Markt wächst, desto größer

ist die Gefahr von ‚Greenwashing‘. Denn alle wollen jetzt zeigen, wie grün sie doch sind.

Darum brauchen wir genau in diesem Markt dringend Labels. Labels sind ein wirksames Mittel für Asset Manager, um ihre Glaubwürdigkeit zu zeigen und für Investoren, um nachhaltige Investments auszuwählen – eben um die Spreu vom Weizen zu trennen.

Diese Woche geht die „LuxFLAG Sustainable Investment Week 2020“ zu Ende. Was war ihr Ziel?

Durch diese Veranstaltung wollten wir unseren Mitglieder und Partnern eine Plattform bieten, um ihre konkreten Aktivitäten im Bereich von nachhaltigen Investments zu zeigen und damit Best-Practice-Beispiele zu geben. Die Idee, die ich letztes Jahr hatte, als wir dieses Event geplant haben, war aber auch eine andere. Wenn es um Finance und Banker geht, dann denkt sich der Normalsterbliche: ‚Ach, diese Finanz-Leute.‘ Das Image ist nicht besonders gut. Ich wollte die bessere Seite dieser Industrie zeigen. Und Nachhaltigkeit ist eindeutig eine gute Seite dieser Branche, die immer wichtiger wird.

Zur Person

Sachin Vankalas arbeitet seit 2011 für die Luxembourg Finance Labelling Agency (LuxFLAG). Seit Juni 2019 ist er ihr Generaldirektor. Vankalas begann seine Karriere in einer Rating Agentur, im Bereich Nachhaltigkeit, dann wurde er Asset Manager, ebenfalls im Bereich Nachhaltigkeit. Er sagt: „Meine ganze Karriere hat sich immer um dieses Thema gedreht“. Vankalas hat einen Master in Bank- und Finanzwesen von der Luxembourg School of Finance und an mehreren Programmen in den Bereichen Finanzen und nachhaltige Finanzen der Harvard University und NYU Stern teilgenommen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Wasser-Salut für den Roten Löwen

AIRBUS A400M Luxemburg empfängt seine erste Militärmaschine auf Findel

Mit einem traditionellen Wasser-Salut wurde gestern Abend die erste Luxemburger Militärmaschine auf dem Flughafen Findel begrüßt. Zuvor war der Airbus vom Typ A400M in niedriger Höhe am Tower vorbeigeflogen, um aus westlicher Richtung um Punkt 18.15 Uhr auf der Landebahn aufzusetzen.

Eric Hamus

Das Transportflugzeug mit der Kennzeichnung CT-01 ist die erste Maschine der binationalen Flotte, die ab dem belgisch-luxemburgischen Stützpunkt Melsbroek in Belgien operieren soll. Der Militärfrachter mit der Seriennummer MSN104 ist eines von insgesamt acht Transportflugzeugen der belgisch-luxemburgischen Staffel, die künftig die Einsatzfähigkeit der Truppen in den unterschiedlichsten Situationen erhöhen soll.

Dabei soll die Maschine aber nicht nur für Luxemburger Zwecke eingesetzt werden. Neben Belgien und dem Großherzogtum werden im Rahmen des sogenannten OCCAR-Programms noch fünf weitere Nationen die Frachter der binationalen Staffel nutzen können. Die entsprechende Planungszentrale liegt in den Niederlanden. Denn: Allein mit den Luxemburger Anforderungen kann das Flugzeug

nicht optimal ausgenutzt werden, betont Steve Thull, Generalstabschef der Luxemburger Armee. Durch das Bündeln der Kräfte aber kann die Maschine richtig ausgelastet werden.

Den Einsatzmöglichkeiten des Frachters sind indessen keine Grenzen gesetzt, wie Verteidigungsminister François Bausch gestern unterstrich. „Dieses Flugzeug hat den großen Vorteil, dass es strategisch und taktisch eingesetzt werden kann“, so Bausch. „Es kann für den einfachen Transport von Truppen oder Material genutzt werden, gleichzeitig aber auch in Konfliktsituationen operieren, in denen die Besatzung Gefahr läuft, beschossen zu werden.“ Zu diesem Zweck sei der Rumpf zusätzlich verstärkt worden.

Der neue Airbus A400M sei extrem flexibel und damit auch in den unterschiedlichsten Situationen einsetzbar, so Bausch. „Das Flugzeug braucht keine lange Start- und Landebahn, hat aber die gleiche Reichweite als größere Transporter, bei einer höheren Geschwindigkeit“, erklärt der Verteidigungsminister. Primär soll die Maschine für Transportzwecke genutzt werden. So können bis zu 120 Soldaten gleichzeitig Platz nehmen. „Das Innere wurde gleich für mehrere Module gestaltet. Neben Personen können auch mehrere

Tonnen Material transportiert werden, darunter schwere Fahrzeuge“, so Bausch. „Die Transportfläche kann außerdem auch für medizinische Zwecke umgebaut werden.“

Tatsächlich hat der A400M bei einer Länge von 45 Metern und einer Spannweite von 42 Metern ein maximales Startgewicht von 140 Tonnen. Mindestens drei Besatzungsmitglieder werden im Cockpit benötigt, um den Militärfrachter zu fliegen. Knapp 197 Millionen Euro kostet das Flugzeug in der Anschaffung. Für die kommenden Jahre ist ein Budget von 420 Millionen Euro vorgesehen. Diese Summe verteilt sich aber auf 35 Jahre und beinhaltet auch

Betriebs- und Wartungskosten. Neben dem materiellen Beitrag beteiligt sich das Großherzogtum aber auch mit richtiger Manpower an der binationalen Staffel. Insgesamt will die Luxemburger Armee sechs Piloten und sechs Loadmaster stellen. Vier Piloten und zwei Loadmaster sind bereits im Einsatz. Zwei weitere Piloten befinden sich noch in der Ausbildung. Bei der Landung der ersten Militärmaschine auf Findel saß denn auch ein Luxemburger Co-Pilot am Steuerknüppel.

Auf Tuchfühlung mit dem Koloss

Offizielle Präsentation des militärischen Transportflugzeugs A400M im Beisein von Großherzog Henri

Von Marc Hoscheid

Nachdem das luxemburgische Transportflugzeug A400M bereits am Mittwochabend am Flughafen gelandet und dort mit dem traditionellen Wassersalut begrüßt worden war, wurde die von Airbus in Sevilla gefertigte Maschine gestern in Anwesenheit von Großherzog Henri und Verteidigungsminister François Bausch (Déi Gréng) offiziell vorgestellt. Es handelt sich dabei um die erste von insgesamt acht Maschinen, die Luxemburg gemeinsam mit Belgien anschafft und die unter der Kontrolle des European Air Transport Command (EATC) stehen werden.

In seiner Rede unterstrich Bausch, dass man im Großherzogtum mit Ungeduld auf das Flugzeug gewartet habe, wurde es doch immerhin bereits im Jahr 2001 bestellt. Bausch wies zudem darauf

hin, dass der A400M auch bei zivilen Hilfsmissionen eingesetzt werden könne. „Es handelt sich um ein Projekt mit Vorbildcharakter für zukünftige Missionen, die dem Frieden und der Sicherheit auf der ganzen Welt dienen.“

Der belgische Botschafter Thomas Lambert meinte, es handle sich bei dem Projekt nicht um Luxus, sondern mit Blick auf den geopolitischen Kontext um eine Notwendigkeit. Es gebe eine solide militärische Zusammenarbeit zwischen Belgien und Luxemburg und die neue binationale Flotte stelle einen Beitrag zu den strategischen und taktischen Transportkapazitäten Europas dar.

Vier Piloten haben Ausbildung abgeschlossen

Der A400M ist 45 Meter lang, 42,4 Meter breit und 14,6 Meter hoch. In ihm finden bis zu 116 vollausgestattete Soldaten Platz. Es können

auch zwei Dingos, gepanzerte Aufklärungsfahrzeuge, damit transportiert werden. Luxemburg hat sich dazu verpflichtet, sechs Piloten und sechs Loadmaster, die für die Fracht zuständig sind, zur Verfügung zu stellen.

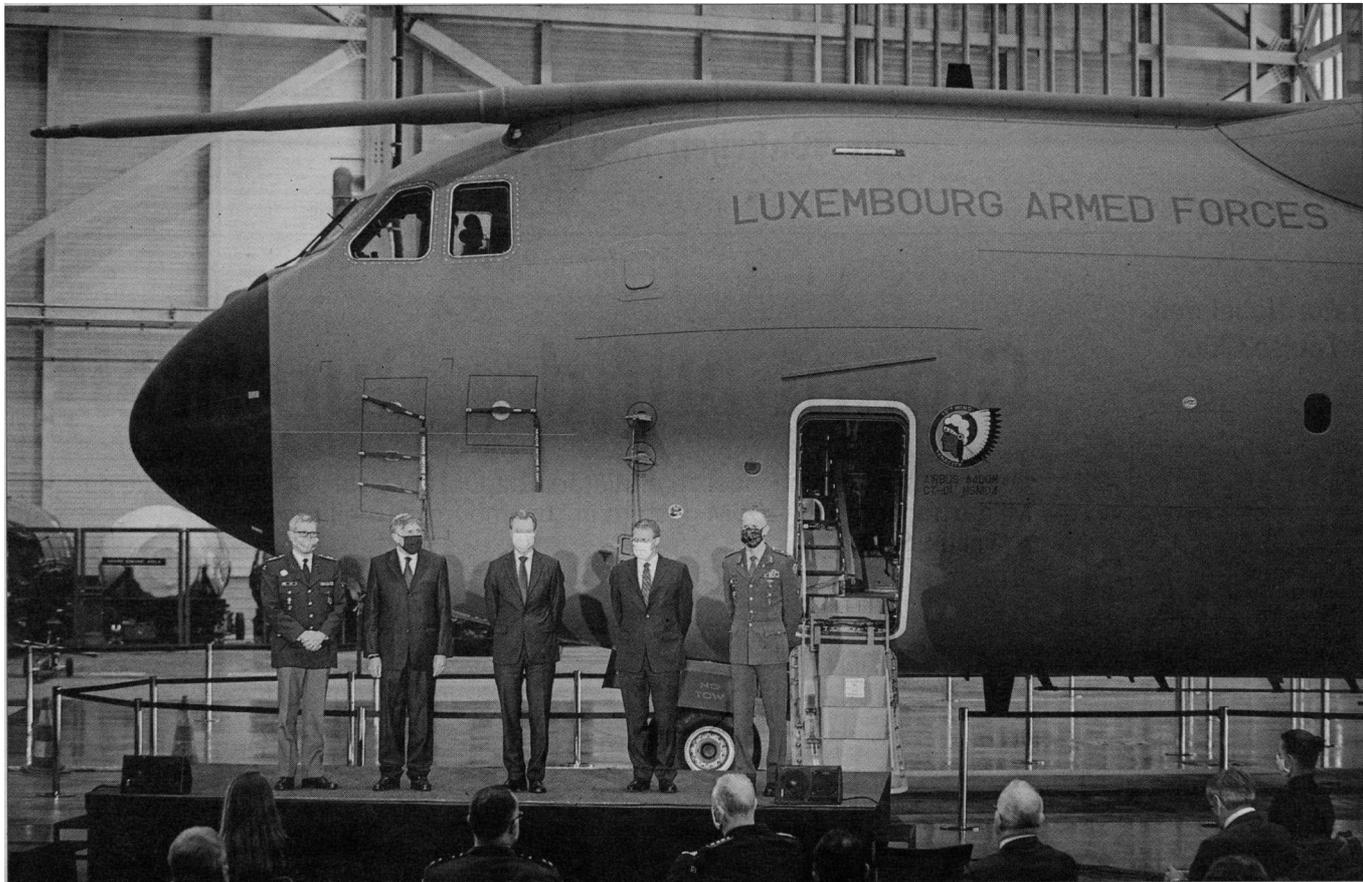
Bislang haben vier Piloten ihre Ausbildung abgeschlossen, zwei sind noch dabei. Einer der luxemburgischen Piloten war am Mittwoch auch bereits als Co-Pilot im Einsatz. Der Pilot Daniel Olsem, der aktuell das Vorläufermodell des A400M, die C-130 Hercules, fliegt, gibt einen Einblick in die Ausbildung. „Nach fünf Jahren an der Militärakademie in Brüssel folgen auf dem Weg zum Bordkommandanten noch einmal gut und gerne fünf bis sechs Jahre.“

Zur Ausbildung gehört auch die Teilnahme an Missionen. Olsem's Einsätze führten ihn beispielsweise bereits nach Afghanistan, in den Irak und nach Mali. Er sei sich be-

wusst, dass stets ein gewisses Risiko bestehe. Diesen Umstand gelte es jedoch nicht zu verdrängen, man müsse die Gefahr genau berechnen und könne sie dann auch minimisieren.

Bei den Loadmastern haben hingegen erst zwei Personen ihre Ausbildung abgeschlossen. Hier ist man laut François Bausch noch auf der Suche nach geeigneten Kandidaten.

Heute fliegt der A400M mit Bausch als Passagier im Cockpit weiter zu seinem eigentlichen Stützpunkt nach Melsbroek nordöstlich von Brüssel, wo ihn die belgische Verteidigungsministerin in Empfang nehmen wird. In Melsbroek hat gerade der Bau eines neuen Hangars mit der Fläche von zwei Fußballfeldern begonnen. Bis 2023 sollen die restlichen sieben Maschinen ausgeliefert sein.



Die Präsentation fand in der Wartungshalle der Cargolux statt. Neben Großherzog Henri (Mitte) sind Verteidigungsminister François Bausch (Zweiter von links), der Armeechef von Luxemburg (Erster von rechts), der Vize-Armeechef von Belgien (Erster von links) sowie der belgische Botschafter (Zweiter von rechts) zu sehen. Fotos: Pierre Matgé

Umschulung und Frührente

Strukturelle Probleme und Konjunkturkrise: 600 Mitarbeiter von Luxemburgs Airline verlieren ihren aktuellen Job

Von Marco Meng

Bereits geraume Zeit bestehen bei der Luxair strukturelle Probleme, sagt deren neuer Chef Gilles Feith, wodurch das Unternehmen nun mit der Pandemie in eine „schlimme Krise“ geraten sei. Das Unternehmen arbeite jetzt an einem Zukunftsplan, der in Kürze den Aktionären vorgelegt wird. Er beinhaltet auch die Einrichtung einer Auffanggesellschaft („cellule de reclassement“), um Mitarbeiter umzuschulen.

„Für die Luxair sind keine Staatshilfen nötig“, erklärte gestern dazu Mobilitätsminister François Bausch. Diesen Oktober muss der Minister bei der EU-Kommission in Brüssel vorstellig werden, um die Genehmigung für Hilfen für den Luxemburger Luftfahrtsektor zu erhalten. „Wir erzielten mit den Gewerkschaften und allen Beteiligten eine prinzipielle Einigung und Klarheit darüber, wie die Situation bei der Luxair ist“, so Bausch.

Demnach müssten bei Luxair 600 Arbeitsplätze – je 300 aus konjunkturellen und strukturellen Gründen – abgebaut werden, „vorübergehend“, wie Bausch betont. Sie werden nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen, so Bausch weiter, sondern über die nächsten drei Jahre Umschulungen erfahren, die der Fonds d'emploi finanziert. „Niemand wird arbeitslos. Der Staat wird seiner Verantwortung gerecht“, so Bausch. Einige Betroffene werden auch in Frührente gehen. Wegen der hohen Zahl muss das Gesetz zur „cellule de reclassement“ angepasst werden.

Im Gegenzug wird der Kollektivvertrag bei Luxair um drei Jahre verlängert, wobei die Gehälter eingefroren werden. Gehaltserhöhungen gibt es damit keine, abgesehen von etwaigen Indexstrichen.

Europaweit sind nach offiziellen

Schätzungen rund sechs Millionen Arbeitsplätze akut bedroht, denn der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocolt) zufolge liegt in Europa der Luftfrachtverkehr noch immer deutlich unter dem Volumen des Vorjahres. Die Experten rechnen damit, dass in diesem Jahr rund sechs Millionen Flüge weniger stattfinden werden als 2019. Der Schaden für die Luftfahrtindustrie wird auf 140 Milliarden Euro geschätzt – allein für das Jahr 2020.

Reiseverkehr eingebrochen

Im August fanden laut „Administration de la navigation aérienne“ im Land nur 40 Prozent der Flugbewegungen vom Vorjahr statt. Gestern zählte der Flughafen Findel 19 Starts und Landungen – sonst sind es an einem Oktober-Wochentag um die 30. Die enormen Rückgänge bei Passagieren lassen die Erträge schrumpfen. Luxair, Cargolux und Flughafen haben zusammen knapp 5 000 Mitarbeiter, nicht eingerechnet die Beschäftigten der vom Flughafen abhängigen Speditionsunternehmen und dem Tourismussektor. Luxair-Tours zählte eigenen Angaben nach in den letzten vier Wochen „mehr Stornierungen als neue Buchungen für Spanien-Ziele“, Hauptdestination für Urlaubsflüge.

In den Sommermonaten, in denen Luxair normalerweise vom Tourismus profitiert, haben die Reisebeschränkungen laut Luxair-Chef Feith das Unternehmen Zehntausende Fluggäste und etwa 20 Millionen Euro Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr gekostet. Die Airline sieht für die Monate zwischen September und Dezember eine „starke Verschlechterung mit einem Niveau für Oktober, das derzeit 35 Prozent unter unserer ursprünglichen Prognose liegt“. „Wenn sich die Buchungen nicht verbessern, müssen wir die in

unseren Reservierungssystemen für November und Dezember zum Verkauf stehende Kapazität um 40 bis 50 Prozent reduzieren“, so Feith. Die Airline verzeichnet einen Rückgang der Passagierzahlen um 69 Prozent, LuxairTours um 63 Prozent. LuxairCargo konnte hingegen bei den beförderten Tonnen zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen.

Hoffnungsschimmer Luftfracht

Besser als der Passagierverkehr läuft es also bei der Fracht: „Unserre Flugzeuge sind alle im Einsatz“, teilt Cargolux mit. Die Luftfrachtgesellschaft profitiert unzweifelhaft von China, wo die Wirtschaft weitgehend wieder rundläuft. Weltweit gerechnet hat sich der Frachtverkehr besser erholt und liegt global gesehen zehn bis 15 Prozent unter dem Vorjahr.

Reine Luftfrachtcarrier wie Cargolux profitieren davon, dass aktuell weniger Passagierflugzeuge fliegen und von diesen entsprechend weniger Waren mittransportiert werden.

Der Mobilitätsminister wird in Kürze in Brüssel Hilfen für Luxairport beantragen, dies aber weniger als Krisenstütze, sondern für zusätzliche Investitionen, wie Bausch erklärt. Der Flughafen selbst sei nicht in der Krise, müsse aber wegen des geringen Flugverkehrs momentan einen Einstellungsstopp verfügen.

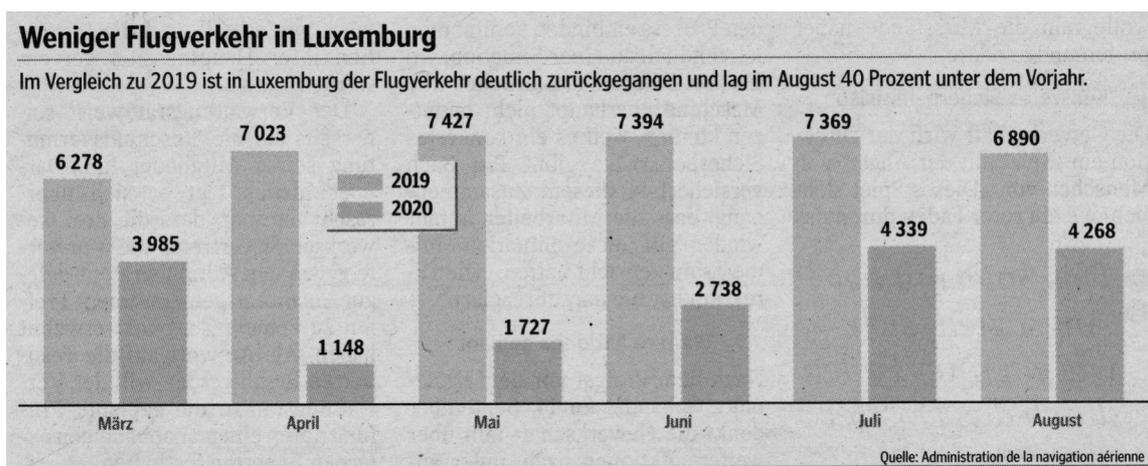
Insgesamt rechnet Bausch damit, dass sich der gesamte Luftfahrtsektor vor Ende 2023 nicht erholt haben wird. Die prinzipielle Einigung von gestern soll in der kommenden Tripartite des Luftfahrtsektors am 9. November unterzeichnet werden. Cargolux wird dann nicht dabei sein, „weil die Gesellschaft nicht von Krise betroffen ist“, sagt Bausch.

Niemand wird in die Arbeitslosigkeit geschickt.

François Bausch, Mobilitätsminister

Wir sind in einer schlimmen Krise.

Gilles Feith, Luxair-Chef



François Bausch: Der Staat kommt seiner Verantwortung nach.
Foto: Guy Jallay

Anhalten, umsteigen, weiterfahren

Aire de Wasserbillig: In einem neuen Park-and-Ride-Komplex sollen rund 990 Stellplätze entstehen

Von Anne-Aymone Schmitz

Wasserbillig. Berufspendler, die werktags ihren Wagen auf einem der beiden Park-and-Rides an der A1 unweit der Aire de Wasserbillig oder am Bahnhof von Wasserbillig abstellen möchten, müssen sich mitunter schon frühmorgens dorthin begeben, um problemlos einen Stellplatz zu ergattern. Denn ansonsten ist Geduld gefragt, bis ein Abstellplatz frei wird oder sie müssen dann ihr Auto außerhalb des bestehenden Parkareals abstellen. Weil letztendlich die Stellplatznachfrage größer ist als das Angebot, platzen beide Parkplätze zu bestimmten Tageszeiten aus allen Nähten.

Aus diesem Grund wird schon seit 2009 ins Auge gefasst, den Park&Ride-Parkplatz bei der Raststätte Aire de Wasserbillig an der Autobahnbrücke nach Mesenich (D) auszubauen. Inzwischen liegen denn auch die Pläne für die Anpassung des bestehenden Parkplatzes in diesem Ortsbereich sowie den Bau eines neuen Park-and-Ride-Parkhauses mit rund 990 Stellplätzen auf der gegenüberliegenden Straßenseite in Richtung Luxemburg vor.

Und auch im Zentrum von Wasserbillig sollen die beim Bahnhof bestehenden Stellplätze durch ein massives Parkhaus ersetzt werden. Verwirklicht wurden beide Projekte bisher allerdings noch nicht.

Anpassung des PAG notwendig

Doch dies soll sich in absehbarer Zeit ändern. Laut dem Ministerium für Mobilität und öffentliche Arbeiten müsse die Gemeinde Mertert, auf deren Territorium sich das Gelände an der Aire de Wasserbillig befindet, zwar zuerst noch einige Anpassungen des allgemeinen Bebauungsplans (PAG) vornehmen, bevor sie dem Staat die für den neuen Park-and-Ride notwendige Baugenehmigung erteilen könne.

Sobald letztere vorliege, könnten die Infrastrukturarbeiten beginnen. Weiter weist die Pressestelle des Ministeriums für Mobilität und öffentliche Arbeiten darauf hin, dass das Wasserwirtschaftsamt und die Umweltver-

waltung bereits ihre Erlaubnis für das Bauvorhaben erteilt haben.

Damit es zu keinem zusätzlichen Verzug kommt, werden in der Zwischenzeit auf dem Gelände schon alte Hecken entfernt. Weil zwischen ihren Ästen bestimmte Tierarten leben, können solche Arbeiten nur in dieser Jahreszeit und im Winter verrichtet werden. Damit könne zudem verhindert werden, dass der Auftakt der Bauarbeiten weiter verzögert werde, falls die noch fehlenden Genehmigungen erst in den Wintermonaten erteilt werden.

Sobald die Kommune diese Abänderungen am PAG getätigt und der Bürgermeister die Bauerlaubnis ausgestellt habe, könne die Baustelle auf dem Terrain eingerichtet werden. Danach könnte dann mit der Errichtung des neuen Park-and-Ride-Parkhauses neben der Autobahn in Fahrtrichtung Luxemburg begonnen werden.

Und dann könnten auch die geplanten baulichen Veränderungen auf dem bestehenden Parkplatz auf der gegenüberliegenden Autobahnseite bei der Ausfahrt 15 Kalkwerk vorgenommen werden.

Bushaltestelle und zwei Kreisel

Unweit der Raststätte Aire de Wasserbillig sollen beim bestehenden 737 Stellplätze umfassenden Park-and-Ride nämlich eine Bushaltestelle sowie zwei Kreisverkehre geschaffen werden. Nach der Fertigstellung werden die Pendler späterhin über eine noch zu errichtende Überführung zur Haltestelle für RGTR-Busse an der Zubringerstraße CR 141B gelangen.

Als nächstes wird in einer zweiten Phase auf der gegenüberliegenden Autobahnseite in Fahrtrichtung Luxemburg neben der Straße mit dem Bau des fünfstöckigen Parkhauses mit einer Aufnahmekapazität von 990 Fahrzeugen angefangen. Um dessen Bauzeit zu verkürzen, wurde eine Stahlkonstruktion zurückbehalten.

Eine Entspannung bei der Parkproblematik im Ortskern von Wasserbillig soll letztendlich das zweite Parkplatzprojekt herbeiführen. Verwirklicht wird dieses Bauvorhaben am Bahnhof der Ortschaft vor dem Standort der aktuellen

CFL-Werkstatt.

Laut dem zuständigen Ministerium soll mit dem ebenfalls als Stahlkonstruktion errichteten Parkhaus im kommenden Jahr vor dem Auftakt des kollektiven Sommerurlaubs im Baugewerbe angefangen werden. Hier sollen insgesamt 370 Stellplätze entstehen.

Gemäß dem ursprünglichen Zeitplan hätten diese Bauarbeiten allerdings schon Ende des vergangenen Jahres in Angriff genommen werden sollen. Kommt während der zweijährigen Bauarbeiten nichts mehr dazwischen, dann soll das neue Parkhaus an der viel befahrenen Route de Luxembourg fristgerecht im Juli 2023 in Betrieb genommen werden können. So zumindest sieht es die Planung vor.

Demnächst soll der Bauauftrag, bei dem das für die Errichtung zuständige Unternehmen ermittelt wird, ausgeschrieben werden. Die diesbezüglichen Unterlagen würden momentan von den Verwaltungen zusammengestellt, heißt es vonseiten des Ministeriums.

Standort nicht unumstritten

Und obwohl im Zentrum des Mosel- und Sauerorts dringend zusätzlicher Parkraum benötigt wird, so ist der Bau eines Parkhauses von solchen Ausmaßen in diesem Ortsteil keineswegs unumstritten.

Wegen des zurückbehaltenen Standorts an der Hauptverkehrsstraße, über die der Verkehr aus Richtung Grenzbrücke beziehungsweise Echternach nach Mertert und umgekehrt geleitet wird, sorgt das Parkhausprojekt für Besorgnis bei der Bevölkerung und insbesondere bei den direkt davon betroffenen Anrainern.

Denn sie befürchten nämlich, dass das große Parkhaus nach seiner Fertigstellung im Jahr 2023 noch mehr Berufspendler dazu verleiten wird, nach Wasserbillig zu fahren und ihren Wagen dort zu parken, um dann mit Bahn oder Bus zum Arbeitsplatz zu fahren. Dadurch könnte sich dann die ohnehin in „normalen“ Zeiten schon zu bestimmten Tageszeiten angespannte Verkehrslage und folglich auch wieder das Parkplatzproblem zusätzlich verschlechtern – und damit auch ihre Lebensqua-

lität. Diese Bedenken und Befürchtungen hatten sie denn auch im Juli 2018 anlässlich einer Bürgerversammlung geäußert, als François Bausch, Minister für Mobilität und öffentliche Arbeiten, und Verantwortliche der Eisenbahngesellschaft CFL das Park-and-Ride-Projekt vorstellten. Bausch teilte ihre Befürchtungen damals nicht.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Zusammenhalt, wo es nur geht

Die Frankfurter Buchmesse unter dem Motto „Signal of Hope“ und ein selbstbewusster neuer Luxemburger Verband

Interview: Daniel Conrad

Der Literaturwissenschaftler und Autor Samuel Hamen ist Präsident der gerade frisch gegründeten „Association: Lëtzebuergger Literatur“, die als Verband der Autorinnen und Autoren auch zentraler Ansprechpartner für die Kulturpolitik sein will. Und gerade jetzt – besonders in Zeiten, in denen wichtige Foren wie die ab heute startende Frankfurter Buchmesse nur digital stattfinden können – sei es umso wichtiger, die Interessen der Autorinnen und Autoren zu bündeln und stark zu vertreten.

Samuel Hamen, da wollen sich die Luxemburger Autorinnen und Autoren immer besser aufstellen und dann brechen die Foren wie jetzt die Frankfurter Buchmesse zusammen oder müssen sich komplett anders konzeptionieren...

Ja, das reiht sich ja gewissermaßen in eine Historie des Verzichts ein. Wir sind seit Monaten gewohnt, dass Dinge abgesagt oder verlegt werden. Ich glaube, auf eine etwas desolante Weise hat man sich daran gewöhnt, dass Raum enger geworden ist. Und gleichzeitig, glaube ich, hat jeder für sich Alternativen gefunden. Sei es, dass man sehr viel online macht. Viele hatten zum Beispiel schon Podcasts lanciert, das wurde jetzt stark intensiviert, und wenn man als Autor neugierig ist, gibt es nach wie vor die Möglichkeiten, sich zu informieren und sich zu verknüpfen. Die Buchmesse als Event fehlt da natürlich auch, weil man da ja auch immer

sagen muss, dass Frankfurt eine Verlegermesse ist. Aber es ist natürlich schön, als Autor auch vor Ort zu sein und die Stimmung zu genießen und sich mit Leuten zu treffen, die man eventuell einmal im Jahr sieht.

Liegen in der Krise nicht auch Chancen für die Autorinnen und Autoren, sich anders in der Öffentlichkeit zu präsentieren?

Ich habe starke Zweifel bei diesem Narrativ „Corona als Chance“. Vielmehr habe ich den Eindruck, dass solche Thesen oftmals aus der Verzweiflung heraus geboren werden. Natürlich muss man auf einem gewissen Level optimistisch und produktiv bleiben.

Aber die Idee, dass die neue Situation jetzt auch vielleicht sogar bessere Chancen hervorbringt als vorher, ist meiner Meinung nach ein Irrglaube.

Aber Formate wie Onlinelesungen und -veranstaltungen schaffen doch Foren. Letztlich setzt auch jetzt die Frankfurter Buchmesse darauf...

Da muss man sich grundsätzlich die Frage des Formats stellen. Wen erreicht man wie auf diese Weise? Und ist die Zählung via Klicks ein adäquater Modus, um herauszufinden, wie verbreitet und wertgeschätzt Literatur ist? Ich glaube nicht. Dann kommt da ganz praktisch die Frage nach einer Vergütung hinzu. Wie wird honoriert, dass man auf demsel-

ben Level liest, als wäre es eine reale Lesung? Jetzt wurden kurzfristig aus der Not heraus Formate geboren, und das hat auch in dieser Kurzfristigkeit geholfen, die Leute zusammenzubringen und den Leuten zu zeigen, dass Kultur wichtig ist. Aber mittel- und langfristig muss es auf jeden Fall darauf hinauslaufen, dass die etablierten Institutionen mit den etablierten Formaten, die ja funktionieren, wieder in den Vordergrund rücken. Und natürlich das Buch an sich.

Was will - vier Jahre nach dem unrühmlichen Ende des „Lëtzebuergger Schrëftstellerverband“ - die gerade frisch gegründete „Association: Lëtzebuergger Literatur“ nun erreichen?

Wir versuchen, das personelle Missmanagement, das am Ende des Lëtzebuergger Schrëftstellerverband herrschte, zu verhindern. Der Blick geht nach vorne. Diese Episode liegt hinter uns. Wir sind ein neuer Verband. Natürlich haben wir dieselben Themen, teilweise sind ehemalige LSV-Mitglieder jetzt wieder dabei, beziehungsweise Ehrenmitglieder. Aber prinzipiell gibt es nach wie vor dieselben Fragen, die gestellt werden müssen: Wie soll es mit dem Künstlerstatut und den freien Autoren weitergehen? Es geht um juristische Fragen und um die Kultursubventionspolitik. Jetzt ist natürlich genau der richtige Zeitpunkt, dass wir wieder da sind.

Liegt das denn so im Argen?

Verschlechtert hat sich die Situation in den letzten Jahren nicht, aber auch nicht verbessert. Die Politik sucht Ansprechpartner, die für die Sparte – von etablierten, mehrfach preisgekrönten Autoren bis zu Neueinsteigern – sprechen können. Und wenn das mythische Wort der Professionalisierung im Raum steht, muss natürlich auch die Autorenschaft sagen, was sie möchte. Das sind eben Fragen, wie zum Beispiel, wie eine halbe staatliche Stelle mit freien Tätigkeiten kombiniert werden könnte und wie freie Existenzen als Schriftsteller möglich sind. Es gibt eben eine gewisse Dynamik – einerseits, weil es zum Beispiel mit dem Kulturentwicklungsplan und Kultur:LX Initiativen gibt, und andererseits die Pandemie deutlicher aufgezeigt hat, welche Probleme in solchen Zeiten aufkommen. Zum Beispiel ganz praktische Fragen: Wie sollten wir Klauseln in die Verträge schreiben, wenn Lesungen organisiert, aber dann abgesagt werden? Bekommt der Schriftsteller dann trotzdem einen Teil des Honorars?

Ich dachte, der Verlegerverband hat da auch schon Arbeit geleistet...

Ein Autor hat andere Probleme als ein Verlag – und das kann auch durchaus zu Konflikten führen.

Luxemburg bei der Buchmesse 2020

Bei der digitalen Messe ist auch Luxemburg vertreten, sagt Marc Rettel vom Literaturexportprogramm „Reading Luxembourg“. Neben dem Programm als zentrale Anlaufstelle selbst sind sieben Verleger aus dem Großherzogtum als digitale Aussteller bei der Messe angemeldet. Das sind:

copybarabooks, Editions Guy Binsfeld, Hydre Editions, Kremart Edition, Kiwi E.L.G., Perspektiv Editions und Schortgen Editions.

Dazu werden luxemburgische Autoren und Projekte auch beim digitalen „Bookfest“ vertreten sein: Am 17. Oktober, 22 Uhr, ist Francis Kirps als

Preisträger des EU Prize for Literature 2020 bei einem digitalen Event mit den 13 Preisträgern dieses Jahres dabei. Zudem findet im Rahmen des „Bookfest-city“ am 14. Oktober ein Abend im Hotel Le Méridien in Frankfurt (ab 19.30 Uhr) unter dem Titel „Von B nach B – Begegnungen auf dem Radweg Deutsche Einheit“ statt: Die Fotografin und Autorin Mina Es-

fandari stellt ihr neues Buch vor, das bei copybarabooks erschienen ist.

Die Moderation führt Guy Helminger. Mehr zu dem Projekt von Mina Esfandari und dem luxemburgischen Exportprogramm unter:

- <http://bit.ly/vonbnachb>
- www.readingluxembourg.lu

Broschüre, pädagogisches Beiheft und brandneue Webseite

CM2GM.LU „Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale“ stellt Aktivitäten vor

Sidney Wiltgen

Im Beisein von Premierminister Xavier Bettel hat das „Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale“ unter der Leitung von Präsidentin Claude Wolf die neue Webseite cm2gm.lu, eine Broschüre und ein zugehöriges pädagogisches Beiheft präsentiert. „Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg soll am Leben erhalten werden“, sagt Claude Wolf auf einer Pressekonferenz am Freitag im Senninger Schloss.

Eine Broschüre, ein pädagogisches Beiheft und eine brandneue Internetseite hat Claude Wolf, Präsidentin des „Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale“ (CM2GM), auf einer Pressekonferenz präsentiert. Zusätzlich soll im Rahmen der Feierlichkeiten zur „Journée de la Commémoration nationale“, die dieses Jahr am 18. Oktober begangen wird, eine Gedenkplakette am Bahnhof enthüllt werden, die an die 3.614 Frauen erinnern soll, die während der Nazi-Besatzung Luxemburgs zwangsrekrutiert wurden.

„Die Internetseite ist bereits online“, sagt Claude Wolf, „wenn auch noch nicht komplett.“ In Zukunft sollen auch Zeitzeugen zur Sprache kom-

men sowie Audio- und Videodateien online publiziert werden. Auch die präsentierte Broschüre soll zukünftig auf der Webseite heruntergeladen werden können.

Premierminister Xavier Bettel ließ es sich nicht nehmen, bei der Vorstellung der Aktivitäten des CM2GM dabei zu sein und hob die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit hervor: „Das, was hier in Luxemburg passiert ist, soll nicht in Vergessenheit geraten.“ Damit die geleistete Arbeit überhaupt präsentiert werden konnte, mussten zahlreiche Gespräche mit den verschiedenen Interessengruppen – Zwangsrekrutierten, Vertreter des luxemburgischen Widerstands und der jüdischen Gemeinschaft – geführt werden. Schlussendlich konnten jedoch alle Parteien von einer gemeinsamen Mitarbeit am Projekt überzeugt werden – ein Novum.

„Vor sieben Jahren habe ich gewagt zu behaupten, dass wir nicht alle Helden waren“, sagt Xavier Bettel, und fügt hinzu: „Das bedeutet natürlich nicht, dass es keine gegeben hat.“ Es sei wichtig, dass Kinder und Jugendliche möglichst viel mit der Vergangenheit konfrontiert werden. Es könne nie genug Bildung geben, so das Plädoyer des DP-Politikers.

Konfrontation mit der Vergangenheit

Die Broschüre ist in der Erstaufgabe 20.000 Mal gedruckt worden und ist sowohl an Schüler als auch an die Öffentlichkeit gerichtet. Die Broschüre sollte Anfang Mai in den Schulen verteilt werden, was aber aufgrund der Corona-Pandemie vertagt werden musste. Die Vizepräsidenten des CM2GM, Guy Dockendorf und Josy Lorent, ergänzten, dass sich die Broschüre und das pädagogische Beiheft nicht nur an Geschichtslehrer richten, sondern auch als Integrationsfaktor in einem Land dienen können, in dem fast die Hälfte der Einwohner eine ausländische Staatsbürgerschaft haben.

Auf welchem Weg die Broschüre an die breite Öffentlichkeit verteilt wird, sei noch nicht abschließend geklärt. Premierminister Xavier Bettel könne sich allerdings eine Kooperation mit dem Syvicol vorstellen, um sie in den Gemeinden zu verteilen oder auf digitalem Wege auf einer „Welcome Page“, auf der auch andere Broschüren publiziert werden könnten.

„Der Zweite Weltkrieg in Luxemburg“

Das Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale stellt pädagogische Broschüre mit Begleitheft vor

Von **Annette Welsch**

Zwei Jahre Arbeit stecken in der Broschüre „Der Zweite Weltkrieg in Luxemburg“, die an alle 15-jährigen Schüler in Luxemburg ausgeteilt werden soll, sich aber auch an die Öffentlichkeit wendet. Gestern wurde sie mitsamt ihrem pädagogischen Begleitheft und der neuen Webseite www.cm2gm.lu des Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale (CM2GM) vorgestellt – von Claude Wolf, Josy Lorent und Guy Dockendorf und im Beisein von Premierminister Xavier Bettel (DP).

Das CM2GM wurde 2016 gegründet. Dem 18-köpfigen Gremium gehören jeweils sechs Vertreter der Zwangsrekrutierten, der Resistenzler sowie der Opfer der Shoah an. „Es war nicht einfach, alle drei an einen Tisch zu bekommen, auch wenn sie alle ein gemeinsames Ziel haben – die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wach zu halten“, sagte Bettel in Anspielung an die anfänglichen Reibereien und Animositäten der drei Verbände. Er hob lobend die vielen Stunden an freiwilliger Arbeit hervor, die in dem Projekt stecken. „Es gibt immer weniger Zeitzeugen, wir können uns nicht erlauben, wertvolle Zeit zu verlieren, um dann irgendwann sagen zu müssen: Jetzt ist es zu spät“, so Bettel.

Claude Wolf, die im Comité die Opfer der Shoah vertritt und seit vergangenem Montag CM2GM-Präsidentin ist, verwies darauf, dass erstmals an einem Projekt zu-

sammengearbeitet wurde. „Es war uns wichtig, die jungen Menschen anzusprechen. Wir wollen mit der Broschüre aber auch Neu-Ankömmlinge darüber informieren, wie die Zeit des Zweiten Weltkriegs hier im Land erlebt wurde.“

Sie bedauerte, dass der Nationale Gedenktag in diesem Jahr covid-bedingt nicht im großen Rahmen stattfinden kann. „Wir haben uns viel Mühe gegeben, vor allem junge Leute mit in die Erinnerungsarbeit einzubinden“, sagte sie und verwies gleich auch auf Zukunftsprojekte: „Wir wollen in einer Umfrage herausfinden, wo die Erinnerungen und Emotionen der ersten Nachkriegsgenerationen aufhören, um die Erinnerungsarbeit neu auszurichten.“ Sie zeigte sich ganz besonders stolz darauf, dass am 18. Oktober eine Gedenktafel zur Erinnerung an die 3 614 jungen luxemburgischen Frauen, die von den Nazis zum Reichsarbeitsdienst eingezogen wurden, am Luxemburger Bahnhof eingeweiht wird.

Elf Themen werden in der Broschüre behandelt – vom „Weg in den Krieg“, über „Die Invasion“, „Die völkische Politik“, „Die Verfolgung der Juden“, „Der Widerstand“ oder „Die Zwangsrekrutierung“ bis hin zu „Eine gesplattete Gesellschaft“. Dabei werden die historischen Fakten und Eckdaten ergänzt durch zahlreiche Illustrationen und Kurzbiografien von Personen, die Mittäter oder Opfer waren. Daran mitgearbeitet haben

die beiden Historiker Vincent Artuso und Pit Péporté.

Emotionale und objektive Wahrheit

„Die Sprache dieser pädagogischen Broschüre ist verständlich und nicht emotional geladen“, erklärte CM2GM-Vizepräsident Guy Dockendorf. „Die Wahrheit der Historiker von heute ist ab und zu eine andere, als die Wahrheit der Zeitzeugen, die den Krieg auf ihre Art erlebt haben.“ Es sei darum gegangen, zu schauen, ob es möglich ist, die emotionale Wahrheit mit der objektiven Wahrheit überein zu bringen. Und: „Es war ein wichtiger Test, ob zwei oder drei Generationen miteinander arbeiten können, aber auch ob unsere drei Gemeinschaften sich demokratisch und in offener Aussprache auf einen Text einigen können. Das war eine Knochenarbeit mit einem regen Austausch“, betonte Dockendorf.

Dazu gibt es ein pädagogisches Begleitheft, das vom Zentrum für politisches Bildung konzipiert wurde und zusätzliches Bild- und Textmaterial, Links und Tipps für Recherchen sowie Diskussionsvorschläge bietet. Die Broschüre gibt es auf Luxemburgisch, Französisch, Deutsch und Englisch, das Begleitheft ist auf Deutsch. Alles lässt sich auf www.cm2gm.lu herunterladen. Die Broschüren sind zudem im Staatsministerium und bei den einzelnen Erinnerungsorganisationen erhältlich.

Life analysiert

ClearimageAI will mit einem neuen Produkt den Markt von Luxemburg aus erobern

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Auf dem Bildschirm taucht eine rote Warnung auf: Der Besucher, der den Raum betritt, trägt keine Maske. Und er steht zu nah an seinem Ansprechpartner. Auch davor warnt der Bildschirm.

„Das hier ist eine tolle Möglichkeit festzustellen, dass die Leute sich an die Regel mit dem Abstand und der Maske halten“, sagt Martin Guérin, CEO des Luxembourg-City Incubators. Er meint damit das System von „ClearimageAI“. Das Unternehmen hat ein besonderes Verfahren entwickelt: Ohne Datenaufzeichnung analysiert es dynamische Daten. In diesem Fall zählt das System die Eintretenden, misst ihre Distanz zueinander und prüft, ob sie eine Maske tragen.

„Wir können sowohl Objekte als auch Personen erkennen“, sagt CEO Kris Bober. Die Stereo-Sensoren seines Systems sind darüber hinaus in der Lage, auch Entfernungen zwischen Personen oder Dingen zu messen oder Szenen zu analysieren. Bober verweist auf einen Film auf seiner Webseite. Dort analysiert Clearimage AI einen versuchten Autodiebstahl.

Anwendungen in der Überwachung der Kundenanalyse oder bei Arbeitsabläufen

Aber auch für ganz andere Prozesse lässt sich die Software nutzen. Beispielsweise für die Überwachung der richtigen Abpackung von Take-away-Nahrungspaketen. Sind die richtigen Früchte in der Tüte gelandet?

„Was wir machen, ist IOT der nächsten Generation“, versichert der Gründer. „Wir können Ereignisse augenblicklich analysierten – ohne, dass irgendetwas aufgezeichnet wird.“ Das macht die Anwendung für alle interessant, die sonst Probleme mit dem Datenschutzgesetz hätten. Dazu kommt, dass alle Daten lokal verarbeitet werden. Damit entfällt das Verschicken von Daten oder die Nutzung von Servern, die ganz woanders sind.

Bober kennt noch mehr Anwendungen. „Unsere Software kann beispielsweise analysieren, wer wie lange auf einen Bildschirm schaut. Damit weiß man schnell: Lohnt es sich überhaupt, den aufzustellen?“

Solche Idee hat Bober mit seinem Team entwickelt. „Wir waren vorher bei Apple Image Segmentation“, sagt er. Doch er wollte wei-

tergehen als die arbeits- und zeitintensiven Systeme. „Wir wollten etwas Automatisiertes.“ Seit April dieses Jahres ist das Produkt marktreif. Dass ausgerechnet die Coronakrise ausbrach, machte es dem Start-up nicht leicht.

Kunden hat das in Luxemburg beheimatete Unternehmen nicht nur hier, sondern auch in Polen, der Türkei und Thailand. „Wir stellen die Software jetzt global vor“, erklärt Bober. Er zeigt, wie er auf seinem Handy durch eine App einfach verfolgen kann, was passiert. „Man kann das für Prozeduren und Märkte festlegen. Wenn jemand beispielsweise bei sich allein zu Hause ist und stürzt, kann man das über unsere App feststellen. Auch Smart City Anwendungen sind gut denkbar, denn die Software kann mit anderen kommunizieren – und das alles in Echtzeit“, unterstreicht der CEO von ClearimageAI.

Das Produkt ist in seinen Augen erschwinglich. In den kommenden Monaten soll es beim Preis eines iPhones liegen. Möglich wird die Nutzung der Software durch einen kleinen Kasten namens „iris“, etwa halb so groß wie eine Schuhschachtel. Dazu gibt es dann verschiedene Apps, je nachdem, ob der Kunde lieber einen Schutz für das Haus will oder eine Büroanwendung oder aber Prozeduren sicherstellen – wie das Einhalten von Distanzen und das Masken tragen im LCI. „Es gibt auch noch weitere Anwendungen. Wie verlaufen Gespräche zwischen dem Kunden und dem Verkäufer. Wie zufrieden sind die Kunden? – „Da ist viel möglich“, versichert Bober.

Er hat schon einige Unternehmen in den vergangenen Jahren gegründet. Der gebürtige Pole ist in Kanada aufgewachsen und kennt daher die europäische und nordamerikanische Kultur. Mit seinem Team arbeitet er seit rund zehn Jahren zusammen. „Konkurrenten haben wir im Moment nicht“, sagt er lächelnd.

Der 54-Jährige ist vor acht Jahren nach Luxemburg gekommen, weil er einen zentralen Standort in Europa wollte. Seit 2018 ist ClearimageAI im LCI. „Sie haben uns sehr gut unterstützt und viele Kontakte besorgt“, lobt Bober. In den kommenden drei Monaten will er sein Team von sieben Mitarbeitern verdoppeln, aber im LCI bleiben. „Unsere Aussichten“, ist Bober sicher, „sind gut.“

„Was wir machen, ist IOT der nächsten Generation“

KRIS BOBER CEO und Gründer Clearimage AI



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Genuss auf hohem Niveau

Gastroführer „Gault&Millau“ kürt René Mathieu zum Luxemburger „Koch des Jahres 2021“

Von Michael Juchmes

Luxemburg. Es ist das Jahr des René Mathieu: Der Küchenchef des Restaurant „La Distillerie“ in Burglinster wurde von „Gault&Millau“ anlässlich der Vorstellung des neuen Gastroführers „A Taste of Luxembourg“ im Alvisse Parc Hôtel in Luxemburg-Dommeldingen als „Koch des Jahres 2021“ ausgezeichnet. Es ist der zweite große Titel innerhalb weniger Monate für den 59-jährigen Gastronom, der gebürtig aus Belgien stammt: Seine Wirkungsstätte „La Distillerie“ wurde erst kürzlich bei den „We're Smart World Awards 2020“ zum besten Gemüse-Restaurant der Welt gekürt.

Drei Mal 18 Punkte.

„La Distillerie“ führt in der zweiten, nur auf das Großherzogtum ausgerichteten Ausgabe der Gastronomiebibel, die mit 6 000 vorbestellten Exemplaren vom Verlag bereits als Erfolg verbucht wird, mit 18 von 20 möglichen Punkten die Rangliste der Restaurants an. Gleichauf liegen „Ma Langue Sourit“ in Mutfort – Küchenchef Cyril Molard erhielt im

vergangenen Jahr die begehrte „Koch des Jahres“-Auszeichnung – und „Mosconi“ in Luxemburg-Grund. Auf den Plätzen folgen die Adressen „Clairefontaine“ in Luxemburg-Stadt (17 Punkte), „Fani“ in Roeser (16,5 Punkte) und „La Cristallerie“ in Luxemburg-Stadt (16,5 Punkte).

Nicht nur einen, sondern gleich einen doppelten Grund zur Freude hat Louis Linster, Sohn von Sternegastronomin und TV-Berühmtheit Léa Linster: Der 30-Jährige, der – so Gastgeber Laurent Fery von „Gault&Millau Luxembourg“ – „seinen eigenen Weg geht“, wurde von den französischen Branchenexperten mit dem Titel „Jungkoch des Jahres“ bedacht. Für den Junggastronom, der seit einiger Zeit die ehemalige Wirkungsstätte seiner Mutter führt, eine ganz besondere Ehrung. Zudem konnte sich sein Restaurant namens „Léa Linster“ in Frisingen um einen halben Zähler auf 16 Punkte verbessern.

Im neuen Gastroführer sind insgesamt 91 Restaurants aus Luxemburg mit zwölf oder mehr Punkten aufgeführt, darunter auch neun

Neueinsteiger, wie etwa „La Villa“ in Luxemburg-Pulvermühle (14,5 Punkte), „Ryôdô“ in Luxemburg-Hollerich (14,5 Punkte) und „Airfield“ in Findel (13,5 Punkte). Ebenfalls aufgezählt werden 17 populäre Restaurants, 21 Bars und neun Chocolatiers.

Ehrung für Horesca

Erstmals mit einer Auszeichnung honoriert wurde bei der diesjährigen Preisverleihung die „Persönlichkeit des Jahres“. Dieser Titel – überreicht von Fery und Moderatorin Tanja de Jager – geht für 2021 an die gesamten Mitglieder des Hotel- und Gaststättenverbandes Horesca.

„Gault&Millau“ würdigt damit die Arbeit der einzelnen Gastronomen, Restaurantmanager und Fachkräfte, die in den vergangenen Monaten Schwerstarbeit geleistet haben – und, wenn der Trend weiter anhält, auch in den kommenden Wochen noch einige Hindernisse überwinden müssen, um das Jahr 2020 erfolgreich abzuschließen.

„Gault&Millau – A Taste of Luxembourg“ ist ab sofort zum Preis von 14,95 Euro erhältlich.

Die Preisträger:

Koch des Jahres:

René Mathieu – „La Distillerie“

Bar des Jahres:

„Bazaar“

Populäres Restaurant des Jahres:

„Bellamy“

Patissière des Jahres:

Carole Lesquer („La Villa“)

Sommelier des Jahres:

Nathan Roellinger

(„Maison Lefèvre“)

Gastgeberin des Jahres:

Nathalie Pham („Two6Two“)

Newcomer des Jahres:

Ryôdô Kajiwara („Ryôdô“)

Mediterraner Koch des Jahres:

Renato Favaro („Cômo“)

Jungkoch des Jahres:

Louis Linster („Léa Linster“)

Persönlichkeit des Jahres:

Horesca



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Krankenhäuser treffen Vorkehrungen

Deutlicher Anstieg von stationär zu behandelnden Corona-Patienten erwartet – Interne Infektionscluster erschweren Planung

Luxemburg. Sie sind das Rückgrat im Kampf gegen die Corona-Pandemie: die Krankenhäuser. Doch auch deren Organisation wird durch die steigenden Fallzahlen empfindlich gestört. Das bestätigten Premierminister Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern im Pressebriefing. Zuvor hatten mehrere Krankenhäuser Meldungen zu Infektionsclustern bestätigt.

So hatte etwa das Centre hospitalier Emile Mayrisch (CHEM) gemeldet, dass 21 Patienten und 13 Beschäftigte der Klinik in Niederkorn positiv getestet wurden. Die betroffenen Patienten wurden in die Covid-Abteilung des Escher Krankenhauses verlegt. 58 Mitarbeiter

aus unterschiedlichen Bereichen wurden präventiv in Quarantäne gesetzt. Auch im Centre hospitalier de Luxembourg (CHL) sind 30 Mitarbeiter positiv auf Corona getestet worden. 60 weitere wurden in Quarantäne versetzt.

Empfang neu geregelt

Vor der Empfangshalle für Krankenwagen hat das Centre hospitalier du Nord (CHdN) in Ettelbrück am Donnerstag mit Unterstützung der Armee die Großraumzelte abgebaut. Anstatt in Zelten erfolgt der Empfang für Covid-Patienten und Verdachtsfälle nun in einem abgetrennten Bereich im Gebäudeinnern. Damit sollen alle Patienten bestmöglich

betreut und eine größtmögliche Sicherheit durch getrennte Behandlungswege gewährt werden, teilt das Krankenhaus mit.

Beim Krankenhaus der Hôpitaux Robert Schuman (HRS) in Kirchberg hat die Armee gestern hingegen erneut Zelte im Eingangsbereich aufgestellt

In Ettelbrück wiederum müssen die Termine für die Poliklinik, die Röntgen- und die Endoskopieabteilung aus Sicherheitsgründen nun im Voraus über Tel. 8166-8166 oder via www.chdn.lu vereinbart werden. Das Centre hospitalier Emile Mayrisch hat die Poliklinik in Niederkorn seit Freitagabend ganz geschlossen. Jene in Esch/Alzette bleibt rund um die Uhr zu-

gänglich. Auch hier wird auf eine strikte Trennung zwischen Covid- und Nicht-Covid-Patienten geachtet.

Stufe 3 deutet sich an

Falls die Zahl der positiven Fälle und der Krankenhausaufenthalte weiter steigt, wird möglicherweise schon bald die Stufe 3 des Krankenhausplans ausgelöst. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Die Pläne sehen unter anderem Einschränkungen bei nicht dringenden Behandlungen von Patienten vor – um die Kräfte für die Versorgung von kritischen Corona-Patienten zu bündeln, so wie es im Frühjahr bei der ersten Welle der Fall war. str

Telearbeit: Kein Recht und keine Pflicht

Allerdings soll der gesetzliche Rahmen dafür verbessert werden: Petitionsdebatte in der „Chamber“

LUXEMBURG

LJ

Die Thematik könnte aktueller nicht sein: am Samstag appellierte die Regierung angesichts steigender Covid-19-Infektionszahlen erneut, auf Telearbeit zurückzugreifen, wenn es nur irgend geht. Die Pandemie hat die Zahl der „Teleworker“ drastisch nach oben getrieben, mit einem Höhepunkt in den Monaten des „Confinement“. Laut einer Umfrage des Statec betrieben damals 69 Prozent der aktiven Ansässigen Heimarbeit, gegenüber 20 Prozent 2019.

5.824 Unterschriften

Darunter war auch Serge Remy, der sich mit seiner Frau über die Vor- und Nachteile der Telearbeit unterhielt und den Entschluss fasste, eine Petition zu starten, um ein Recht für alle Arbeitnehmer zu fordern, die Hälfte ihrer Wochenarbeitszeit auf Nachfrage von zuhause aus leisten zu dürfen. Das Volksbegehren mit der Aktennummer 1556 konnte am Ende 5.824 Unterschriften verbuchen – 4.500 braucht es, damit eine Petition Gegenstand einer öffentlichen Debatte im Parlament wird.

Der Erfolg des Begehrens ist zweifelsohne der besonderen Lage durch Covid-19 geschuldet. Ähnliche Anliegen, die in früheren Jahren gestartet wurden, erreichten das erwähnte Limit nämlich nie. „Kein Petitionsthema ist so oft in letzter Zeit wiedergekommen, wie die Telearbeit“, sagte die Vorsitzende des parlamentarischer Petitionsausschusses, Nancy Kemp-Arendt (CSV) gestern Morgen zum Auftakt der Petitionsdebatte in der „Chamber“, die natürlich auch massiv auf Heimarbeit und Videokonferenzen zurückgegriffen hat.

Während der Diskussion wurde vor allem das Pro- und Contra der Telearbeit abgewogen. Zum einen weniger Stress, weil etwa der Anfahrts- und Rückweg wegfällt. Das führe auch zu weniger Staus. Serge Remy rechnete vor, dass das Verkehrsaufkommen um 20 Prozent falle, wenn Arbeitnehmer 40 Prozent ihrer Arbeitszeit von zuhause aus leisten könnten. Er meint auch, dass Telearbeit förderlich für die Produktivität der Arbeitnehmer sei und die Koordination zwischen Arbeits- und Familienleben begünstige. Kommunikationsschwierigkeiten, Beeinträchtigung der Teamarbeit und Desozialisierung führte er als Nachteile an.

„Ein anderes Management“

„Telearbeit ist nicht die Lösung aller Probleme“, unterstrich Remy mehrmals, schließlich würden sich nicht alle Berufe und alle Lebenslagen dafür eignen. Er zeigte sich allerdings auch überzeugt, dass es gelingen kann, die negativen Aspekte der Telearbeit auszumerzen. Ohnehin plädiert er für eine Abwechslung zwischen Telearbeitszeiten und Präsenzzeiten im Büro. „Das erfordert ein anderes Management“, erklärte der Petitionär, der auch betonte, dass ein neues Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut werden müsse.

Bei der Diskussion kamen auch die zur Zeit wegen der Pandemie auf Eis gelegten Begrenzungen für den Rückgriff von Grenzgängern auf Telearbeit zurück. Deutschland,

Frankreich und Belgien erlauben etwa nur eine gewisse Zahl von Arbeitstagen im Ausland für in diesen Länder wohnhafte aber in Luxemburg angestellte Arbeitnehmer (respektive 19, 24 und 26), bevor die Betroffenen auch in ihrem Sitzland Steuern entrichten müssen. Serge Remy plädiert für ein Recht auf 47 Tage Heimarbeit für alle Grenzgänger, also einen Tag die Woche.

Telearbeitsabkommen zwischen Arbeitsvertragspartnern beruhen bislang lediglich auf Freiwilligkeit. „Ist der Arbeitgeber dagegen, kann der Arbeitnehmer nichts machen“, bedauert Serge Remy. Aber ein Recht auf Heimarbeit wird es zunächst mal nicht geben. Ebenso wenig wie eine Pflicht dafür. Darüber sind sich auch die Sozialpartner einig, die in den vergangenen Monaten das Thema Telearbeit im Wirtschafts- und Sozialrat in einem umfassenden Gutachten gründlich beleuchteten und auch an einer Modernisierung der seit 2006 bestehenden, allgemein gültigen Konvention zwischen Patronat und Gewerkschaften gearbeitet haben.

„Droit à la déconnexion“: Gesetzentwurf Anfang 2021

Arbeitsminister Dan Kersch, der darauf hinwies, dass das Regierungsprogramm bereits eine Evaluierung der Konvention vorgesehen hatte, hofft, dass die Neufassung – in der auch die gelegentliche Telearbeit geregelt wird – nach einigen kleineren Anpassungen noch vor Monatsende unterzeichnet werden und für allgemein gültig erklärt werden kann. Für ihn sind auch noch andere arbeitsrechtliche Anpassungen in Zeiten des digitalen Wandels der Arbeitswelt wichtig. Etwa das „Droit à la déconnexion“ – oder „Recht auf Abschaltung“, das regelt, ab und bis wann ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber kontaktiert werden kann. Im ersten Trimester 2021 soll dazu ein Gesetzentwurf auf den Instanzenweg gehen.

Ein regelrechter Boom

Das Arbeiten von zuhause aus erlebte durch die Covid-Pandemie einen regelrechten Boom. Im zweiten Trimester dieses Jahres arbeiteten 52 Prozent der Arbeitnehmer regelmäßig auf Distanz, wie aus dem jüngst vorgestellten Statec-Bericht „travail et cohésion sociale“ hervorgeht. Allerdings legte auch die Intensität des „Télétravail“ zu. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten verrichtete ihren Job über 32 Stunden oder mehr von zuhause aus, 3,3 Mal mehr als im vorigen Trimester. Lediglich ein Viertel der Beschäftigten arbeitete weniger als 16 Stunden auf Distanz im zweiten Trimester. Es waren vor allem Hochqualifizierte in großen Unternehmen, die inmitten der ersten Corona-Welle ihr Büro in die eigenen vier Wände verlegte. Sehr hohe Prozentsätze lassen sich neben den Informations- und Kommunikationssektor und den Finanz- und Versicherungsbranchen auch in der öffentlichen Verwaltung feststellen.

Unproblematisch blieb die Arbeit im Homeoffice allerdings nicht immer. Immerhin 45 Prozent der Internetnutzer berichten von Problemen in diesem Zusammenhang. Für viele Beschäftigte im Homeoffice (32 Prozent) war die schlechte Internetverbindung ein Grund zur Beschwerde, weitere 12 Prozent mussten ihr informatives Material mit anderen Personen im Haushalt teilen. Veraltete Laptops oder Computer (4

Prozent), nicht zugängliche oder nur schwer verständliche Onlinedienstleistungen (5 Prozent) sowie mangelnde Computerkenntnisse (7 Prozent) erschwerten die Arbeit für andere Nutzer.

OGBL warnt deutsche Grenzgänger

Der Unabhängige Gewerkschaftsbund (OGBL) warnt derzeit deutsche Grenzgänger. Denn das jüngste Abkommen mit Deutschland zur Aussetzung des 19-Arbeitstage-Limits

außerhalb Luxemburgs gilt nicht generell. „Dieses Abkommen schließt diejenigen Grenzgänger aus, deren Arbeitsvertrag Telearbeit vorsieht“, schreibt der OGBL. In anderen Worten: Arbeiten diese deutschen Grenzgänger länger als 19 Tage lang im Homeoffice, werden sie in Deutschland besteuert. Diese Ungleichbehandlung kritisiert die Gewerkschaft dann auch und fordert Finanzminister Pierre Gramegna dazu auf, die Vereinbarung mit Deutschland unverzüglich zu überprüfen. ●

„Telearbeit ist nicht die Lösung aller Probleme“

SERGE REMY Petitionär

Heimarbeit wird neu geregelt

Anhörung im Parlament zum Recht auf Telearbeit: Es soll bei der Freiwilligkeit für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber bleiben

Von Annette Welsch

Kein Thema habe die Petitionskommission in diesem Jahr mehr beschäftigt als die Heimarbeit, sagt Kommissionspräsidentin Nancy Kemp-Arendt. Das verwundert nicht, denn seit März sind zahlreiche Arbeitnehmer pandemiebedingt angehalten, von zu Hause aus zu arbeiten. 5 824 Unterschriften sammelte denn auch die Petition 1556 zwischen dem 24. April und dem 4. Juni: Serge Remy forderte die Einführung des Rechts, die Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeit in Heimarbeit zu verbringen. Gestern fand das öffentliche Hearing im Parlament vor den Ausschüssen für Petitionen und für Beschäftigung statt. Auch Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) war anwesend.

Remy verwies einleitend darauf, dass die Telearbeit vor der Covid-Krise wenig in Luxemburg genutzt wurde, nur 15 Prozent der Arbeitnehmer haben recht unregelmäßig darauf zurückgegriffen. Dabei gibt es viele Vorteile: Die Vereinbarkeit mit dem Familienleben wird erleichtert, Menschen mit Behinderung wird die Arbeit erleichtert, es reduziert den Stress und es kommt zu weniger Verkehr, Stau sowie damit verbunde-

ner Umweltverschmutzung. Der Petitionär zeigte sich auch aus eigener Erfahrung im Finanzsektor heraus überzeugt, dass „die Produktivität mindestens so hoch ist, wie bei der Arbeit vom Arbeitsplatz aus“. Bestimmte Aufgaben würden sogar besser verrichtet.

Zum Zeitpunkt der gestrigen Anhörung stand allerdings bereits fest, dass es weder zu einem Recht auf Telearbeit, noch zu einer Pflicht kommen wird. Darauf haben sich die Sozialpartner mittlerweile geeinigt: Im September stellte der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) ein entsprechendes Gutachten vor, das auch gleich den Entwurf einer neuen Konvention enthielt. Denn die Heimarbeit wurde 2006 in einer Rahmenvereinbarung geregelt, die von der Union des entreprises luxembourgeoises (UEL) und den Gewerkschaften OGBL und LCGB unterzeichnet wurde. Nun feilen Arbeitsminister und Ständiger Beschäftigungsausschuss an den Details der neuen Konvention, die Kersch noch im Oktober unterzeichnet haben will.

„Wir müssen schauen, inwieweit sie dem aktuellen Arbeitsrecht entspricht“, sagte der Minister. Es brauche noch Anpassungen

beim Recht auf Gesundheit und Sicherheit. „Ich meine nicht, dass es mit der Verfassung vereinbar ist, dass ein Arbeitgeber einen Angestellten zu Hause aufsucht, das kann nur im Rahmen einer Inspektion der Santé au travail oder der ITM geschehen.“ Eine essenzielle Frage sei noch die des Rechts auf Abschalten, das weit über die Telearbeit hinausgehe und gesetzlich geregelt werden muss. Hier erging der Auftrag an den WSR, ein Gutachten zu erstellen, das noch im ersten Trimester 2021 in ein Gesetz münden soll. „Wir müssen diese Lücke im Arbeitsrecht zügig schließen“, meinte Kersch.

Ein „Hebel“ für die Arbeitnehmer

Gestern kamen aber noch andere interessante Aspekte auf den Tisch. Für Marc Spautz (CSV) war die Sozialversicherung das größere Problem, das es auch auf europäischer Ebene irgendwann zu klären gilt. Josée Lorsché (Déi Gréng) verwies darauf, dass zwar viele Akademiker auf Telearbeit zurückgreifen könnten, aber nur wenige Minderqualifizierte und man eine Spaltung in der Gesellschaft riskiere. Auf ihre Frage, wie man die geleistete Arbeitszeit dokumentieren könne, beispielsweise, wenn

Alleinerzieher früh morgens oder spät abends arbeiteten, entgegnete Remy: „Es hängt von der Person ab, ob sie eine gewisse Kontrolle braucht. Klar ist, dass bei der Telearbeit die Arbeit und nicht die Familie im Vordergrund stehen muss.“

Remy lobte in seiner abschließenden Stellungnahme, dass der WSR eine super Arbeit geleistet habe, um einen gesellschaftlichen Wandel zu begleiten. Aber: „Ich glaube, dass das doppelte Einverständnis schwierig wird. Da wo gesagt wird, dass das Mögliche freiwillig gefördert wird, sagen wir, dass das Gewünschte gefördert werden muss.“ In diesem Sinn forderte er „einen Hebel für den Arbeitnehmer, wenn der Arbeitgeber zögert, auf die gewünschte Telearbeitszeit einzugehen“.

● *Bei der Telearbeit muss die Arbeit, nicht die Familie im Vordergrund stehen.*

Serge Remy, Petitionär

WO STEHEN WIR?

Schwung

Corona hat die Debatte über Telearbeit erst richtig entfacht

Gestern morgen befasste sich der parlamentarische Ausschuss für Arbeit, Beschäftigung und Sozialversicherung mit dem Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats über das seit einigen Monaten regelrecht explodierende Phänomen Telearbeit.

Eigentlich wollte sich die beratende Institution der Regierung im Rahmen seiner Studien-Serie über Grenzgänger spezifisch mit deren Heimarbeit befassen, aber die Corona-Krise hat nicht nur Legionen von Arbeitnehmern quasi von heute auf morgen ins „Home-Office“ katapultiert - 69 Prozent der Angestellten arbeiteten laut Statec während des Lockdowns mehr oder weniger intensiv von zuhause aus gegenüber rund 20 Prozent im vorigen Jahr - sondern auch deutlich offen gelegt, dass es bei der Regelung dieser „anderen Form der Arbeitszeitorganisation“ noch eine Menge Grauzonen im luxemburgischen Recht gibt und wie wichtig es ist, dass das Großherzogtum, dessen Arbeitskraft fast zur Hälfte aus den umliegenden Ländern stammt, dauerhafte Abkommen mit den Nachbarn findet, um die Heimarbeit zu fördern.

Nicht selten sind Betriebe, die Mitarbeiter aus Belgien, Deutschland und Frankreich in ihren Reihen zählen, zugleich aber mit vier verschiedenen Regelungen für Heimarbeit zurecht kommen müssen.

Richtig teuer wird es dann - sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber -, wenn in Luxemburg Angestellte im Falle der Überschreitung der zugelassenen jährlichen Höchstarbeitszeiten im Ausland ihren Lohn auch im Sitzland versteuern und sich auch dort bei der Sozialversicherung melden müssen.

Das Thema mag äußerst technisch klingen, ist es auch, aber es rückte beim Ausbruch der Corona-Pandemie stark in den Vordergrund. Vor allem aus sanitären Gründen, galt es doch, auch die Bewegungen der Grenzgänger stark zu begrenzen.

Und gleichzeitig ihre Arbeitskraft zu erhalten. Luxemburg hat mit seinen Nachbarländern vereinbart, die geltenden Regeln erstmal auf Eis zu legen. Vorerst bis Jahresende. Aber die Rufe nach einer dauerhaften Harmonisierung der Bestimmungen und einer Aufweichung der Begrenzungen werden lauter.

Fakt ist jedoch, dass Deutschland, Frankreich und Belgien auch Gegenleistungen erwarten werden, wenn sie in Luxemburg arbeitenden Landsleuten fiskalisch und sozialversicherungstechnisch entgegen kommen.

Auch aus diesem Grund drängt sich eine andere Sichtweise des Großherzogtums auf die Großregion auf. Sie allein als Reservoir für Arbeitskräfte zu betrachten reicht jedenfalls längst nicht aus, auch das hat die Covid-19-Pandemie erneut unterstrichen.

In Luxemburg selbst stehen die Zeichen für eine Modernisierung der Regelungen für Telearbeit jedenfalls gut.

Denn im WSR, in dem Gewerkschaften, Patronat und Staat paritätisch repräsentiert sind, hat man die Gelegenheit des Gutachtens genutzt und eine modernere Telearbeitskonvention ausgearbeitet, die relativ schnell verpflichtend werden könnte, wenn die Politik Nägel mit Köpfen macht.

Aber das Thema erschöpft sich nicht in arbeitsrechtlichen Präzisionen: Telearbeit - demnächst wird übrigens eine Petition für die Einführung des Rechts darauf im Parlament diskutiert - ist lediglich die Spitze des Eisbergs der Debatte über die Zukunft der Arbeit. Wie wir die technischen Möglichkeiten nutzen, die heute zur Verfügung stehen, um unabhängig von Ort und Zeit arbeiten zu können ist eine Facette davon.

Wie die Rechte und Pflichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dieser neuen Arbeitswelt aussehen, eine noch viel tiefer reichende. Das Ganze hat jedenfalls das Potenzial, unseren Alltag gehörig umzukrempeln.

CLAUDE KARGER

Fortschritt im Schneckentempo

Gemeinderat von Echternach leitet die Genehmigungsprozedur für den neuen kommunalen Bebauungsplan ein

Von Anne-Aymone Schmitz

Echternach. Mit reichlich Verspätung im Vergleich zu anderen Gemeinden Luxemburgs erteilte der Echternacher Gemeinderat am Montagabend dem Schöffenrat mehrheitlich die Erlaubnis, um die Genehmigungsprozedur des neuen allgemeinen Bebauungsplans (PAG) einzuleiten. Die grünen Oppositionsräte enthielten sich bei der Abstimmung.

In seiner Einleitung informierte Bürgermeister Yves Wengler (CSV), dass in der ältesten Stadt Luxemburgs zurzeit auf 51,14 Hektar bebaubaren Flächen rund 5 600 Menschen leben. Innerhalb des aktuellen Bauperimeters gebe es noch Potenzial für weitere Einwohner. Und im neuen PAG würden zusätzlich 32,29 Hektar als Bauland ausgewiesen. Mittelfristig könnte in der Abteistadt demnach die 8 000 Einwohner-Marke erreicht werden, wenn alle Bauland genutzte werden. Im alten PAG seien schon 29 geplante Einzelbauungspläne (PAP) berücksichtigt worden, so Yves Wengler.

Einsicht und Information

Alle Vorlagen des PAG werden ab dem 6. November während eines Monats unter anderem online veröffentlicht, damit die Bürger sie einsehen und gegebenenfalls bis spätestens den 7. Dezember dieses Jahres ihre Reklamationen und Anmerkungen schriftlich an den Schöffenrat richten können. Um die Bürger über die Neuerungen zu informieren, wird die Gemeinde voraussichtlich am kommenden 11. November, um 19 Uhr, im Trifolion eine Informationsversammlung organisieren.

► www.echternach.lu

8 000er-Marke im Visier

Laut Chantal Zeyen vom Büro Zeyen Baumann gibt es im neuen PAG Potenzial für rund 2 700 neue Einwohner. Bis 2030 könnte die Bevölkerung auf 6 436 Personen anwachsen und längerfristig sogar auf 8 284 Einwohner.

In der neuen Vorlage des kommunalen Bebauungsplans werden die Terrains, auf denen das einstige Grand-Hotel im Ausgang von Echternach steht, als Zone spéciale Grand-Hotel vermerkt. Dies um künftig eine neue Nutzung des Areals zu ermöglichen. Derweil werden für Parzellen an der Route de Berdorf neben dem Hotel Bel Air im PAG Anpassungen vorgenommen, damit der Betrieb erweitert werden kann.

Im Bereich Wohnungsbau wurden längs der Rue Krunn schon zwei PAPs gebilligt, die in absehbarer Zeit verwirklicht werden können. Und dann sollen in den nächsten auch die Parzellen in den Oachtergärt bebaut werden. Im neuen Bebauungsplan sind darüber hinaus noch Terrains auf der linken Seite der Rue Grégoire

Schoupe in Richtung Alferweiher eingetragen, auf denen Einzelhäuser sowie Komplexe mit Wohnungen errichtet werden könnten. Weiterer Wohnraum soll bekanntlich in der Cité Manertchen im Ausgang von Echternach in Richtung Dickweiler entstehen. Im neuen PAG wurde eingetragen, wo auf dem dafür vorgesehenen Gelände Wohnungen hinkommen können und welche Bereiche als Grünzonen erhalten werden müssen.

Im Ort genannt Schmatzacht in der Nähe der Tankstelle im Eingang der Industriezone Manertchen soll ein kleines kommunales Gewerbegebiet entstehen, in dem sich Firmen aus Echternach und anderen Naturparkkommunen niederlassen können. Damit wolle man verhindern, dass noch mehr Betriebe aus der Region wegziehen, weil sie ihre Infrastrukturen nicht erweitern können, unterstrich Yves Wengler.

In Richtung Alferweiher sind auch Parzellen ausgewiesen, auf denen künftig zur Seite der Jugendherberge ein neues Fußballstadion verwirklicht werden kann.

Oppositionsrätin Carole Zeimetz (Déi Gréng) begrüßte, dass die Arbeiten am PAG endlich vorangetrieben werden. Sie bedauerte jedoch, dass die Prozedur nicht früher eingeleitet wurde, denn dadurch wäre sie nicht mitten in die Pandemie gefallen. Déi Gréng kritisierten indes das ihrer Meinung nach zu rasche Bevölkerungswachstum, mit dem die Infrastrukturen sicherlich nicht mithalten könnten.

Kritik an schnellem Wachstum

Für DP-Oppositionsrätin Carole Hartmann hätte die Gemeinde schon früher die Bürger in die Ausarbeitung des PAG einbinden sollen. Damit hätte man nämlich verhindern können, dass viele Reklamationen eingereicht werden. Sie begrüßte, dass der Bauperimeter etwas erweitert wird. „Die DP hätte aber noch weitere Anstrengungen gemacht“, so Hartmann. Sie bedauerte auch, dass in der Etude préparatoire zum PAG keine grenzüberschreitende Lösung für das Parkplatzproblem der Pendler ausgelotet wurde.

Immer mehr Strom für die Dekarbonisierung?

NEUE CREOS-HOCHSPANNUNGSLEITUNG KONFRONTIERT DIE POLITIK MIT DER REALITÄT

Robert Goebbels*

Luxemburg macht Ernst mit dem Zurückdrängen der Klimagase. Großherzog Henri kaufte sich ein Elektromobil. Premierminister Bettel stellt seine Joghurts mittels eigener Maschine her. Kardinal Hollerich leistete sich eine ökologischere Brühanlage für Kaffee.

Mit saftigen staatlichen Subsidien explodiert die Zahl der elektrisch getriebenen Fahrräder. Über 10.000 wurden schon verkauft. Die Elektroautos, Elon Musk freut sich, werden zunehmend Zweit- oder Drittwagen betuchter Mitbürger. 0,5% des nationalen Fuhrparks von fast einer halben Million Autos werden nur elektrisch betrieben.

Viele Mitbürger ändern ihre Lebensgewohnheiten. Immer mehr bereiten ihr Leitungswasser zu Soda auf. Produzieren ihre Säfte selbst. Unter dem Eindruck der Hitzewellen werden massiv Klimalanlagen geordert. Die Angst vor Kriminalität spiegelt sich in der wachsenden Zahl der Alarmanlagen an den Häusern wider.

Hinzu kommt, dass Luxemburg nach den USA die höchste Dichte an Laptops, Tablets und anderen Gadgets der Informations- und Kommunikationstechnologien besitzt. Ganz zu schweigen von den Handys, deren Anzahl höher liegt als jene der Einwohner.

Strom aus der Steckdose?

Das Problem ist bloß, dass der Paradigmenwechsel zu einem umweltbewussteren Konsum immer mehr elektrische Kraft erfordert. Die nicht nur aus der

Steckdose kommt.

Creos, der wichtigste Stromträger des Landes, sieht sich gewaltigen Herausforderungen konfrontiert. Seit Jahren steigen die Stromimporte. Vor allem der unvermeidliche Spitzenstrom. Elektrizität muss immer verfügbar sein. Das Leitungsnetz muss dauernd unter Spannung stehen, um blitzschnell jeder Nachfrage zu genügen. Letztere ändert sich dauernd. Zu Spitzenstunden, etwa am Frühhmorgen oder am Abend, wird viel mehr Strom benötigt als zwischendurch. Wenn Zehntausende Luxemburger für ein Spiel der Champions League ihre Fernseher einschalten, muss sofort zusätzlicher Strom dem Netz zugeschaltet werden. Dann wird z.B. das Pumpspeicher-Werk der SEO bei Vianden zur Glättung der deutschen Stromschwankungen eingesetzt. Millionen Liter Wasser jagen durch die Turbinen und produzieren Spitzenstrom für das deutsche Verbundnetz. Der eventuell in Form von Hochspannung nach Luxemburg zurückzufließt. Das Problem ist nur, dass der Wasserspeicher nach vier Stunden Vollbetrieb entleert ist, was keine längere Stromspeicherung ermöglicht. Um sich auf den steigenden Strombedarf der Luxemburger vorzubereiten, verfolgt Creos aufwändige Pläne. Derzeit wird unser Land über zwei verschiedene 220-Kilovolt-Stränge von Deutschland aus versorgt. Die von Aach bei Trier kommende Leitung soll progressiv ersetzt werden durch einen 380-kV-Interkonnektor. Die neue Hochspannung führt nach Heisdorf bei Bofferdingen. Von dort aus nach Norden zum Roost sowie südwärts über Bartringen zur Ringleitung um die Hauptstadt.

In Heisdorf soll der Hochspannungsstrom transformiert werden, um über die Verteilnetze an die Endverbraucher zu fließen. Auf einer Länge von rund 20 Kilometern sollen einige 70 neue, 60 bis 70 Meter hohe Masten entstehen. Für Aufregung ist gesorgt.

Die von Creos aufgrund der seit Jahren ansteigenden Nachfrage berechneten Szenarien gehen mindestens von einer Verdopplung, gar einer Verdreifachung der zu liefernden Quantitäten aus. Zur Jahrtausendwende lag die Spitzenbelastung des Creos-Netzes etwas über 500 Megawatt. Spätestens 2022 müssen 1.000 MW Spitzenstrom verfügbar sein. Je schneller sich die von der Regierung angestrebte „e-mobility“ realisiert (49% Elektroautos bis 2030?), desto stärker steigen die Strombedürfnisse. Creos schätzt die notwendige Spitzenleistung auf bis zu 2.700 MW ein. Zukünftige Datenzentren und Transporte des ausländischen Flatterstroms mit eingerechnet.

Abhängigkeit vom Ausland bleibt

Ob, wie in den Creos-Szenarien berechnet, die Elektromobilität nun „light“, „medium“ oder „high“ sein wird, in allen Fällen muss Luxemburg verstärkt Strom aus dem Ausland, vornehmlich über Deutschland importieren.

Zwar ambitioniert die Regierung die Produktion der nationalen „Erneuerbaren“ bis 2030 auf einen Anteil von 25% steigern. Was angesichts des steigenden Gesamtbedarfs mit Sicherheit eine Illusion bleibt.

Creos rechnet jedenfalls damit, dass trotz des Ausbaus der „Erneuerbaren“ deren Beitrag zur Abdeckung der Spitzenbelastung des Netzes immer geringer wird. Ein Jahr umfasst (365x24=) 8.760 Stunden. Laut Statec liegt die direkte Sonneneinwirkung unter 2.000 Stunden. Moderne Fotovoltaik-Anlagen liefern auch bei diffusem Licht noch etwas Strom, aber bedeutend weniger. Nachts und in den Wintermonaten, wenn der Bedarf am größten ist, „schläft“ der grüne Strom.

Windanlagen können Tag und Nacht funktionieren. Doch optimal sind die nationalen Windverhältnisse nur zu einem Drittel des Jahres, mäßig zu einem weiteren Drittel und es herrscht Windstille im letzte Drittel. Da Windräder öfters Vögel zu Hackfleisch verarbeiten, werden im nahen Lothringen manche Windparks während der Brutzeit geschützter Vögel, etwa des Roten Milans, von den Umweltbehörden zum Abschalten gezwungen.

Überhaupt regt sich immer mehr Widerstand, „Nimby“ lässt grüßen, gegen die Träger der sanften Energie. Fotovoltaik-Anlagen werden auf Fabrikhallen hingenommen, auf der grünen Wiese kaum noch. Gegen die „Verspargelung“ der Landschaften durch immer klobigere Windräder wehren sich Bürgerinitiativen.

Auch die Creos-Projekte stoßen auf Gegenwind. Energieminister Turmes machte in den 90er-Jahren seinen Einstieg in die Politik als Sprecher einer Bürgerinitiative, der es damals gelang, eine neue Cegedel-Hochspannungsleitung bei Diekirch zu verhindern. Nun muss er den Anrainern der neuen 380-Kilovolt-Leitungen erklären, dass „Elektrosmog“ doch nicht gefährlich ist. Selbst neue Trassen durch den früher geheiligten

Grünwald sind vertretbar. Wie schon die Alimentierungsleitung für die Tram bewies.

Bürgermeister auf den Barrikaden

Die hauptbetroffenen Gemeinden Steinsel und Lorentzweiler sind nicht „amused“ über die Creos-Pläne. Die altgedienten Bürgermeister Jempy Klein und Jos Roller verteidigen selbstverständlich zuerst die Interessen ihrer Bürger.

Jeder versteht, dass bei steigendem Strombedarf dieser auch produziert und transportiert werden muss. Doch die von Creos geplanten Leitungstrassen beeinflussen zu stark den Waldbestand und die Landwirtschaft im Raum Steinsel-Lorentzweiler. Creos will die derzeitige Transformations-Anlage bei Heisdorf durch eine neue ersetzen, weit weg von allen Behausungen. Im Visier ist ein Plateau auf dem Heisdorfer Berg, unweit der Nordstraße.

Dafür benötigt werden 12 Hektar bestes Ackerland. Nicht wenig Landverbrauch. Im Bereich der umstrittenen 15 Hektar, die Fage in der Industriezone Wolser beanspruchte. Oder der 33,7 Hektar, die Google bei Bissen kaufte.

Creos begründet den Neubau damit, dass Luxemburg bislang noch keine Umspannanlage hat, „die mit der neuen 380-kV-Leitung kompatibel wäre“. Die neue Infrastruktur wird als Freiluft-Schaltanlage gebaut. Alle Transformatoren werden im Außenbereich aufgestellt, „um eine aufwendige Zwangskühlung zu vermeiden“. Die Inbetriebnahme ist für 2027 geplant. Ob dies alles reibungslos laufen wird, bleibt ungewiss. Die Bürgermeister Klein und Roller haben nicht unvernünftige

Forderungen. Etwa dass die neue Hochspannungsinfrastruktur, inklusive der neuen Transformationsanlage, möglichst nahe an die Nordstraße gebaut werden sollte. Was den Zerschneidungseffekt auf den Grünwald und den Heisdorfer Berg minimieren würde.

Der sich anbahnende Kraftakt belegt jedenfalls, dass die von Energieminister Claude Turmes angestrebte Elektromobilität viel zusätzlichen Strom benötigt. Was wiederum aufwendige Infrastruktur erfordert. Selbst erneuerbare Energien haben keine „sanften“ Auswirkungen.

Die angestrebte „De-karbonisierung“ erfordert immer mehr Strom, der in den seltensten Fällen „klimaneutral“ ist. Sonnen- wie Windenergie benötigen Materialien, deren Herstellung viel CO₂ ausstößt. Vor allem sind Sonne und Wind nicht auf Knopfdruck verfügbar. Solange elektrische Kraft nicht einfach zu speichern ist, bleiben „Back-ups“ unerlässlich. Der Welt-Klima-Rat IPCC wiederholte in seinem Bericht von 2018, ohne Nuklear-Energie seien die für 2050 gesetzten Ziele nicht zu erreichen.

Darüber darf in Luxemburg nicht einmal nachgedacht werden. Wir importieren nicht nur massiv Elektrizität. Wir sind total abhängig von allen anderen Energieformen. Kein Thema bei den jüngsten Debatten zur Lage der Nation. Vielmehr wetteiferten quer durch den politischen Gemüsegarten die Sprecher aller Parteien mit Platituden über „Nachhaltigkeit“, „Kreislauf-Wirtschaft“ und ähnliche undefinierte Klischees. Vielleicht erlaubt die unumgängliche Diskussion über die Creos-Pläne eine Konfrontation mit den Realitäten des Landes.

** Robert Goebbels ist ehemaliger Minister und Europa-abgeordneter.*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Nachgezählt

129 Nationen eingeschrieben

*Bildungsminister Claude
Meisch legte jetzt die
Schlüsselzahlen für das
akademische Jahr 2019/2020
vor.*

6714

Studenten mit 129 verschiedenen Nationalitäten waren in dem akademischen Jahr an der Universität Luxemburg eingeschrieben.

4650

Luxemburger zog es zum Studium nach Deutschland.

30 808

Studierende wurden insgesamt vom Staat finanziell unterstützt, darunter 12 269 ausländische Studenten.

128,6

Millionen Euro zahlte der Staat in Form von Stipendien aus.

216,9

Millionen Euro wurden als Darlehen gewährt.

